

Sitzungsbericht

29. Sitzung der Tagung 2009/10 der XVII. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 15. Juli 2010

Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Ing. Penz (Seite 1066).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 1066).
- 3.1. Ltg. 515-1/A-1/32: Antrag des Sozialausschusses zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Erber, Vladyka u.a. betreffend Erlassung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG) und
Ltg. 515-2/A-1/32: Antrag des Sozialausschusses zum Antrag gem. § 34 LGO 2001 mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Erber, Vladyka u.a. betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG).
Berichterstatter: Abg. Hintner (Seite 1066).
- 3.2. Ltg. 589/V-11/7: Antrag des Sozialausschusses zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung.
Berichterstatterin: Abg. Onodi (Seite 1067).
Redner zu 3.1. – 3.2.: Abg. Tauchner (Seite 1067), Abg. Enzinger MSc (Seite 1068), Abg. Vladyka (Seite 1070), Abg. Doppler (Seite 1072), Abg. Erber (Seite 1073), LR Mag. Mikl-Leitner (Seite 1075).
Abstimmung (Seite 1077).
(alle Geschäftsstücke angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne.)
- 4.1. Ltg. 599/B-5/7: Antrag des Rechnungshofausschusses zum Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen (Reihe Niederösterreich 2010/5).
Berichterstatterin: Abg. Rinke (Seite 1078).
- 4.2. Ltg. 605/A-2/23: Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl u.a. gemäß § 47 LGO betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung um die Entwicklung der Veranlagungen von Geldern des Landes Niederösterreich.
Redner zu 4.1. – 4.2.: Abg. Dr. Michalitsch (Seite 1078), Abg. Königsberger (Seite 1079), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 1080), Abg. Weiderbauer (Seite 1082), Abg. Mag. Hackl (Seite 1082), Abg. Waldhäusl (Seite 1086), Abg. Mag. Leichtfried mit Abänderungsantrag (Seite 1090), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 1093), Abg. Mag. Leichtfried (Seite 1094), Abg. Mag. Riedl (Seite 1094), Abg. Dr. Krismer-Huber (Seite 1099), Abg. Waldhäusl (Seite 1099), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 1100), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 1103).
Abstimmung (Seite 1104).
(Abänderungsantrag abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP; Ltg. 599/B-5/7 angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Ablehnung FPÖ, Grüne; Ltg. 605/A-2/23 abgelehnt: Zustimmung SPÖ, FPÖ, Grüne, Ablehnung ÖVP.)

* * *

Präsident Ing. Penz (um 13.00 Uhr): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung hat sich entschuldigt Frau Landesrätin Dr. Bohuslav, Herr Landesrat Mag. Heuras, die Frau Abgeordnete Adensamer, der Herr Abgeordnete Antoni, der Herr Abgeordnete Findeis und Herr Abgeordneter Thumpser, die sich im Ausland befinden, und der Herr Abgeordnete Schuster. Ich stelle die Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung fest. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und gilt demnach als genehmigt.

Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagssitzung aufgenommen.

Einlauf:

Anfrage

Ltg. 604/A-4/146 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landeshauptmannstellvertreter Mag. Sobotka betreffend Primar der Mund-, Kiefer- und Gesichtschirurgie des LKH-St. Pölten setzt sich über Landtagsbeschluss hinweg – Primar hat Vertrag mit Danube Private University (DPU Krems) und bietet Raum- und Personalressourcen des Landes Niederösterreich an.

Mit Schreiben, eingelangt am 1. Juli 2010, teilt Herr Landtagsabgeordneter Christian Hafenecker mit, dass er keine leitende Stellung im Sinne des § 4 Abs.1 Unvereinbarkeitsgesetz ausübt. Ich darf das Hohe Haus um Kenntnisnahme ersuchen.

Heute tagten noch der Sozial-Ausschuss mit den Geschäftsstücken Ltg. 515-1/A-1/32, Erlassung eines NÖ Mindestsicherungsgesetzes und Ltg. 515-2/A-1/32, Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes sowie Ltg. 589/V-11/7, Artikel 15a-Vereinbarung betreffend Mindestsicherung. Und der Rechnungshof-Ausschuss mit dem Geschäftsstück Ltg. 599/B-5/7, Bericht des Rechnungshofes betreffend Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbaurdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen.

Für die Behandlung dieser Geschäftsstücke ist hierfür gemäß § 42 Abs.1 LGO die Zustimmung des Landtages zum Abgehen von der 24-Stundenfrist für die Verteilung der Anträge an die Damen und Herren Abgeordneten erforderlich. Wird diesem Abgehen zugestimmt? Ich stelle die einstimmige Annahme dieses Antrages fest.

Die Tagesordnung lautet daher wie folgt: Tagesordnungspunkt 2 Ltg. 515-1/A-1/32, Mindestsicherungsgesetz, Ltg. 515-2/A-1/32, NÖ Sozialhilfegesetz. Tagesordnungspunkt 3 Ltg. 589/V-11/7, 15a-Vereinbarung betreffend Mindestsicherung. Und Tagesordnungspunkt 4, Ltg. 599/B-5/7, Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf von Beteiligungen.

Die Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl u.a. haben heute einen Antrag gemäß § 47 unserer Geschäftsordnung betreffend Einsetzung eines Untersuchungs-Ausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung und der Entwicklung der Veranlagungen von Geldern des Landes Niederösterreich, Ltg. 605/A-2/23 eingebracht. Ich stelle diesen Antrag als letzten Punkt auf die heutige Tagesordnung.

Für die heutige Sitzung wurden folgende Redezeitkontingentierung zwischen den Vertretern der Klubs einvernehmlich festgelegt: Die Gesamtredzeit beträgt 284 Minuten. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 125 Minuten, der SPÖ 74, der FPÖ 45 und den Grünen 40 Minuten zu.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 515-1/A-1/32 und Ltg. 515-2/A-1/32 sowie Ltg. 589/V-11/7 wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung und Abstimmung werden jedoch getrennt erfolgen. Wird gegen diese Vorgangsweise ein Einwand erhoben? Das ist nicht der Fall. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Hintner, zunächst zum Geschäftsstück Ltg. 515-1/A-1/32 und Ltg. 515-2/A-1/32 und danach die Frau Abgeordnete Onodi zum Geschäftsstück Ltg. 589/V-11/7 zu berichten.

Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 515-1/A-1/32 und Ltg. 515-2/A-1/32 zum Antrag des Sozial-Ausschusses über den Antrag mit Gesetzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Erber, Vladyka, Doppler, Onodi, Ing. Haller, Hinterholzer, Lembacher und Mag. Mandl betreffend Erlassung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG) und über den Antrag mit Ge-

setzentwurf gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Erber, Vladyka, Doppler, Onodi, Ing. Haller, Hinterholzer, Lembacher und Mag. Mandl betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000.

Die Anträge liegen ja den Abgeordneten vor, sodass ich zum Antrag selber kommen darf (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der dem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Erber, Vladyka u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Erlassung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG) wird genehmigt.
2. Der dem Antrag gem. § 34 LGO 2001 der Abgeordneten Erber, Vladyka u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Sozialhilfegesetzes 2000 (NÖ SHG) wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieser Gesetzesbeschlüsse Erforderliche zu veranlassen.
4. Der Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Leichtfried u.a. betreffend Erlassung eines NÖ Mindestsicherungsgesetzes (NÖ MSG), LT-515/A-1/32 wird durch diesen Antrag gemäß § 34 LGO 2001 erledigt.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte durchzuführen und die Abstimmung zu veranlassen.

Berichterstatterin Abg. Onodi (SPÖ): Werte Präsidenten! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Hohes Haus! Ich berichte über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Anträge liegen den Abgeordneten vor, daher darf ich nun zu Ltg. 589/V-11/7 kommen (*liest:*)

„Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Art. 15a B-VG über eine bundesweite Bedarfsorientierte Mindestsicherung wird genehmigt.“

Herr Präsident, ich bitte, in die Debatte einzugehen und die Abstimmung herbeizuführen.

Präsident Ing. Penz: Danke für die Berichterstattung. Ich eröffne die Debatte. Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Tauchner.

Abg. Tauchner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Damen auf der Regierungsbank! Hoher Landtag!

Die Mindestsicherung ist in der vorliegenden Version ein untaugliches Instrument und kann keine soziale Sicherheit schaffen. Für die FPÖ ist die Absicherung unserer Landsleute ein Grundelement der politischen Arbeit. Dennoch halten wir den Ansatz für die nun zu beschließende Mindestsicherung für vollkommen falsch. Wir sind der Meinung, dass die Mindestsicherung dazu dienen sollte, die niederösterreichischen Landsleute, welche unverschuldet in soziale Not gekommen sind, zu unterstützen und nicht zur sozialen Hängematte einerseits und zur Provokation geringfügig beschäftigter Arbeitskräfte andererseits zu werden. (*Abg. Mag. Wilfing: Wann habt ihr dann zugestimmt?*) Ihr habt schon ganz anders zugestimmt, da brauch' ich gar nicht lange nachdenken.

Die Schöpfer dieser Regelung haben sich noch keinerlei Gedanken darüber gemacht, welche Auswirkung diese Mindestsicherung auf unser Land haben wird. Sie ist in dieser Form die Einladung dazu, statt einer Teilzeitarbeit zu Hause zu bleiben und es werden genau jene Menschen dadurch bevorzugt, die unser Sozialsystem ausnützen.

Aus unserer Sicht ist die vorliegende Mindestsicherung wieder einmal eine Husch-Pfusch-Aktion, wodurch Missbrauch Tür und Tor geöffnet ist. Es geht nicht darum, den wirklich sozial Bedürftigen etwas wegzunehmen, sondern Gerechtigkeit für die arbeitende Bevölkerung sicherzustellen. Weil weit 744 Euro Mindestbezug für allein stehende Bezieher ist eine viel zu geringe Differenz zum Erwerbseinkommen gegeben. Der Leistungsanreiz ist so nicht mehr gegeben. Und jeder, der um einige Euro mehr im Monat arbeiten geht, muss sich eigentlich gefrotzelt fühlen. Wir sind der Meinung, dass das alte System der Sozialhilfe wesentlich treffsicherer gewesen ist. Und Missbrauch hätte man durch kleinere Modifikationen größtenteils eindämmen können.

Wir von der FPÖ lehnen jedenfalls diesen Schildbürgerstreich ab. Es ist ungerecht und teuer und wird den Druck auf den ohnehin maroden Sozialstaat noch weiter erhöhen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zudem, meine sehr geehrten Damen und Herren, stellt die Mindestsicherung eine zusätzliche Einladung für weitere Zuwanderung nach Österreich dar. Auch kann es nicht sein, dass Menschen noch weiter in die Abhängigkeit des Staates getrieben werden. Man muss den Menschen helfen. (*Abg. Erber: Aber man muss eh nicht ansuchen!*) Aber mit der nun geplanten Form der Mindestsicherung, ohne zusätzliche arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wird die Armut in Österreich nicht bekämpft, sondern höchstens noch weiter einzementiert.

Auch die voreilige Öffnung des Arbeitsmarktes mit Mai 2011 bringt ein enormes Gefährdungspotenzial für den österreichischen Arbeitsmarkt. Geschätzte 25.000 Arbeitnehmer aus dem Ausland werden die Arbeitslosigkeit weiter erhöhen und damit die Armut in Österreich noch weiter vorantreiben.

Es würde dann auch reichen, lediglich drei Monate in Österreich zu arbeiten und zu wohnen um die Mindestsicherung zu erhalten. Das ist ein Schlag ins Gesicht aller Mindestpensionisten und öffnet dem Missbrauch unseres Sozialsystems einmal mehr Tür und Tor.

Wie man weiter aus Brüssel hört, möchte man den Asylantenstatus ausweiten und dieser Personengruppe den Zugang zu Sozialleistungen bis hin zur Mindestsicherung ermöglichen. Auf der anderen Seite soll das Pensionsalter auf 70 Jahre hinaufgesetzt werden. Wenn man diese Unsinnigkeiten zusammenfasst, würde das bedeuten, dass unsere Bürger, welche Jahrzehnte lang ihre Versicherungsbeiträge leisten und geleistet haben, länger arbeiten müssen um Menschen zu erhalten, die nie einen Cent in unsere Sozialtöpfe eingezahlt haben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir Freiheitlichen wollen keine österreichischen Familienleistungen in andere Länder exportieren. Weitere Kritik betrifft die Tatsache, dass die Bedarfsorientierte Mindestsicherung für behinderte Menschen offenbar kaum Vorteile bringt. Das ist für uns unerträglich und keinesfalls geeignet, das Vertrauen in unser Land als sozial gerecht zu stärken.

Das vorliegende Gesetz zur Mindestsicherung mitsamt seinem Bruchstück einer Transparenzdatenbank ist ein Stückwerk und kein Konzept zur Armutsbekämpfung. Auch die entscheidende Frage, wie man Arbeitsplätze für Arbeitswillige schaffen möchte ist nicht gelöst. Trotz aller Lobeshymnen bleibt die Frage nach einem Arbeitsanreiz vor allem im Niedriglohnbereich unbeantwortet. Warum sollte jemand arbeiten gehen wenn dieser

nur geringfügig mehr verdient als die Mindestsicherung ausmacht? Arbeit muss sich wieder lohnen, ist unsere Devise jedenfalls. Uns fehlt ein Gesamtkonzept, welches neben Mindestsicherung und Transparenzdatenbank auch die ganz wichtige Sicherung der Kaufkraft der Pensionisten gewährleistet sowie eine Wertanpassung des Pflegegeldes.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Aus diesen Gründen kann die FPÖ Niederösterreich dem unausgegorenen Konvolut namens Mindestsicherung nicht zustimmen. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Als nächste Rednerin gelangt Frau Abgeordnete Enzinger zu Wort.

Abg. Enzinger MSc (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Eine lange Geschichte begleitet die Mindestsicherung. Nach jahrzehntelanger Verzögerung durch die Bundesländer gestaltet sich die Geburt äußerst schwierig. 1997 begann man mit den ersten Überlegungen zur Vereinheitlichung und Weiterentwicklung der Sozialhilfe und beauftragte damals Prof. Pfeil von der Universität Salzburg, das auszuarbeiten. 13 Jahre hat es gedauert, bis endlich in diesen Tagen und in den kommenden Wochen die 15a-Vereinbarung und die Mindestsicherung den Nationalrat und die Landtage passieren. So ungeliebt ist das Kind, bevor es noch geboren wurde. Soviel vorab. Leider - der große Wurf ist es nicht. Es ist nicht viel übrig geblieben. Daher werden auch wir, die Grünen, der 15a-Vereinbarung nicht zustimmen.

Es sollte eigentlich eine Weiterentwicklung der Sozialhilfe darstellen und wichtige ergänzende Maßnahmen im Sozialversicherungswesen beinhalten. Die NÖ Mindestsicherung bringt zwar einige wenige Verbesserungen, doch in bei weitem mehr Teilbereichen weist sie auch weitreichende Mängel bis hin zur Verschlechterung auf.

Es gibt in der NÖ Mindestsicherung sogar eine Strafbestimmung! Eine Strafbestimmung für Hilfe suchende Menschen, die nichts mehr haben. Die oft aus tragischen, unverschuldeten Gründen in eine ausweglose Situation kommen. Diese werden bestraft wenn sie innerhalb eines Zeitraumes - konkret zwei Wochen - Dokumente nicht nachbringen und müssen dann Strafe zahlen.

Auch Caritas und andere Institutionen, die mit hilfsbedürftigen Menschen zu tun haben und die nicht den Grünen zuzurechnen sind, halten die NÖ

Mindestsicherung für zu wenig ausgereift um ein menschenwürdiges Dasein zu leben.

Es wäre eine Chance gewesen, ein Maßnahmenpaket zu schnüren um Menschen in Niederösterreich aus der Armutsfalle zu helfen und sie aus der sozialen Isolation zu befreien. Aber die NÖ Mindestsicherung erfüllt diese Kriterien leider nicht! Uns Grünen geht es um ein menschenwürdiges Dasein, das heißt, mehr haben im Monat als 744 Euro. Und daher stimmen wir auch der NÖ Mindestsicherung nicht zu. *(Beifall bei den Grünen.)*

Ich habe es schon erwähnt, es gibt zwei, drei Punkte, die positiv zu erwähnen sind. Das ist der Versicherungsschutz, die E-Card, der weitgehende Wegfall der Regressmöglichkeiten. Trotzdem ist die Mindestsicherung kein Instrument das vor der Armut schützt. Die Mindestsicherung beträgt im Monat 744 Euro, doch wir wissen alle, dass die Armutgefährdungsschwelle im Monat 951 Euro beträgt. Das heißt, es fehlen eigentlich jetzt schon 206 Euro im Monat. Mit 744 Euro kann man ohnehin kaum den Bedarf einer Familie, einer Einzelperson, decken. Und auch diese 744 Euro können nochmals gekürzt werden oder noch einmal wegfallen wenn das AMS befindet, dass die Person die Arbeitskraft nicht einbringen will.

Weiters wird auch die Belastung der einzelnen Gemeinden steigen. Es hat auch dazu Stellungnahmen gegeben. Es ist ja so, dass es die Sozialhilfeumlage gibt, dass Menschen, die den Hauptwohnsitz in den Gemeinden haben, auch bei der Gemeinde einen Antrag stellen können, dass die Gemeinde auch eine Stellungnahme abgeben muss/soll und dass die Gemeinde auch 50 Prozent zu diesem Beitrag leisten muss.

Und es hat vor kurzem eine KDZ-Studie gegeben, die besagt, dass bereits jetzt zirka 134 Gemeinden Abgangsgemeinden sind. Das wird sich in den nächsten Jahren verstärken. Da ist schon die Frage, wie werden die Gemeinden das bewerkstelligen? Wie werden die Gemeinden das finanzieren? Und es ist zu befürchten, dass die Gemeinden dann möglicherweise eine negative Stellungnahme abgeben wenn angefragt wird ob diese Person hilfsbedürftig ist.

Wie wir auch jetzt in den letzten Tagen gehört haben, steigen die Lebenshaltungskosten. Aber auch das wird in der NÖ Mindestsicherung in dem Fall nicht berücksichtigt. Wir reden hier noch nicht davon, dass eine Waschmaschine kaputt wird, dass möglicherweise ein Fahrrad gestohlen wird, dass es einen Schikurs gibt, und, und, und. Es besteht

kein Rechtsanspruch auf den tatsächlichen Wohnbedarf!

Auch nicht auf so genannten Sonderbedarf. Also Kosten für eben die Reparatur einer Waschmaschine, Einkäufe anlässlich des Schulbeginnes, der ja im Herbst wieder ansteht. Solche Leistungen können von den Ländern über privatrechtliche Regelungen vorgesehen werden und hängen aber damit weiterhin der Willkür der Sachbearbeiterinnen oder der Ausgabenerschöpfung ab oder des Budgettopfes. Ist viel da, dann kann man ... Aber jede Gemeinde muss sparen, auch das Land muss sparen, es ist leider nichts da! *(LR Mag. Mikl-Leitner: Na, wo soll man's hernehmen?)*
Es ist dramatisch, ja.

Das Wohnen! Das Wohnen ist ein wichtiges Grundbedürfnis. Und es ist auch wichtig, um der Armutsvermeidung entgegenzutreten. Aber gerade auch beim Wohnen gibt es Kritikpunkte. Der Wohnkostenanteil wird mit 25 Prozent festgesetzt. Auch das haben einige Institutionen kritisiert und gemeint, das sei zu hoch. Auf Bundesebene hat es eine Arbeitsgruppe gegeben, die hat einen Wohnkostenanteil von 12,5 Prozent als vertretbar vorgeschlagen. In den Nachrichten habe ich gehört, es geht so um 11.000 Personen. Ich habe keine Ahnung, ich kenn' die Zahlen nicht. Frau Landesrätin kennt sie sicher besser. Ich kenn' die Daten, die man im Internet findet, die für jedermann zugänglich sind. Das heißt, dass dort, wenn man das alles zusammen zählt, in Niederösterreich 2008 rund 300.000 Menschen armutsgefährdet wären.

In den letzten Jahren 2004, 2005 ist es immer ein steigender Prozess gewesen. Wie das jetzt mit der aktuellen Krise aussieht, denke ich, es ist sicher noch schlechter geworden.

Ein weiterer Punkt ist, dass in Niederösterreich zirka 16.400 alleinerziehende Haushalte mit zusammen fast 31.500 Kindern armutsgefährdet sind. Warum ich das sage? Es sind meistens Alleinerzieherinnen mit ein, zwei oder mehreren Kindern, die in die Armutsfalle geraten. Und warum ich das auch noch einmal aufzähle, ist, die NÖ Mindestsicherung sieht leider keinen großen Wurf, dem entgegen zu wirken.

Bei den Kindern ist der Prozentsatz von 18 Prozent auf 23 Prozent angehoben worden. Das heißt, für Kinder bekommt man jetzt 171 Euro. Aber wenn ich jetzt Hartz IV, das ist Deutschland, hernehme, die zahlen für die Kinder 215 Euro. Und ich denke, das Land Niederösterreich möchte soziale Modellregion sein, möchte Familienland sein, dann

müsste es schon auch dem Land Niederösterreich wert sein, dass man den Prozentsatz anhebt! (*Beifall bei den Grünen.*)

Ich habe es schon gesagt, Niederösterreich ist das einzige Land das vorsieht, dass auch Gemeinden Stellungnahmen abgeben sollen. Welche Daten sollen weiter gegeben werden? Der Betroffene hat leider keine Einsichtnahme, kein Recht darauf, Einsicht zu nehmen, was die Gemeinde weiter vorsieht. Es ist auch diskriminierend, wenn hilfesuchende Personen zur Gemeinde gehen und sagen, ich habe nichts mehr, ich habe alles verkauft, ich habe keinen Bausparvertrag, bitte helft mir. Und die Gemeinde muss dann eine Stellungnahme abgeben. Es ist diskriminierend weil sich die Menschen oft schämen. Weil sie ja nicht selbst verschuldet oder mit Absicht in diese Situation geraten.

Viele von euch, von uns, sind Bürgermeister, Vizebürgermeister und kennen viele solche Fälle, wo Menschen unverschuldet in diese Not kommen. Da wäre besser ein One Stopp Shop. Da geht man hin, es ist anonym und man wird nicht diskriminiert.

Ihr werdet auch Fälle kennen. Eine Familie, eine Frau, Alleinerzieherin, der Mann ist nicht auffindbar, drei Kinder, zwei in der Hauptschule, eines in der Volksschule. Sie ist bemüht, sie kann aber nicht. Sie ist depressiv, sie hat kein Einkommen, das Selbstwertgefühl ist nicht das beste. Ihre Kinder können leider nicht beim Schikurs mitmachen, ihre Kinder können leider nicht in die Musikschule gehen. Solche Fälle gibt es. Und wenn diese Personen dann auch noch zur Gemeinde gehen müssen und ihr Leid klagen müssen, ist das ein Hemmnis. Das ist auch ein Grund dafür, warum viele Menschen die Sozialleistungen nicht in Anspruch nehmen. Und in der NÖ Mindestsicherung sehe ich da kein Verbesserungspotenzial! (*Beifall bei den Grünen.*)

Es gibt möglicherweise Menschen, die das ausnützen. Die sagen, 744 Euro ist mir genug, ich gehe nicht arbeiten. Ich weiß nicht, wie die möglicherweise ihr Auto oder ihren Lebensunterhalt oder die sozialen Kontakte aufrecht erhalten. Aber uns Grünen geht es um das menschenwürdige Dasein in unserer Heimat! (*Beifall bei den Grünen. – Unruhe bei Abg. Erber.*)

Und ich behaupte, dass ein Großteil, der größte Teil der Menschen arbeiten gehen möchte und selbständig sich alles erwirtschaften möchte.

Es gibt weitere Punkte, die negativ zu vermerken sind, warum wir nicht zustimmen werden. Pflegebedürftige Angehörige werden erst ab der Pflegestufe 3, die 30 Wochenstunden zirka entspricht,

von der Arbeitspflicht befreit. Schwerst kranke Kinder dürfen laut NÖ Mindestsicherung gepflegt werden, aber nicht schwer Kranke. Das ist doch nicht ausgereift!

Und wer ist arbeitswillig? Wer stellt fest, ob jemand arbeitswillig ist? Wer sich mit Vereinen unterhält, die mit Hilfe suchenden Menschen zu tun hat, weiß, dass diese oft unter sehr, sehr großem Druck stehen. Die wollen vielleicht arbeiten gehen, können nicht, weil sie den Druck nicht aushalten, die Menge nicht aushalten. Das sind Situationen, die können wir uns hier möglicherweise nicht vorstellen.

Das sind die Gründe, warum wir ... Ein weiterer Punkt, der mir auch persönlich noch wichtig ist, ist der § 37 die Strafbestimmung. Wenn eben Unterlagen nicht gebracht werden dann werden hilfesuchende Menschen auch noch bestraft und müssen Geld zahlen. Dabei ist es doch so, wenn sie die Unterlagen nicht einbringen können bekommen sie das Geld sowieso nicht. Aber ich fürchte, man möchte hier einfach einmal rigoros sagen, es ist sehr, sehr schwierig, in Niederösterreich die NÖ Mindestsicherung zu bekommen.

Da sind einige Punkte, die ich hier angeführt habe, warum wir Grünen der NÖ Mindestsicherung nicht zustimmen werden. Danke! (*Beifall bei den Grünen.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Vladyka.

Abg. Vladyka (SPÖ): Sehr geehrte Herren Präsidenten! Werte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Wie Sie sicher verstehen werden, kann ich meinem Vorredner leider nicht zustimmen wenn hier von einem untauglichen Instrument, von einer Husch-Pfusch-Geschichte, von einem Schildbürgerstreich gar, gesprochen wird. Das Gegenteil ist der Fall! Ich glaube, dass es heute ein Freudentag ist wenn wir die Bedarfsorientierte Mindestsicherung auch hier im NÖ Landtag beschließen. Ich habe ja schon bei meiner letzten Rede anlässlich des Begutachtungsverfahrens zur bedarfsorientierten Mindestsicherung sehr ausführlich berichtet. Erlauben Sie mir daher, nur auf einige wichtige Details einzugehen.

Für uns war es ja immer schon oberstes Anliegen, im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung das notwendige Instrument auch beizustellen. Mit der Bedarfsorientierten Mindestsicherung, so glauben wir, ist hier ein wichtiger Schritt getan. Ein

Freudentag natürlich auch für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Immerhin sind allein in unserem Bundesland 170.000 Personen armutsgefährdet und 96.000 leben ja bereits in manifester Armut. Für diese Menschen und ihre Familien ist es natürlich ganz, ganz wichtig, hier mit der bedarfsorientierten Mindestsicherung wieder eine große Chance zu haben, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können und auch am Arbeitsmarkt entsprechend Fuß zu fassen.

Ich bin sehr glücklich, dass abseits so manch politischer Querelen der vergangenen Zeit letztendlich doch die sachpolitischen Argumente gesiegt haben. Der Kampf gegen Armut darf nicht zum Spielball der Politik verkommen. Nicht umsonst haben sich ja die Länder im Vertrag von Nizza auf einen nationalen Arbeitsplan gegen Armut und Ausgrenzung geeinigt. Jetzt, 10 Jahre danach, ist die Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung daher wichtiger denn je. Denn gerade in wirtschaftlichen Krisenzeiten ist der Umgang mit den Schwächsten der Gesellschaft ein guter Indikator für die soziale Verantwortung des Landes.

Die bedarfsorientierten Mindestsicherung ist ein großer Schritt in die richtige Richtung, eine dringend notwendige Reform der bisherigen Sozialhilfe der Länder. Hilfsbedürftigen Menschen stand ja schon bisher die Sozialhilfe zu. Derzeit bekommen Anspruchsberechtigte in Niederösterreich 540,30 Sozialhilfe. Dazu kommen weitere Leistungen - ist schon kurz angesprochen worden - wie Mietkosten-, Wohnkosten-, Bekleidungskosten- und Heizkostenzuschüsse. Die Mindestsicherung beträgt im Jahr 2010 744 Euro monatlich. Wichtig für Niederösterreich, und das ist wirklich sehr, sehr gut und ich bin dankbar, dass der höhere Standard bei Kindern hier beibehalten geblieben ist. Und dass die Gruppe der Alleinstehenden, die durch die bedarfsorientierten Mindestsicherung unter den bisherigen Sozialhilferichtsatz gefallen wäre, hier durch eine Übergangsregelung unterstützt wird.

An alle Kritiker der Mindestsicherung, die von einer sozialen Hängematte sprechen, appelliere ich, keine Unwahrheiten zu verbreiten. Es existiert keine Wahlfreiheit zwischen Mindestsicherung und Erwerbstätigkeit. Ausnahmen vom Einsatz der Arbeitskraft gelten lediglich für einen bestimmten Personenkreis. Nämlich insbesondere Menschen mit Betreuungspflichten. Und bevor die Mindestsicherung hier gewährt wird, muss auch ein eigenes, entsprechendes Vermögen aufgebraucht werden: Sparguthaben über 3.720 Euro bzw. das eigene Auto, wenn es nicht zum eigenen Bedürfnis entsprechend gebraucht wird. Oder Grundbucheintragen bei Häusern und Wohnungen werden zur

Sicherstellung herangezogen. Dem Missbrauch wird konsequenterweise durch Rückzahlungsverpflichtungen, strenge Vermögensprüfungen und auch einer Datenvernetzung zwischen Sozialhilfe, Behörde und dem AMS entgegen gewirkt. Wer die Mindestsicherung bezieht und arbeitsfähig ist, muss sich beim AMS als arbeitssuchend vormerken lassen und jede zumutbare Arbeit annehmen. Wer dann eine zumutbare Arbeit verweigert, verliert den Anspruch. Muss zuerst mit Kürzung, dann sogar mit Streichung rechnen. Also Sie sehen, meine sehr geschätzten Damen und Herren, eine notwendige Reform, die dem untersten Einkommensdrittel zugute kommt und keine soziale Hängematte darstellt!

Die Mindestsicherung ist vielmehr ein Trampolin in ein selbstbestimmtes Leben. Aber natürlich ist es in diesem Zusammenhang auch wichtig, die Kosten zu sehen. Vor allem die Städte und Gemeinden – und das ist heute schon angesprochen worden – die hier auch ihren Beitrag leisten, müssen entsprechend Unterstützung erhalten und - bis 2013 ist die Grundlage ja geschaffen - die Installierung einer ständigen Arbeitsgruppe, die sich mit dieser Thematik befassen soll, ist in der nunmehrigen Vereinbarung ja auch festgeschrieben.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Eines dürfen wir dabei aber nie vergessen. Nämlich die Tatsache, dass es sich bei den Anspruchsberechtigten um Menschen und um ihre Schicksale handelt. Und keiner hier im Haus kann sich vorstellen, was es bedeutet, mit diesem Einkommen das Auslangen finden zu müssen!

Es sind auch keine empirischen Studien bekannt, die belegen würden, dass eine Sozialtransferleistung Menschen davon abhalten würde, wieder ins Erwerbsleben einzusteigen. Ich ersuche daher alle, keine Neid- bzw. Missbrauchsdebatten hier auf Kosten der Menschen, die unserer Hilfe bedürfen, zu schüren!

In diesem Sinne darf ich mich bei allen, bei den Damen und Herren der Regierung, besonders bei unserer Landesrätin Karin Scheele, auf das Herzlichste bedanken. Bei allen, die hier mitgewirkt haben, dass wir heute zu dieser Beschlussfassung kommen. Und vor allem auch allen Menschen, die zum Wohle unserer Mitmenschen tätig sind, auf das Herzlichste für ihren Einsatz danken. Wir werden daher diesen Gesetzesvorlagen gerne unsere Zustimmung geben. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Doppler zu Wort.

Abg. Doppler (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte in meiner Wortmeldung ebenfalls zum NÖ Mindestsicherheitsgesetz und zur 15a-Vereinbarung betreffend Mindestsicherung Stellung nehmen. Durch die Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG sollen die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine bundesweite bedarfsorientierten Mindestsicherung zur verstärkten Bekämpfung und Vermeidung von Armut und sozialer Ausschließung geschaffen werden. Mit dieser Vereinbarung hat sich das Land Niederösterreich verpflichtet, hilfsbedürftigen Personen pauschalierte Geldleistungen zur Deckung des Lebensunterhaltes und des Wohnbedarfes sowie durch die bei Krankheit, Schwangerschaft und Entbindung erforderlichen Leistungen unter den in der Vereinbarung normierten Voraussetzungen zu gewähren.

Die Vereinheitlichung der landesrechtlichen Geldleistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei gleichzeitig stärkerer Pauschalierung zählt zu den Kernstücken der bedarfsorientierten Mindestsicherung. Anstelle der bisherigen Sozialhilfe-Richtsätze, die im Einzelfall auch unter- bzw. überschritten werden konnten, treten nun fixe Mindeststandards. Diese Mindeststandards sollen hilfsbedürftigen Personen grundsätzlich zur Verfügung stehen. Eine weitere wesentliche Maßnahme stellt die Einbeziehung bisher nicht erfasster Leistungsbeziehungen oder Leistungsbezieher in die gesetzliche Krankenversicherung dar. Diese Personengruppe wird jetzt die E-Card bekommen. Die Leistungsbeziehungen und –bezieher einschließlich ihrer Angehörigen sollen somit einen uneingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung erhalten.

Als wesentliches Element der bedarfsorientierten Mindestsicherung wird auch die Eingliederung bzw. Wiedereingliederung von Leistungsbeziehungen und –beziehern der Bedarfsorientierten Mindestsicherung in den Arbeitsmarkt angesehen. Daher sieht der vorliegende Gesetzesentwurf für Wiedereinsteigerinnen und Wiedereinsteiger einen Freibetrag in der Höhe von 15 Prozent des monatlichen Nettoeinkommens für die ersten 18 Monate der Erwerbstätigkeit vor. Erstmals wird speziell für Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher ein eigener Mindeststandard im gleichen Ausmaß wie für alleinstehende Personen festgelegt. Mit dieser ausdrücklich vorgenommenen Differenzierung soll der besonderen Armutsgefährdung gerade dieser Personengruppe Rechnung getragen werden, indem Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher ein höherer

Mindeststandard gewährleistet wird als nach dem bisherigen Status als Hauptunterstützte.

Neu ist auch die Verkürzung der Entscheidungspflicht in der 1. Instanz auf drei Monate ab Einlangen des Antrages. Durch diese Regelung sollen rasche Entscheidungen mit hoher Rechtssicherheit zugunsten der hilfeschuchenden Personen getroffen werden.

Der Gesetzesentwurf sieht ferner verschiedene Regelungen zur Verhinderung einer missbräuchlichen Inanspruchnahme von Leistungen der bedarfsorientierten Mindestsicherung vor. Meine Vorredner sind bereits auf diesen Punkt eingegangen. Weiters besteht auch eine Verpflichtung Dritter zur Auskunfterteilung zur Feststellung der Anspruchs- bzw. Leistungsvoraussetzungen. In diesem Zusammenhang wird der Sozialhilfebehörde erstmals ermöglicht, im Portal Austria Arbeitslosenversicherungsrechtlich relevante Daten der hilfeschuchenden Person für die letzten drei Monate elektronisch abzufragen. Ferner wird es der Sozialhilfebehörde ermöglicht, die Angaben der Anspruchswerber über im gemeinsamen Haushalt lebenden Personen im Wege einer Verknüpfungsanfrage via zentralem Melderegister auf Richtigkeit und Vollständigkeit zu überprüfen.

Als weitere Neuerung wird die Möglichkeit der Stellungnahme der Gemeinde zur Gewährung der bedarfsorientierten Mindestsicherung gesetzlich verankert. Die Gemeinde ist auch über den Ausgang des Verfahrens in Kenntnis zu setzen.

Insgesamt kann gesagt werden, dass die Beschlussfassung über die Einführung der NÖ Mindestsicherung trotz mancher Kritik, zum Beispiel vom Verein „aktive Arbeitslose“ einen sozialpolitischen Meilenstein in unserem Bundesland Niederösterreich darstellt. Und deshalb wird die ÖVP-Fraktion dieses Hauses sehr gerne den Vorlagen über die NÖ Mindestsicherung und die Artikel 15a-Vereinbarung ihre Zustimmung geben.

Da die heutige Rede voraussichtlich meine letzte in diesem Hohen Haus gewesen sein wird, da ich im Herbst nach neunjähriger Tätigkeit aus dem Landtag ausscheiden werde, möchte ich die Gelegenheit wahrnehmen, um mich bei den Mitgliedern der NÖ Landesregierung, mit Landeshauptmann Dr. Pröll an der Spitze, bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen aller Landtagsfraktionen sowie bei der Landtagsdirektion und bei der Beamenschaft beim Amt der NÖ Landesregierung für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit und Unterstützung meiner Tätigkeit recht herzlich zu bedanken. Ich

wünsche Ihnen, ich wünsche euch, liebe Abgeordnete, viel Erfolg bei eurer verantwortungsvollen und unverzichtbaren Arbeit zum Wohle unserer niederösterreichischen Landesbürger. Alles Gute! (*Beifall im Hohen Hause.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Erber.

Abg. Erber (ÖVP): Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kollegen!

Es ist schon sehr schön ausgeführt worden und sehr interessant, die inhaltlichen Punkte der NÖ Mindestsicherung. Wobei - wir haben das heute schon zum dritten Mal auf der Tagesordnung, wir hatten es auch schon im Budget -, wobei sich bei den Aussagen wenig geändert hat. Und es ist schon sehr, sehr spannend wenn man dieser Debatte lauscht: Auf der einen Seite, da sind es überhaupt nur jene, die diese Mindestsicherung sozusagen gebrauchen oder missbrauchen um zu Geld zu kommen. Auf der anderen Seite sind es jene, wenn man so zuhört, wo man glaubt, die gibt's ja überhaupt nicht, die sich irgendetwas nehmen das ihnen nicht zusteht.

Nun, tatsächlich ist es eine große Zäsur. Weil letztlich, wir werden dorthin kommen, dass es die Sozialhilfe ablöst bzw. die Sozialpolitik in Niederösterreich gestaltet. Ich glaube halt schon, dass es recht ist, auch das Individuum zu sehen. Es gibt nicht die Armut, es gibt nicht den Menschen wo einer gleich ist wie der andere. Es gibt dabei zwei Gruppen und ich sage das in aller Klarheit: Es gibt jene, die wollen und nicht können und es gibt jene, die können und nicht wollen. Und wir können eines nicht machen, dass wir alle über einen Kamm scheeren und sozusagen jedem dasselbe geben.

Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube tatsächlich, dass wir dieses Gesetz zum Anlass nehmen sollten, eine neue Fairness in Niederösterreich zu diskutieren. Eine neue Fairness: Was ist denn unser Ziel in der Sozialpolitik in Niederösterreich? Wie sollte denn Niederösterreich aufgestellt sein? Und ich habe gerade an Tagen wie diesen ..., wenn man unser schönes Bundesland durchfährt, dann sollte eines selbstverständlich sein: Dass jeder Mensch wertvoll ist für Niederösterreich. Ob er die Fähigkeit hat, in diesem Land als Manager zu wirken oder eben ob er von Natur aus einige Handicaps mitbekommen hat. Jeder Niederösterreicher ist wertvoll für unser Bundesland und das sollte ein Grundbekenntnis sein!

Nun, sehr, sehr spannend für mich ist ja auch das immer mitzuverfolgen, wie sieht's denn jetzt in der Praxis tatsächlich aus? Viele von Ihnen werden Sprechstage abhalten. Und ich glaube, warum wir tatsächlich Sozialgesetzgebung brauchen und was wir tatsächlich mit der Mindestsicherung erreichen können, zeigt am Besten folgendes Beispiel:

Bei einer Sprechstunde: Zu mir kommt eine alte Frau. Und die sind noch sehr gewissenhaft. Die hat noch ein Haushaltsbuch. Und es gibt die Menschen, die tatsächlich eine Packung Nudeln, gekauft vom Discounter, um 59 Cent in diesem Haushaltsbuch drinnen haben. Sie hat jeden Cent penibel dokumentiert und aufgeschrieben. Und trotzdem: Sie tut sich schwer! Sie hat im Laufe der Zeit einiges an Verbindlichkeiten angesammelt. Und ich glaube, genau das ist es, wo wir auch hinschauen müssen. Einfach hier wirklich zu unterstützen wenn jemand da ist, der wirklich Anstand hat. Und ich möchte das auch in aller Klarheit sagen: Gerade bei älteren Menschen, wenn die kommen, die sitzen nicht fordernd da, sondern die sitzen da, sehr oft mit einem hochroten Kopf und haben da eine vermeintliche Scham weil es sich einfach hinten und vorne nicht mehr ausgeht. Ich glaube, dass die Mindestsicherung ein sehr gutes Instrument ist und eine sehr gute Antwort auf diese Wohnsituation.

Zweites Beispiel, und wir werden in der Mindestsicherung auch alle drinnen haben. Wir werden alle drinnen haben. Wir werden sozusagen nicht nur bundeseinheitlich, sondern auch in Niederösterreich alle drinnen haben. Ich glaube, wir müssen einen Unterschied machen und wir müssen genau hinschauen.

Beispiel gemeinnütziger Wohnbau. Eine junge Familie, er Hilfsarbeiter, sie geringfügig Beschäftigte, mitsammen knapp 1.800 Euro Netto-Einkommen. Beide berufstätig. Wohnen in einem gemeinnützigen Wohnbau, fallen gerade drüber über diese Grenze, unter der sie den Wohnzuschuss bekommen, bekommen nichts. Daneben - eine Sozialhilfeempfängerin mit einem vierjährigen Kind. Dieselben Wohnkosten von 550 Euro. Sie bekommt 380 Euro für denselben Wohnpreis von 550, sie bekommt 380 Euro Wohnzuschuss. Soweit okay. Genau jenen müssen wir helfen. Und zwar, dass sie auch eine Wohnung finden.

Und jetzt kommt's, und das ist heute angesprochen worden: Jessas, wie furchtbar, ihr kontrolliert das und bis zu einer Sanktion von 2.500 Euro. Jetzt kommt's. Und zwar: Mit ihr lebt der Kindesvater, nicht angemeldet am Wohnsitz sondern

in der Nachbargemeinde. Und die kassieren 380. Er arbeitet schwer. Das ist ein anständiger Mensch. Nur, die haben miteinander ein Einkommen von 3.500 Euro und die anderen von 1.800. Und die bekommen die Unterstützung von 380 Euro.

Geschätzte Damen und Herren! Die sprechen dann miteinander. Und wissen Sie, warum wir kontrollieren müssen? Weil wir verantwortlich sind. Wir verwalten das Steuergeld unserer Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher. Wir können kein Steuergeld hergeben ohne dass wir hinterher auch kontrollieren, was passiert mit diesem Steuergeld. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ing. Huber: Sag das dem Sobotka!)*

Ja, ja. Ich mein', eure Sozialpolitik habe ich gehört. Wenn so die Sozialpolitik ausschaut, liebe Kollegen von den Freiheitlichen, auf Bundesebene zustimmen und im Land zu sagen, das ist der größte Schwachsinn. *(Abg. Waldhäusl: Ha ha!)*

Ja, ihr habt zugestimmt. Und das sind die Ausführungsrichtlinien. Ihr wisst das offensichtlich gar nicht, dass ihr auf Bundesebene zugestimmt habt. Bei euch ist sowieso nur interessant, den Ausländer als feindlich hinzustellen, damit ich ein bisschen populistisch damit punkten kann. *(Beifall bei der ÖVP. - Unruhe bei Abg. Waldhäusl.)*

Nur eines sage ich euch: Eure Antworten sind bald zu Ende. Ihr werdet schön langsam durchschaut. Eure Wahlergebnisse zeigen, dass man die Bevölkerung auf Dauer nicht an der Nase herumführen kann.

Aber zurück zur Sozialpolitik in Niederösterreich. Wissen Sie, das, was wir inzwischen geschaffen haben, ist, wir haben zu Beginn der 70er Jahre begonnen, den Menschen eines zu sagen. Und zwar: Wir wissen, was für euch das Richtige ist. Ihr zahlt die Steuern und wir schauen, dass die Sozialpolitik dementsprechend organisiert wird. *(Abg. Waldhäusl: Das traust du dir sagen?)*

Herr Kollege Waldhäusl, du kannst dich gerne herstellen, kannst wieder ein bisschen schimpfen so wie es deine Art ist, oder ich weiß nicht, irgend jemanden anrotzen. Aber mach' das vom Rednerpult aus. Ich seh da überhaupt nicht ein, warum Sie das nötig haben, da permanent dazwischen zu plaudern bei einem Thema, wo Sie nicht einmal nichts verstehen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Also wir haben zu Beginn der 70er Jahre begonnen, sehr viel in der Sozialpolitik zu verstaatlichen. Das hat natürlich dazu geführt, dass schon eine Mentalität entstanden ist, wodurch jeder geschaut hat, möglichst alles zu bekommen was er bekommen kann. Ich glaube, wir haben jetzt die

große Chance, dass wir wirklich eine Zäsur machen. Und zwar, dass alle sagen, ja, wir brauchen eine neue Fairness. Ja, wir alle sind Niederösterreich. Und ja, alles, was ich mir nehme, was ich vielleicht gar nicht brauch, das werde ich hinterher zahlen.

Damit komm ich zu meinem Kernsatz: Wissen Sie, warum es wichtig ist, dass wir die Mindestsicherung genauso wie die andere Sozialgesetzgebung kontrollieren und die Förderungen kontrollieren? Wir haben davon gesprochen. Die Menschen werden älter, die Sozialpolitik wird finanziell aufwändiger. Wenn wir nicht kontrollieren, dann werden wir irgendwann in die Lage kommen, wo wir einfach die finanziellen Mittel für jene nicht mehr haben, die sie tatsächlich brauchen. Und wissen Sie, das ist ein Standard der Lebensqualität, dass wir Menschen, die tatsächlich unsere Hilfe brauchen, auch dementsprechend fördern und unterstützen können. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Jetzt habe ich schon sehr, sehr viel gesagt und manches wurde auch schon angesprochen. Mit einem möchte ich vielleicht schon noch aufräumen, das auch gekommen ist: Das rechnet sich ja gar nicht mehr. Weil wenn da einer arbeiten geht, dann bekommt er ja gar nicht recht viel mehr als wenn er die Mindestsicherung kassiert. Zum Ersten: Ein jeder, und das ist nur so in Niederösterreich bisher, ein jeder, der die Mindestsicherung kassiert bzw. bekommt, muss nach sechs Monaten einen Antrag stellen. Das ist in Niederösterreich erdacht worden. Ein jeder, der die Mindestsicherung bekommt, muss auch bereit sein, dementsprechend eine Arbeit anzunehmen. Ich kann nicht sagen, jetzt stell' ich einmal den Antrag, dann ziehe ich mich zurück in die Mindestsicherung und da bleib ich bis ich in Pension gehe. Das geht in Niederösterreich nicht.

Es ist eben nicht nur ein Schlagwort, sondern unsere tatsächliche Meinung. Wir wollen nämlich eines nicht: Dass Arbeit was Schlechtes ist. Sondern wir sehen Arbeit als Hilfestellung. Wir wollen ja, dass die Menschen wieder Arbeit haben. Es darf ja keiner glauben, dass das so lustig ist wenn einer zu Hause sitzt und plötzlich keinen Sinn im Leben mehr findet. Er hat keine Arbeit mehr, er weiß in Wahrheit nicht, was er mit dem Tag anfangen soll, nur weil jemand die Einstellung hat, Arbeit ist was Schlechtes ... Dann wird er wahrscheinlich mit diesen Menschen, die langzeitarbeitslos ist, noch nie diskutiert haben.

Deswegen auch unser großes Ziel, jede mögliche Hilfe, die wir nur stellen können für jene Menschen, die keine Arbeit haben. Jede mögliche Hilfe wenn jemand eine Behinderung hat, dass er das

machen kann, was möglich ist. Das heißt, keine Hängematte, sondern die volle Unterstützung für jeden Niederösterreicher, dass er wieder an einem geordneten Leben, und ein geordnetes Leben heißt eben auch eine Berufstätigkeit, teilnehmen kann. Und das ist sozusagen auch etwas, das dahinter steckt.

Es wurde angesprochen, erstmals die Krankenversicherung: Ein Riesen-Fortschritt zum bisherigen. Es wurde auch angesprochen die Nutzung des Vermögens. Na ganz klar: Wenn jemand Vermögen hat, dann braucht er nicht aus dem Topf bedient werden, das eigentlich für die sozial Bedürftigen ist. Da bin ich wieder bei der Frage der Gerechtigkeit.

Nun, geschätzte Damen und Herren, ich möchte zum Schluss kommen. Dieses Gesetz ist kein Wundergesetz. Für dieses Gesetz ist notwendig, dass es auch das Transferkonto dazu gibt, die Transparenzdatenbank. Für dieses Gesetz ist notwendig, dass man es kontrolliert. Dieses Gesetz wird sich entscheiden wie es angewandt wird. Und ich bin überzeugt, wir werden noch manches Mal darüber reden.

Dieses Gesetz soll aber ein Gesetz der Menschen sein. Dieses Gesetz soll am Beginn einer neuen Fairness stehen und dieses Gesetz soll durchaus in der Umsetzung auch ausdrücken, Niederösterreich ist ein soziales Land, Niederösterreich ist ein Land, in dem keiner Hunger leiden muss, in welchem keiner auf der Straße sitzt. Niederösterreich ist ein Land, wo sich – und darauf hoffe ich – alle politisch Tätigen Mühe geben, dass jeder am Arbeitsprozess teil nimmt und ein Teil der Familie Niederösterreich ist.

Geschätzte Damen und Herren! Ich glaube, am schlechtesten eignet sich die Sozialpolitik dafür, Kleingeld zu wechseln. Geschätzte Damen und Herren, ich lade Sie herzlich dazu ein, diskutieren wir über die neue Fairness und diskutieren wir vor allen Dingen über unser Niederösterreich. Ich glaube, wir alle können stolz sein, dass Niederösterreich sozial so aufgestellt ist wie es heute aufgestellt ist. Es kann immer mehr sein, aber wenn man dieses Niederösterreich anschaut, da ist was erreicht worden. Und wir können heute den Punkt setzen, dass etwas weiter geht.

Ich lade Sie ein, diesem Mindestsicherungsgesetz beizutreten, mitzustimmen. Es ist nicht das Ende der Fahnenstange, aber es ist ein Zeichen eines sozialen, eines guten Niederösterreich. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner.

LR Mag. Mikl-Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Regierungsmitglieder! Geschätzte Abgeordnete! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir alle erleben heute wahrlich eine historische Stunde hier im Landtag mit der Beschlussfassung des NÖ Mindestsicherungsgesetzes. Ein Gesetz, an dem wir in den letzten Monaten und in den letzten Wochen hart und intensiv gearbeitet haben. Und ich sage Ihnen offen und ehrlich, ich bin stolz! Es freut mich, dass wir es geschafft haben, vom sozialdemokratischen Grundgedanken einer Grundversicherung für immer und ewig wegzukommen hin zu einer bedarfsorientierten Mindestsicherung, gekoppelt mit dem Transparenzkonto. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wenn Sie draußen mit den Menschen reden, dann geben uns auch die Menschen Recht. Und dass uns die Menschen Recht geben, zeigt sich auch in einer aktuellen OGM-Umfrage, wonach 73 Prozent der Befragten sagen, dass sie die Mindestsicherung in Verbindung mit dem Transparenzkonto für eine gute Sache halten. Und diese 73 Prozent, meine sehr verehrten Damen und Herren, die kommen nicht von ungefähr. Sondern die kommen daher, dass gerade das Transparenzkonto hier für soziale Gerechtigkeit, für soziale Treffsicherheit steht und dass wir derartige Maßnahmen einfach brauchen damit wir so ein soziales System, wie wir es in Österreich, in unserer Republik aufgebaut haben, auch nachhaltig sichern können.

In den letzten Monaten gab es zweifelsohne sehr, sehr viele Diskussionen. Sehr viele Diskussionen rund um das Thema Bedarfsorientierten Mindestsicherung. Folgende Fragen haben sich gestellt: Wer soll diese Bedarfsorientierten Mindestsicherung erhalten? Wie hoch soll sie sein? Wie oft soll sie ausgezahlt werden? Wie verhindern wir Missbrauch? Welche Sanktionen soll es geben? Und wie schaffen wir es, die Menschen so schnell als möglich aus der Mindestsicherung herauszubringen um sie im arbeitsmarktpolitischen Prozess zu integrieren?

Glauben Sie mir, wir haben sehr viel Zeit und sehr viel Hirnschmalz investiert in diese Diskussion und haben auch sehr viele Antworten gegeben. Und über viele dieser Antworten haben bereits meine Vorredner, insbesondere die Kollegen Erber und Doppler, bereits gesprochen.

Ich erinnere mich an die heißeste und hitzigste Debatte, nämlich um die Frage, wie oft soll denn diese bedarfsorientierten Mindestsicherung ausbezahlt werden? Soll sie 12 mal ausbezahlt werden, soll sie 13 mal ausbezahlt werden oder sogar noch öfter? Und ich glaube, die Antwort liegt hier ganz klar auf der Hand. Hier gibt es nur eine Antwort, nämlich 12 mal. Warum? Das lässt sich ganz leicht erklären. Zum Einen, weil es ein Verschlechterungsverbot gibt. Weil dieses Verschlechterungsverbot festgeschrieben ist und hier ganz klar sicherstellt, dass gerade durch die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung laufende Bezieher nicht weniger bekommen dürfen, dass sie in keinster Weise schlechter gestellt werden dürfen.

Und zum Zweiten, weil es unseres Erachtens nach einfach nicht einzusehen ist, dass Mindestsicherungsempfänger das Gleiche erhalten wie eben Mindestpensionistinnen und Mindestpensionisten die ihr Leben lang gearbeitet haben. Oder dass Mindestsicherungsbezieher das Gleiche auf ihr Konto bekommen wie Arbeiter oder Angestellte mit einem geringen Gehalt.

Ich glaube, das ist einfach unzulässig! Das wäre unseres Erachtens eine haarsträubende Ungerechtigkeit. Und eine derartige Ungerechtigkeit hätten wir seitens der ÖVP nie akzeptieren können. Ich frage mich nur, wie Sie das seitens der SPÖ den Mensch draußen vor Ort erklären hätten wollen. Denn ich glaube, gerade diese Gleichstellung von arbeitenden und nicht arbeitenden Menschen ist einfach grotesk. Die ist einfach unverständlich für jene, die hart arbeiten. Und vor allem, sie würde eines öffnen, nämlich Tür und Tor für den Missbrauch. Und gerade diese Missbrauchssache ist eine ganz, ganz wesentliche und entscheidende. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich weiß schon, Frau Kollegin Scheele, dass Sie nach wie vor die 14-malige Auszahlung fordern. Ich darf Sie aber auch daran erinnern, dass gerade die SPÖ in Niederösterreich es war, die die Mindestsicherung in Niederösterreich gefährdet hat. Nämlich der sozialdemokratisch dominierte Städtebund, der sich aus der finanziellen Verantwortung letztendlich stehlen wollte. Da heißt es schon, bitte einfach fordern und letztendlich auch auf den Tisch legen wer das finanzieren soll. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Aber ein ganz wichtiges Thema war natürlich auch die ganze Diskussion um den Missbrauch. Wie gelingt es uns, soweit als möglich den Missbrauch zu verhindern? Und ich glaube, bevor man hier sagt, was haben wir dagegen gemacht, wie schaffen wir es, diesen Missbrauch soweit als mög-

lich zu verhindern, ist es auch wichtig, einmal Missbrauch zu definieren: Was verstehen wir unter Missbrauch? Unter Missbrauch verstehen wir einfach, wenn jemand auf ungerechtfertigte Art und Weise eben die bedarfsorientierte Mindestsicherung bezieht. Das heißt, wenn er einfach falsche Tatsachen vorspielt. Ich denke daran, dass jemand sagt, er lebt alleine in einem Haushalt, lebt aber in einer Lebensgemeinschaft oder indem er sagt, er hat kein Zusatzeinkommen, hat aber ein Zusatzeinkommen. All diese Dinge fallen unter Missbrauch und all diese Dinge müssen geahndet werden.

Ganz wichtig ist, da hat Kollege Erber und Kollege Doppler auch schon im Speziellen darauf hingewiesen, dass für uns immer wichtig war, die Grundvoraussetzung, wann man bedarfsorientierte Mindestsicherung beziehen darf. Nämlich nur dann, wenn Arbeitswilligkeit vorliegt. Wenn man bereit ist, seine Arbeitskraft auch einzusetzen. Das haben wir immer wieder doppelt und dreifach unterstrichen. Weil wir einfach nicht motivieren wollen dazu, die Mindestsicherung in Anspruch zu nehmen und letztendlich den Job zu liquidieren.

Und wenn wir von Arbeitswilligkeit, wenn wir vom Einsatz der Arbeitskraft sprechen, dann ist natürlich auch damit verbunden die Bereitschaft, sich ärztlich untersuchen zu lassen. Das heißt, wehrt sich jemand, sich ärztlich untersuchen zu lassen, hat er oder sie in keinster Weise Anspruch auf die Mindestsicherung. Eine ganz klare Regelung, um hier dem Missbrauch auch vorzubeugen.

Für sinnvoll haben wir es von Anfang an erachtet, dass die Mindestsicherung von vornherein nur befristet bewilligt wird, das heißt für sechs Monate. Und innerhalb dieser sechs Monate sind alle Bemühungen anzustreben, hier vor allem für die Mindestsicherungsbezieher auch einen adäquaten Job zu finden. Das heißt, ihm zu helfen, wieder in Beschäftigung zu kommen. Gelingt das nicht, kann er hier wieder einen Antrag stellen auf maximal ein Jahr. Auch diese Regelung hat den Sinn, hier vor allem die Faulheit in keinster Weise zu unterstützen.

Ich sage auch, dass es hier natürlich Konsequenzen und auch Strafbestimmungen gibt bei der Erschleichung der Mindestsicherung. Das geht natürlich von der Kürzung über die Streichung bis hin zur Verwaltungsstrafe. Hier ist anzumerken, dass gerade diese Verwaltungsstrafen, diese Strafbestimmungen erstmalig in einer Sozialgesetzgebung ... und das auch mit Grund, weil wir hier auch damit eine erzieherische Maßnahme setzen wollen. All diese Maßnahmen, die heute schon skizziert worden sind, von denen heute schon gesprochen

worden ist, haben natürlich nur dann einen Sinn bzw. greifen natürlich nur dann, wenn auch entsprechend kontrolliert wird. Und es wird in Zukunft auch mehr kontrolliert werden durch die Fachabteilung und durch die Bezirksverwaltungsbehörden, damit vor allem jene die Mindestsicherung bekommen, die sie letztendlich auch brauchen. Das heißt, wir wollen vor allem jene schützen, die die Mindestsicherung brauchen und jene bestrafen, die sich derartige Dinge erschleichen.

Ganz wichtig ist mir zu betonen, dass für mich persönlich diese bedarfsorientierte Mindestsicherung auf der einen Seite ein Netz und auf der anderen Seite Sprungbrett gleichermaßen sein soll. Das heißt, wir wollen jenen helfen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Und diese Mindestsicherung soll gleichzeitig auch Chance und Möglichkeit sein, wieder in den Arbeitsprozess integriert werden zu können. Wenn uns das tatsächlich gelingt, dann ist diese Mindestsicherung auch wirklich ein geeignetes Instrumentarium zur Armutsbekämpfung. Weil wir wissen, dass gerade ein Arbeitsplatz, dass Beschäftigung einfach der beste Schutz ist vor Armut.

Diese Punkte, was alles in diesem Mindestsicherungsgesetz drinnen steht, ließen sich hier noch ausweiten. Aber eines ist mir auch noch wichtig zu sagen: Gerade im Rahmen dieser Diskussion rund um die Mindestsicherung ist mir immer wieder der Unterschied zwischen der Sozialpolitik der ÖVP und der Sozialpolitik der SPÖ vor Augen geführt worden. Da stellt sich natürlich die Frage: Ja, worin liegt denn dieser Unterschied? Ich möchte Ihnen diesen Unterschied erklären.

Ich glaube, der Unterschied liegt darin, dass gerade die SPÖ kein Problem damit hat, wenn Menschen sich in der Abhängigkeit des Staates befinden, während wir als ÖVP sehr wohl ein Problem haben. Weil wir die Menschen gerne in einem unabhängigen, in einem selbst bestimmten Leben sehen und ihnen auch zu einem derartigen selbst bestimmten und unabhängigen Leben helfen wollen.

Und ich kann Ihnen dazu auch ein Bild liefern. Ein Bild, das meines Erachtens diesen Unterschied zwischen der Sozialpolitik der SPÖ und der Sozialpolitik der ÖVP schön zeichnet und hier allen vor Augen führt. Stellen Sie sich vor, die SPÖ wäre an einem Teich und würde dort fischen. Da kommt ein Bettler vorbei und bittet sie, ihm einen Fisch zu geben. Selbstverständlich, die SPÖ gibt dem Bettler einen Fisch. Der Bettler kommt am zweiten Tag, bittet wieder um einen Fisch. Die SPÖ gibt einen Fisch. Der Bettler kommt am dritten Tag, erhält wieder einen Fisch. Wir würden mit dieser Situation

ganz anders umgehen. Wir würden dem Bettler keinen Fisch geben, sondern wir würden dem Bettler die Angel in die Hand drücken und ihm einfach zeigen, wie man selbst einen Fisch fängt, damit er ein selbst bestimmtes, unabhängiges Leben führen kann. Das ist der Unterschied und das ist unsere Sozialpolitik der ÖVP hier bei uns in Niederösterreich.

Last but not least möchte ich ein Danke sagen im Rahmen dieser historischen Stunde. Ein Danke an alle, die hier bei der Gesetzwerdung mitgewirkt haben. Ich darf ein Danke sagen an die Mitarbeiter in meinem Büro. Darf vor allem aber ein Danke sagen an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fachabteilung. Allen voran dem Herrn Hofrat Vancata und seinem Stellvertreter, Herrn Mag. Haiden. Ich wünsche Ihnen beiden weiterhin für die nächsten Wochen sehr viel Erfolg, dass wir mit 1. September 2010 mit der Umsetzung friktionsfrei beginnen können. Danke! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Die Rednerliste ist erschöpft. Ich frage die Berichterstatter ob sie ein Schlusswort wünschen?

Berichterstatter Abg. Hintner (ÖVP): Ich verzichte!

Berichterstatterin Abg. Onodi (SPÖ): Ich verzichte!

Präsident Ing. Penz: Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 515-1/A-1/32 und Ltg. 515-2/A-1/32:)* Ich stelle fest, dass für diese Anträge die Abgeordneten der SPÖ und der ÖVP stimmen. Somit ist dieser Antrag angenommen.

(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 589/V-11/7:) Das sind die Abgeordneten der ÖVP, der SPÖ zu und damit ist dieser Antrag mit Mehrheit angenommen.

Zum nächsten Tagesordnungspunkt beabsichtige ich, die Geschäftsstücke Ltg. 599/B-5/7, den Rechnungshofbericht sowie die Landtagszahlen Ltg. 605/A-2/23, Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen des sachlichen Zusammenhanges gemeinsam zu verhandeln. Berichterstattung zu Ltg. 599/B-5/7 und die Abstimmung über die beiden Anträge werden jedoch getrennt erfolgen. Gibt es gegen diese Vorgangsweise einen Einwand? Das ist nicht der Fall.

Ich ersuche Frau Abgeordnete Rinke, die Verhandlungen zu Ltg. 599/B-5/7 einzuleiten.

Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP): Sehr geschätzter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Geschätzte Präsidenten! Hoher Landtag! Ich berichte über Ltg. 599/B-5/7, Bericht des Rechnungshofes, Veranlagungsmanagement des Landes Niederösterreich hinsichtlich der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen.

Der Rechnungshof erstattete dem NÖ Landtag auf Grund eines Beschlusses des NÖ Landtages gemäß Artikel 127 Abs.7 B-VG den Bericht hinsichtlich ebendieses Veranlagungsmanagements. Wir haben diesen Bericht im Ausschuss behandelt. Daher stelle ich den Antrag des Rechnungshof-Ausschusses über den Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen (Reihe Niederösterreich 2010/5) (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Vom Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen (Reihe Niederösterreich 2010/5) wird Kenntnis genommen.“

Ich bitte hier zur Debatte und Kenntnisnahme.

Präsident Ing. Penz: Ich eröffne die Debatte und erteile Herrn Abgeordneten Dr. Michalitsch das Wort.

Abg. Dr. Michalitsch (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Die Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und der Verkauf der Beteiligungen sind Gegenstand der jetzigen Debatte. Ich möchte vorausschicken, dass es uns als Österreichische Volkspartei, aber auch, glaube ich, uns als Landtag ein Anliegen ist und sein muss, dass diese Debatte rasch zum heutigen Zeitpunkt durchgeführt wird, weil dieser Bericht am 30. Juni bei uns eingegangen ist bei uns im Landtag. Die letzte Landtagssitzung wäre zu knapp gewesen für eine Befassung mit diesem Bericht. Aber heute ist der Tag und die Stunde, sich damit auseinander zu setzen und hier eine inhaltliche Diskussion durchzuführen. Und ich glaube, dass das gut und richtig so ist.

Ich denke, dass man bemerken muss, dass der Landtag die Rahmenbedingungen für diese Veranlagung vorgegeben hat. Nicht nur heute, sondern auch schon in der Vergangenheit. Es ging

uns darum, die Substanz aus der Verwertung der Wohnbaudarlehen für unsere Landsleute auch in Zukunft zu erhalten. Sie nicht sukzessive aufzubrechen, das war eine Idee, die der Liese Prokop auch besonders wichtig war, sondern sie in ein System zu bringen, wo man langfristige Erträge hat.

Und es gab dazu Landtagsbeschlüsse: In der Landtagssitzung vom 28. Juni 2001, Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen. Mehrheitlich angenommen ÖVP, SPÖ und FPÖ. Es gab dann die Landesholding, in die EVN, Flughafen Wien, Hypo, Uniqua eingebracht wurden und die Erlöse aus der Veranlagung dieser Holding eingebracht wurden, 2004. Angenommen mit ÖVP, SPÖ und Grünen. Es gab die Landtagssitzung 2007, Wohnbaudarlehen 2. Tranche. Mehrheitlich ÖVP, SPÖ und der Abgeordnete Mag. Ram. Und nicht zuletzt gab es den Landtagsbeschluss im Jahr 2009 über die Veranlagungsbestimmungen. Das heißt, der Landtag hat hier eine klare Willensbildung vorgenommen und hat hier auch Weichen gestellt, im Lauf der Zeit immer detaillierter, wie hier mit diesen Dingen vorgegangen werden soll.

Die zweite Schiene ist nicht nur die fachliche Vorgabe, sondern es ist auch die Kontrolle. Und alle diese Veranlagungen, beginnend vom Jahr 2001, sind auch immer geprüft worden. Vom Bundesrechnungshof im Bericht 2002. Vom Landesrechnungshof in einem sehr ausführlichen Bericht ebenfalls 2002. Der Bundesrechnungshof hat sich 2004 mit der Beteiligungsholding befasst und 2007 ebenfalls einen Bericht verfasst. Und jetzt liegt uns dieser Prüfungsbericht vor.

Ein Bericht, den wir selbst wollten. Den wir beantragt haben. Der uns jetzt eben vorliegt. Und ich glaube, dass es eine wichtige Aufgabe ist, dass der Landtag diese Kontrolle vornimmt und entsprechend auch bewertet. Und auf Grund dieses Berichtes gab es jetzt eine ganz intensive Diskussion heute im Ausschuss. Und auf Grund dieser Ausschussbearbeitung möchte ich ein Faktum festhalten, das für uns wichtig ist. Das, glaube ich, im Ausschuss auch unstrittig war. Es wurden 4,4 Milliarden Euro veranlagt. Der heutige Wert beträgt 3,8 Milliarden. Es wurden 1,2 Milliarden entnommen. Daher ist in Summe eine Wertschöpfung von 5 Milliarden Euro erfolgt, abzüglich Ursprungsstandard ist 0,6 Milliarden, also 600 Millionen. Und diese 600 Millionen, meine sehr geehrten Damen und Herren, das steht mit der heutigen Sitzung fest, sind ein Gewinn, den wir auf Grund dieser Veranlagung erzielt haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Kernaussage im Ausschuss war die des Präsidenten Moser, der über ausdrückliches Fra-

gen klar gelegt hat, er hat gesagt: Die Nichterreicherung eines Ziels, fünf Prozent waren ja angestrebt, es gab zwei Weltwirtschaftskrisen, die letzte 2008 ist eine äußerst fundamentale, man kann fast sagen, ein Tsunami, diese Nichterreicherung des Zieles - und das war eine ganz klare Aussage -, die ist kein Verlust. Es wurde daher im Zuge dieser Veranlagung nichts verzockt, nichts verloren, sondern es sind 66 Millionen mehr da im Stand als sie da waren. Eine Nichterreicherung ist kein Verlust! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Der Beurteilungszeitpunkt, der hier vom Rechnungshof angestellt wurde mit 31. Dezember 2008 war der schlechtest mögliche. Gerade am Ende der Wirtschaftskrise. Es wurde heute auch klargestellt, dass per 31. Dezember 2009 ein Gewinn von 326 Millionen Euro da ist. Und der aktuelle Stand wurde genannt plus 600 Millionen. Aus 66 wurden 600 Millionen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein ganz wesentlicher zweiter Punkt, der sich heute im Ausschuss ergeben hat, und hier zitiere ich wieder den Herrn Präsidenten Moser: Der Landtag hat in all diesen Vorgaben hervorragend gearbeitet. Es gab eine Entwicklung des ganzen Themas. Und in dem Veranlagungsbeschluss 2009, den wir hier im Haus gefällt haben, ist alles beinhaltet, mit dem wir in Zukunft arbeiten können. Da ist drinnen die Information, da sind Richtlinien für die Veranlagung und da sind klare Aufgabentrennungen zwischen Exekutive und Legislative. Das heißt, wir haben es heute auch amtlich bekommen: Wir haben eine äußerst solide Basis für die weitere Vorgangsweise in der Zukunft. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und der dritte Punkt ist, glaube ich, im Verhältnis von Landtag und Landesregierung auch wichtig. Es wurde von Herrn Präsident Moser hervorgehoben, dass von 16 Empfehlungen, die in früheren Berichten gegeben wurden, auch das war ja Gegenstand unseres Prüfungsauftrages, 13 bereits umgesetzt und in Umsetzung begriffen sind. Das heißt, hier gibt's wirklich eine Partnerschaft. Und das, was im Dialog entwickelt wurde, wird bei uns auch umgesetzt. Ich glaube, das ist die dritte positive Empfehlung. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Daher gibt's, wenn man das heute jetzt im Gesamtergebnis betrachtet, zwei ganz klare Aussagen: Es gibt bei der Veranlagung der Wohnbauförderungsdarlehen auch jetzt amtlich und in diesem Bericht keinen Verlust, sondern die Geldmittel die vorhanden sind, übersteigen den Anfangsbestand. Und rechnet man die Verwendungen dazu, dann haben wir 600 Millionen Euro gewonnen. Ich

glaube, das steht heute fest. Und diese 1,2 Milliarden Euro, die haben wir für die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher verwendet! Wir haben die Kindergärten ausgebaut, wir haben die Pflege, wir haben das Semesterticket gemacht und die Kliniken. Die soziale Modellregion in Niederösterreich ist auf Grund dieses gewählten Modells möglich und finanziert. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich glaube, es steht damit fest, wir haben intensiv gearbeitet. Wir haben uns damit auseinandergesetzt. Und die weitere Vorgangsweise ist damit auch klar. Ich würde mir wünschen, dass auf Grund der heute festgestellten Fakten in Zukunft eine sachliche Arbeit für unser Niederösterreich möglich ist. Herzlichen Dank! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Königsberger.

Abg. Königsberger (FPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren der Regierung! Hoher Landtag!

Der Bericht des Rechnungshofes liegt uns noch vor. Und eines geht schon klar daraus hervor: Dass die von Ihnen, Herr Landeshauptmannstellvertreter, angekündigte wundersame Wohnbaugeldvermehrung nicht stattgefunden hat. *(Abg. Erber: Das war beim „Freien Wohnen“!)* Auch in den wirtschaftlich guten Jahren nicht. Vielmehr ist diese Veranlagungsgeschichte zum wirklich größten Finanzskandal in der Geschichte Niederösterreichs geworden. Sie konnten nicht nur das veranlagte Investitionsvolumen nicht halten, sie haben mittlerweile eine Milliarde Euro Defizit und es hat zu keiner Zeit den von der ÖVP herbeigeredeten Gewinn gegeben.

Und Herr Landeshauptmannstellvertreter! Sie rühmen sich, jedes Jahr etwa 200 Millionen Euro dem Landesbudget zugeführt zu haben. Sie verschweigen jedoch, dass Sie einen Großteil dieser Summe nicht aus dem Gewinn, sondern aus der Substanz entnommen haben. Diese Entwicklung ist eigentlich eh schon schlimm genug, meine Damen und Herren, aber man muss noch weitere Rechnungen anstellen.

Ursprünglich hatten diese Wohnbaugelder einen Wert von 8 Millionen Euro. Diese Darlehen wurden dann um fast die Hälfte ihres Wertes, um 4,2 Milliarden Euro zu Geld gemacht. Mittlerweile sind 3 Milliarden Euro übrig. Wenn man sich das gegenüber stellt, dann fehlen uns 5 Milliarden Euro. 5 Milliarden Euro, in 100 Euro-Scheinen gestaffelt, gibt einen Berg in der Höhe von 5.000 Metern.

Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter, dieser astronomische Verlust ist schlimm genug, aber Sie haben noch andere Probleme. Bei den ausfallenden Wohnbaudarlehen kommt es auf Grund der aktuellen Wirtschaftslage auch zu horrenden Ausfällen. Wir müssen dafür vertraglich gerade stehen. 20 Millionen Euro sind definitiv schon ausgefallen und Darlehen im Wert von etwa 140 Millionen Euro sind Not leidend und eine weitere Bedrohung für unser Landesbudget. Und Sie haben uns noch nicht gesagt, woher Sie dieses Geld nehmen werden.

Meine Damen und Herren! Ich finde unverständlich die Kritik von Landeshauptmann Pröll und vom Stellvertreter Sobotka am Rechnungshof. Ich sage Ihnen, Gott sei Dank haben wir in diesem Land noch eine Institution, die nicht nach der Pfeife der ÖVP tanzt und die unabhängig prüft. Und Herr Landeshauptmann, ich denke, Sie sollten sich nicht hinter Ihren Stellvertreter stellen, sondern hinter die Bürger von Niederösterreich. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Und ich glaube, dass auch die ÖVP in diesem Lande ein unparteiisches Urteil eines Rechnungshofes zur Kenntnis nehmen muss und sollte und daraus auch die entsprechenden Konsequenzen ziehen sollte. Wer wenn nicht der Rechnungshof ist für Sie, meine Damen und Herren der ÖVP, eigentlich unabhängig und objektiv? Und nur weil Ihnen der Prüfbericht des Rechnungshofes nicht schmeckt, weil hier alles bestätigt wird was wir seit langem befürchtet haben, weil jetzt der Supergau amtlich ist, jetzt laufen Sie politischen Amok.

Und Ihre Arroganz, die geht so weit, dass Sie dieser obersten Prüfungsinstanz Inkompetenz unterstellen. Ihre Arroganz schreckt nicht davor zurück, den Rechnungshofbericht als populistisch und oberflächlich zu bezeichnen. Und in Ihrer Arroganz bezeichnen Sie den Bericht auch noch als politisch motiviert. Meine Damen und Herren, ich glaube, das ist Populismus a la ÖVP in Reinkultur. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Das ist Populismus und Realitätsverweigerung! Politisch motiviert ist in Wahrheit wirklich nur eines. Nämlich das von Ihnen bestellte Gegengutachten der Wirtschaftsuni Wien. Das ist ein typisches Trutzgehabe. Wenn mir ein Gutachten nicht passt, dann bestelle ich mir eines, das mir eben passt. Nur, die Menschen da draußen, die glauben Ihnen das nicht mehr. Die Menschen da draußen haben sie durchschaut und da helfen auch bestellte Gefälligkeitsgutachten nicht mehr. Und im Übrigen würde ich Sie gerne auffordern, mir dann zu erklären, woher die finanziellen Mittel für dieses Gutachten gekommen sind. Wäre sehr interessant.

Wir brauchen deshalb einen Untersuchungsausschuss. Wir brauchen einen Untersuchungsausschuss deshalb, um endgültig die ganze Wahrheit in diesem Veranlagungsskandal ans Tageslicht zu bringen.

Ich glaube, nicht nur der Landtag, sondern unsere ganze Bevölkerung hat ein Recht auf Aufklärung. Hat ein Recht darauf, zu wissen und zu erfahren, was mit ihren Geldern wirklich passiert ist. Und ich verstehe nicht, warum weigern Sie sich, einen Untersuchungsausschuss einzurichten? Wenn man nichts zu verbergen hat? Wenn ich nichts zu verbergen habe, wenn ich mit solch' schweren Vorwürfen konfrontiert bin, dann würde ich geradezu nach einem Untersuchungsausschuss schreien, meine Damen und Herren. Sie aber, Sie mauern, Sie blocken ab. Aber Sie wissen schon warum.

Es muss aber auch eines vermieden werden: Eine weitere Risikoerhöhung wieder als Versuch, jetzt höhere Gewinne zu erzielen. Mehr Risiko heißt dann wieder mehr Verlust. Ich glaube, es reicht, es reicht endgültig. Wir wollen daher einen kontrollierten Ausstieg aus diesen Hochrisikogeschäften und ein Verbot von risikoreichen Veranlagungen von Landesgeldern überhaupt.

Und ich komm' dann schon zum Schluss, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich denke, sogar jeder Steher legt ein Geständnis ab wenn ihn die Beweislast erdrückt. Es wäre gut für Niederösterreich, wenn Sie endlich die Wahrheit auf den Tisch legten, wenn Sie Ihr Gewissen erleichtern und wenn Sie im Anschluss Ihre Demission einreichen. Danke schön! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Herr Stellvertreter! Werte Mitglieder der Landesregierung! Insbesondere werte Kolleginnen und Kollegen!

Wir haben heute einen der längsten Rechnungshof-Ausschüsse, nämlich zu einem Bericht hinter uns. Ich gehör' zwar erst seit 2003 diesem Haus an, aber ich kann davon ausgehen, dass drei Stunden mit einer Sitzungsunterbrechung wohl kein Rechnungshof-Ausschuss jemals - so lang - tagte hier im NÖ Landtag. Und es ist immer gut, wenn Organe der Parlamente auch von außen kommen, so wie heute der Bundesrechnungshof im Haus war und bass erstaunt ist, wenn das zu kontrollierende Mitglied, nämlich Landeshauptmannstellvertreter

Sobotka, nicht im Ausschuss anwesend ist. Also Niederösterreich erlaubt es sich bei einem derartigen Bericht, dass das Regierungsmitglied es vorzieht, durch Abwesenheit zu glänzen. Und, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka, ich habe mich ein bisschen geniert heute für Niederösterreich. Das ist wirklich eine Präpotenz der ersten Klasse, die Sie sich hier heute geleistet haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Frau Dr. Krismer! Darf ich Sie kurz unterbrechen und Sie auf unsere Geschäftsordnung hinweisen, wonach Regierungsmitglieder nicht dem Ausschuss angehörig sind, sondern nur auf Grund eines Beschlusses beigezogen werden können. Und diesen Beschluss hat es nicht gegeben! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Danke für den Applaus an die ÖVP. Sehr geehrter Herr Präsident! Die ÖVP hat 2008 diesen Beschluss fassen wollen, dass der Rechnungshof prüft. Es wäre auch ein Einfaches gewesen für die Mehrheit, hier dem Landeshauptmannstellvertreter nicht diese Blöße geben zu müssen, sondern dass er heute hier im Ausschuss teilnehmen hätte können. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber so wie der Kollege Herr Michalitsch ja geradezu begeistert ist von diesem Rechnungshofbericht, frage ich mich dann, warum die ÖVP den Rechnungshofbericht nicht zur Kenntnis nimmt. Sie haben eine sehr elegante Formulierung gefunden, „vom Bericht wird Kenntnis genommen“. Das heißt, man weiß, da gibt's ein Papier, aber das, was drinnen steht, geht uns nichts an. Sehr elegant, aber, finde ich, ziemlich beschämend.

Dieser Bericht gibt uns einen Überblick über all das, was wir als Landtag seit 2002 eben nicht wussten. Es gab ja extra dafür auch die Sitzungsunterbrechung, damit belegt werden konnte, wie der Landtag in Kenntnis gesetzt wurde über die Geschäfte, über die Spekulationen. Und wir sind zum Schluss gekommen, dass wir eben nicht gut informiert worden sind. Und dass das aber ein weiser Entschluss des Landtages war, hier einstimmig den Rechnungshof hinzuzuziehen. Und Kollege Michalitsch, entweder tun wir Äpfel mit Birnen verwechseln und vergleichen, oder wir reden gerade. Sie haben heute wieder das Beispiel der 600 Millionen gebracht mit dem Vermögenswert Juli 2010. Wir reden die ganze Zeit von einem Bericht bis Ende 2008. Und da reden wir in dem Zug von 66 Millionen. Ich sage Ihnen aber auch von dieser Stelle aus: Es ist wurscht, ob 600 oder 66 Millionen. Man spekuliert nicht mit öffentlichen Geldern. Das ist nämlich der große Unterschied zwischen der

ÖVP und den Grünen. *(Beifall bei den Grünen. – Abg. Mag. Wilfing: Du verstehst es wirklich nicht!)*

Und jetzt frage ich Sie noch einmal: Haben Sie jetzt eine Milliarde verspekuliert oder haben Sie eine Milliarde nicht verspekuliert im Sinne von, Sie haben sich ein bisschen verrechnet. Nicht zu mir rauf sagen, ich red blöd, ja?

Lieber Herr Landeshauptmannstellvertreter! 5,4 Milliarden hätten Sie bis Ende 2008 erzielen sollen. Das war der Beschluss von drei Fraktionen hier im Landtag. Wir wollten das nie. Ja? 5 Prozent. 5 Prozent Ende 2008 heißen halt einmal die 5,4 Milliarden. Und um eine Milliarde haben Sie sich verspekuliert. Das sind die Fakten.

Eine Milliarde, das kann sich ja draußen keiner vorstellen. Die Details des Rechnungshofberichtes sind seit geraumer Zeit bekannt. Auch Sie haben ja immer öffentlich Stellung zu diesem Bericht bezogen obwohl es ihn öffentlich noch gar nicht gegeben hat, Herr Landeshauptmannstellvertreter. Ich würde sagen, das sparen wir uns.

Ich würde mir jetzt gerne von meiner Redezeit eine Minute nehmen, dass sich die Menschen einmal vorstellen können was sie verspekuliert haben. *(Abg. Weiderbauer und Abg. Enzinger MSc stapeln Münzen auf ihrem Abgeordnetentisch.)* Meine Kollegin und mein Kollege bauen jetzt auf, was Sie in einer Minute zwischen 2002 und 2008 mit Steuergeldern verspekuliert haben. Nämlich 272 Euro pro Minute. Zuerst haben wir eine Sozialdebatte abgeführt. In einer Minute haben Sie das nicht erreicht, nämlich 272 Euro pro Minute. *(Abg. Razborcan: Die sind zu langsam!)*

Na, meine Kollegin und mein Kollege haben das schon im Griff. Da braucht sich die SPÖ keine Sorgen machen. Zur SPÖ komme ich noch.

Die Frage, ja, wie das alles passiert ist, ob das jetzt ein Naturgesetz war. Wir hatten eine Finanzkrise, es hat 2002 gescheppert. Aber die politische Verantwortung, der hat man sich nie gestellt in diesem Land. Und eben auch jetzt wieder nicht. Sie glauben immer - das ist jetzt die Rechnung der ÖVP - Sie glauben jetzt, wenn Sie das heute wieder vom Tisch haben, hat sich das erledigt. Sie hoffen, dass es von der linken Seite wieder Jubelschreie gibt, wenn's, schauen wir mal, 2014/15 wieder ein bisschen besser wird und das ist vom Tisch. Für uns ist das noch lange nicht vom Tisch!

Wer 42 Prozent Alternativinvestments drinnen hat, der ist hoch spekulativ unterwegs. Und da zeigen Sie mir draußen derzeit bei den Diskussionen, ob wir im Land Niederösterreich, und zwar Sie, die

ÖVP, eine Mehrheit hätten. Die Leute wollen nicht, dass wir Spezialfonds in Steueroasen geparkt haben. 800 Millionen habt ihr in Irland und auf den Cayman Islands geparkt. Das sind Steuergelder. Wie hat der Toni Erber in der Sozialdebatte gesagt? Wir verwalten die Steuergelder und sind für sie verantwortlich. Ja, Toni, da hast Recht gehabt. Wir sind für unsere Steuergelder verantwortlich. *(Beifall bei den Grünen.)*

Jetzt werden sich wieder manche wundern, ja, wir haben heute gemeinsam diesen Antrag auf einen Untersuchungsausschuss, gemeinsam mit den zwei Regierungsparteien SPÖ und FPÖ eingebracht. Weil wir immer gesagt haben: Wenn das am Tisch liegt, dann braucht das diese Untersuchung der politischen Verantwortung. Aber in der Zwischenzeit hat die SPÖ ... *(Abg. Razborcan: Frau Kollegin! Was habt ihr gemeinsam eingebracht?)* Bitte? Habt ihr uns gestrichen, oder was? *(Abg. Razborcan: Ihr habt ja nicht unterschrieben!)*

Macht ja nichts. *(LH Dr. Pröll: Peinlich!)* Ist das für Sie ein Problem, Herr Landeshauptmann? Für mich nicht. Schauen Sie her. Herr Landeshauptmann, kennen Sie die neue Kampagne schon? Die neue Kampagne von Herrn Sepp ... *(LH Dr. Pröll: Sie sollten am letzten Stand sein wenn Sie am Rednerpult sind!)* Na, die haben mich gestrichen. Aber macht ja nichts. Ich habe ja nichts beantragt.

Schauen Sie her! Ich würde mich jetzt ganz gern noch dem Herrn Sepp Leitner widmen. Der sagt, jene, die in den vergangenen Jahren besonders profitiert und freie unkontrollierte Finanzmärkte forciert haben, sollen jetzt in der Krise den entsprechenden Beitrag zahlen. Herr Landeshauptmannstellvertreter Leitner! Wir wissen jetzt seit dem Bericht, dass sie im Beirat, wo die SPÖ vertreten ist, 2003, vermutlich zugestimmt hat. Ist das richtig? 2005 bei der Umstrukturierung zugestimmt hat. Ist auch richtig. Ich weiß ja nicht, ich nehme an, Sie wissen das, ja?

Und jetzt haben Sie mit dem allen überhaupt nichts zu tun. Also das ist schon okay, wenn bei einer Partei eine neue Führung kommt. Aber da ist ziemlich dieselbe Gardel! Sie waren voll dabei! Und wenn Sie sagen, es sollen jetzt die zurück treten die profitiert haben, würde ich sagen, Sie gehen einmal von der Regierung 'raus. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das schreibe ich Ihnen noch ins parlamentarische Stammbuch. Das ist nämlich genau der Unterschied zwischen der SPÖ, die FPÖ hat ..., war nicht in der Regierungsverantwortung 2001

und musste nur mitstimmen ... Die Veranlagung und das, was dem Landtag zur Kenntnis gebracht wurde, ist weit davon weg wo ich glaube, was man 2001 als Landtag wollte. Man hat sich verspekuliert und man spekuliert weiter. Und wenn der Herr Michalitsch mit diesen Zahlen ..., dass man jetzt die 600 Millionen haben, dann stellen Sie sich heraus, sagen uns, in welchen Alternativinvestments sind Sie drinnen? Wie geht's den Fonds in den Steueroasen? Und wie riskant sind wir unterwegs? Derzeit draußen ist der Kurs nicht nur 5 Prozent, also sind Sie mit dem Risiko wahrscheinlich wieder 'rauf gegangen. Und da sagen wir Nein! Das macht man mit Steuergeldern nicht. *(Abg. Mag. Wilfing: Ein Gewinn ist da! Einen Gewinn haben wir gemacht!)*

Weil wir wollen eine ordentliche Sozialpolitik machen und langfristig. Das Land Niederösterreich wird es noch geben und wenn es zehnmal einen Crash gibt. Das ist der Unterschied. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Präsident Ing. Penz: Zu einer tatsächlichen Berichtigung gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer zu Wort.

Abg. Weiderbauer (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich berichtige tatsächlich, dass es keinen gemeinsamen Antrag der SPÖ, der FPÖ und der Grünen zu einem Untersuchungsausschuss gibt. Deswegen, weil wir eingefordert hatten, dass auch der Landeshauptmannstellvertreter und die Frau Landesrätin Rosenkranz Verantwortung übernehmen. Und deswegen sind wir aus diesem Antrag gestrichen worden. Danke schön! *(Abg. Razborcan: Das hättest aber deiner Kollegin sagen müssen!)*

Präsident Ing. Penz: Als nächster Redner gelangt Herr Abgeordneter Mag. Hackl zu Wort.

Abg. Mag. Hackl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzter Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Fünf Mal haben wir während dieser Landtagsperiode bereits eine Grundsatzdebatte über die Veranlagung geführt. Und fünf Mal war das eine nicht ansatzweise sachliche Debatte. Der vorliegende Rechnungshofbericht wär ein guter Anlass gewesen, eine Chance gewesen, einmal sachlich über dieses Thema zu diskutieren. Wenn man sich die letzten Tage und die letzten Redner oder die letzte Rednerin Revue passieren lässt, dann wird einem klar, dass die vereinigte Opposition, weil

nicht anders kann man die SPÖ, die FPÖ und die Grünen in diesem Haus bezeichnen, gar keinen Grund sieht, einmal eine sachliche Debatte zu führen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Denn hier wird mit einer Konsequenz ein Nota zelebriert: Parteipolitik geht vor Landespolitik. Und das mit der Hoffnung, wenn man Falsches wiederholt, wird irgendwann irgendwer einmal glauben, dass das wahr ist. Und jetzt habe ich eine schlechte Nachricht, meine sehr geehrten Damen und Herren von der vereinigten Opposition: Die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sind gescheit genug, dass sie das erkennen. Diese ganze unsachliche Propaganda, die Sie in den letzten Tagen von sich gegeben haben, ist jetzt schon der Sommerflop des Jahres 2010. *(Beifall bei der ÖVP. – Zwischenruf bei Abg. Razborcan.)* Braucht ihn kein anderer mehr machen, ist okay. Zu dir komm ich heute noch.

Dass Sie kein Interesse an einer sachlichen Debatte haben, hat man schon im Vorfeld dieser Landtagsitzung zur Kenntnis nehmen müssen. Aber jetzt muss ich zuerst zu eurem Landeshauptmannstellvertreter Leitner kommen. Weil der fordert einen Untersuchungsausschuss und die juristische Klärung der Konsequenzen. Bevor er überhaupt dem Landtag angehört hat, bevor er überhaupt dem Ausschuss angehört hat. Jetzt bin ich schon gespannt, was ihr juristisch verfolgt, Herr Landeshauptmannstellvertreter? Und ob Sie wieder einmal der Mut verlässt wenn es darum geht, den Wahrheitsbeweis anzutreten. Sie können sich sicher sein, wir stellen uns dieser Diskussion gerne.

Und natürlich sind die Grünen auf diesen Zug aufgesprungen. Immer mit der Angst im Nacken, sie könnten das beinharte Rennen um die beste Oppositionspartei verlieren. Und ich muss sagen, nach der Performance, Kollegin Krismer-Huber, das hast fast verloren, ja? Also da war der Kollege Königsberger viel besser, weil der hat überhaupt was ganz besonderes von sich gegeben. Kollege Königsberger, ich glaube, dein Redenschreiber war heute auf Urlaub und du hast es einmal selber gemacht. Ganz ehrlich: Greif auf die Profis zurück! Weil das, was du heute da gesagt hast, ist ein bisschen für den Landtag fast seltsam gewesen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich habe der Frau Krismer-Huber genau zugehört. Obwohl sie sehr zwischen den verschiedenen Sachen gesprungen ist, und ich schlussendlich gar nicht mehr gewusst habe, ob du jetzt dabei bist oder nicht dabei bist. Mir ist eingefallen wie du geredet hast, der Frank Zappa. Weil er hat einmal gesagt, Politik ist die Unterhaltungsabteilung der

Wirtschaft. Und du hast dem Frank Zappa heute Recht gegeben. Ich danke dir. Er wird sich im Grab freuen darüber.

Jetzt kommen wir zu den Presseaussendungen - jetzt wird's interessant -, zu den Presseaussendungen der SPÖ in den letzten Tagen. Denn sehr geehrte Kollegen von der SPÖ! Es bleibt mir leider nicht erspart, ein paar Grundsätze ... *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Ich bin auch kein Fan von Frank Zappa, aber er hat es halt gesagt, ja?

Kollegen von der SPÖ! Ein paar Grundsätze der Betriebswirtschaft muss ich euch schon näher bringen. Weil das habt ihr ja komplett in euren Aussendungen durcheinander gebracht. Ein Unternehmen hat eine Gewinn- und eine Verlustrechnung. Soweit, glaube ich, werden wir uns einig sein. Und, meine sehr geehrten Damen und Herren - Kollege Huber, zu dir komm' ich vielleicht später, weil jetzt ist die SPÖ dran -, die schwarzen Zahlen, liebe Kollegen von der SPÖ, die schwarzen Zahlen, das ist der Gewinn. Und die roten Zahlen, das ist der Verlust in einer Gewinn- und Verlustrechnung. Und das habt ihr komplett auseinander gebracht. Deswegen gebe ich euch einen Tipp wie ihr euch das merken könnt: Denkt einfach an die letzten Wahlen in Niederösterreich. Schwarz hat immer gewonnen. Schwarz gewinnt. Und Rot, das wisst ihr aus leidvoller Erfahrung am Besten, Rot hat immer verloren. Rot ist ein Verlust. So einfach ist es, wenn ihr das nächste Mal die ganzen betriebswirtschaftlichen Sachen durchgeht. Schwarz steht für Gewinn, Rot steht für Verlust. Das ist einfach! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das ist jetzt ganz wichtig gewesen. Weil jetzt kommt die Überraschung. Der vorliegende Rechnungshofbericht zeigt schwarze Zahlen auf. Zeigt einen Gewinn auf. Der vorliegende Rechnungshofbericht. Und ich zitiere ihn wörtlich: Der Nettovermögenswert der Fonds zu Ende 2008 zuzüglich sämtlicher Auszahlungen an das Land, wie es im Vergleich zum Anfangsstand ein positives Saldo von 66,71 Millionen Euro auf. Das ist ein Gewinn. Darin sind wir uns einig, oder? Und jetzt kommt die zweite Überraschung. Der Kollege Michalitsch hat es ja schon gesagt: Mit heutigem Stand haben wir gehabt 600 Millionen Gewinn. Das ist für euch schon die zweite Überraschung. Wo ist da die eine Milliarde Verlust? Und ich rechne es euch noch einmal vor: Wenn man einen Kassasturz macht, denn scheinbar geht das nicht in die Köpfe hinein: Wir haben 4,4 Milliarden eingezahlt im Jahr 2002. Wenn man jetzt zu einem nicht gerade günstigen Zeitpunkt dieses Kapital realisieren würden, hätten wir 3,8 Milliarden, was ausbezahlt würde.

Ertragsanteile haben wir fast 1,2 Milliarden erwirtschaftet. 3,8 Milliarden plus 1,2 Milliarden ergibt, das kann jeder rechnen, 5 Milliarden Euro. Ja? Und wenn ich mir jetzt die 4,4 Milliarden Euro abziehe, die wir eingezahlt haben, bleiben 600 Millionen Gewinn über. Da frage ich mich, wo ist die Spekulation? Wo wurde da gezockt? *(Beifall bei der ÖVP.)*

So schwer ist das nicht, wenn man rechnen kann. Das, was der Rechnungshofbericht richtigerweise feststellt, ist, dass wir uns alle eine noch bessere Performance für unsere Veranlagung gewünscht hätten. Das stimmt, aber das ist nicht so. Wer ist daran schuld? Der Börsencrash im Herbst 2002, 2008. Die „Vermögenszeitung“, und das muss man sich in Erinnerung rufen, kommentiert diesen Börsencrash 2008, ich les' das wörtlich vor: „Man muss die Dinge beim Namen nennen, wie sie sind. Dies ist keine Korrektur, kein Einbruch, kein Kurssturz, es ist ein Crash - der Crash. Und zwar der schlimmste, brutalste Crash unserer Zeit. Nie, wirklich nie in den vergangenen zwei Jahrzehnten sind die globalen Aktienmärkte so hemmungslos, so willenlos und so panisch zusammen gebrochen wie in den vergangenen fünf Handelstagen. Das hier ist der Big One - der Crash einer Ära ... Wie im schlimmsten Albtraum kollabierten die Aktienindizes wie in seit 1929 nicht da gewesener Weise.“ Und wenn man sich das Szenario vor Augen führt, was seit Herbst 2008 zustande gekommen ist, was ich hier gerade zitiert habe aus einer angesehenen Zeitung, dann merkt man erst, wie gut unsere Veranlagung, wie solide unsere Veranlagung erst aufgestellt war. Weil wir haben trotzdem jetzt 600 Millionen Gewinn.

Und auch der Rechnungshof sagt, dass ein Nicht-Erreichen eines Zieles kein betriebswirtschaftlicher Verlust ist. Und das hat auch schon der Kollege Michalitsch gesagt. Und das muss man sich, in meinen Augen, schon in Erinnerung rufen.

In diesem Zusammenhang muss ich auch leider eine Kritik am Rechnungshof muss ich eine anbringen. Denn wenn er hier wörtlich meint, die Performance der veranlagten Gelder unterschritt bis Ende 2008 das langfristige Ergebnisziel des Landes um knapp 1 Milliarde Euro, muss ich sagen, dass er bei der Beurteilung der Performance leider von einer Laborsituation ausgegangen ist. Es wird hier der Crash vergessen, es wird auf ihn keine Rücksicht genommen. Dass der Erfolg eines Portfolios nicht an einem Stichtag aufgehängt werden kann, darauf wird auch keine Rücksicht genommen.

Denn wäre das Ergebnis am Höhepunkt der größten Finanzkrise nicht unter den Erwartungen,

müsste eigentlich der Rechnungshof im Umkehrschluss die langfristige Erwartung als irrational niedrig kritisieren. Aber das macht er nicht. Und es ist auch eines klar: Dass, wenn man ökonomisch ..., also, eine ökonomische Auswirkung hat die Errechnung von dieser hypothetischen einen Milliarde genau überhaupt keine.

Aber dieser Satz, das ist genau der Strohalm, an den sich die vereinigte Opposition in diesem Hause klammert. Und deshalb hätte ich mir von dem Bericht des Rechnungshofes mehr Feingefühl erwartet. Denn der Rechnungshof hat die Aufgabe, zu prüfen und nicht Politik zu machen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und dass der Rechnungshofbericht unglücklich formuliert hat, ist nicht nur meine Meinung, sondern auch von den Finanzexperten. Univ.Prof. DDr. Thomas Dangl, Univ.Prof. Dr. Engelbert Dockner und Univ.Prof. Dr. Josef Zechner haben in einer unabhängigen Stellungnahme die in dem Bericht formulierte Kritik evaluiert. Und kommen zum Schluss, dass in einer Reihe von vorgebrachten Argumenten finanzwirtschaftliche Zusammenhänge für die Beurteilung des Veranlagungsmanagements verzerrend wiedergegeben werden, sodass die daraus gezogenen Schlüsse nicht begründet sind.

Der Grundtenor dieser Studie lautet, dass in Bezug auf die Veranlagung gut gewirtschaftet wurde, so wie es ein ordentlicher Kaufmann tut. Und dass die Veranlagung der Wohnbaugelder sinnvoll ist. Das sagen die Experten zu unseren Veranlagungen.

Und Universitätsprofessor Dockner geht noch einen Schritt weiter, zu dem Vergleich der Veranlagungen mit den Pensionsfonds. Er lässt diesen Vergleich so nicht gelten im Bericht. Denn er sagt, dieser Vergleich ist einfach nicht zulässig, da er nicht auf die unterschiedlichen Risiken zwischen den Veranlagungen Niederösterreich 1 bis Niederösterreich 4 und den Pensionskassen eingeht. Die Fonds performen zweimal besser und zweimal schlechter als die entsprechenden Pensionskassen, was bei einer detaillierten statistischen Analyse, so sagt er, keinen signifikanten Unterschied darstellt.

Das heißt, die Experten bestätigen diese Meinung, dass wir mit der Veranlagung eigentlich sehr gut liegen. Und in Wirklichkeit hat das der Rechnungshof 2002 und 2006 auch getan. Weil da hatte er keine Probleme mit den Veranlagungen. Der Rechnungshof meint wörtlich, Kollege Huber, und jetzt pass genau auf, vielleicht kommt dir die Erleuchtung, weil dein Kollege hat ja mitgestimmt: Die

Verwertung kann insgesamt als plausibel nachvollziehbar, zielführend und angemessen angesehen werden.

Der Rechnungshof liefert in seinen Berichten diesem Haus in der Regel wertvolle Hilfestellungen um hier im Landtag Gesetzesbeschlüsse zu evaluieren. In Sachen niederösterreichische Veranlagungen vermisste ich aber beim Rechnungshof einen durchgehenden Faden in seiner Beurteilung. Aber genau diese Kontinuität braucht unser Finanzmodell, das langfristig, nämlich – und jetzt kommt für euch scheinbar die Überraschung – auf 20 Jahre ausgelegt ist. (*Unruhe im Hohen Hause.*) Ihr hört nicht ganz ... Bei euch vergeht die Zeit vielleicht ein bisschen langsamer, ja? Das merkt man manchmal.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, ihr werdet euch alle noch erinnern, letztes Jahr am 2. Juli haben wir in diesem Haus aus dem Lichte der Erfahrungen der Finanzkrise das Veranlagungsmodell noch einmal neu beschlossen. Und haben auch die Anregungen des Rechnungshofes hier eingebracht und die Optimierung dadurch fortgeführt. So ist das Berichtswesen an den Landtag verbessert worden. Das Risiko durch genaue Risikoklassen geregelt worden. Die Veranlagung von einem unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Und seit einem Jahr wird auch an einem Notfallplan gearbeitet.

Das Ergebnis des Berichtes dieses unabhängigen Wirtschaftsprüfers kennen Sie alle sehr gut. Das ist nämlich vom 21. Jänner 2010. Und das lautet im Kernsatz folgendermaßen: Die Überprüfung der Veranlagungsbestimmungen für das der Land Niederösterreich Vermögensverwaltung GmbH & Co. AG übertragene Vermögen ergab, dass die Veranlagungsbestimmungen im Rechnungsjahr vom 1. November 2008 bis 31. Oktober 2009 eingehalten wurden.

Aber das wissen Sie alle, meine sehr geehrten Damen und Herren! Und Sie fordern trotzdem einen Untersuchungsausschuss. Ich denke, wir haben in diesem Haus unsere Hausaufgaben in Sachen Veranlagungen gemacht. Und Sie versuchen innerhalb von drei Monaten jedes Mal einen Veranlagungsskandal herbeizureden. Das wird jetzt schon ein alter Hut für diesen Landtag und schön langsam nicht mehr ganz lustig.

Der eigentliche Skandal ist, dass die SPÖ und die FPÖ, und das sagt die Frau Krismer-Huber, die leider draußen ist, jetzt möchte ich sie loben, richtigerweise, der eigene Skandal ist die Arbeitsverweigerung, die die Regierungsbank von der SPÖ und

von der FPÖ macht. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Diese Meinung vertreten nicht nur die Politiker, diese Meinung vertritt zum Beispiel der Michael Jäger, unabhängiger Journalist vom „Kurier“. (*Heiterkeit bei der FPÖ.*)

Er schreibt: Niederösterreich leistet sich drei Regierungsparteien, aber nur eine will regieren. Müssten Mediziner eine Diagnose über die aktuelle Landespolitik erstellen, würden sie eine Form der Persönlichkeitsstörung diagnostizieren. So schaut's aus. Obwohl es erst seit den Landtagswahlen am Papier drei Regierungs- und eine Oppositionspartei gibt, schauen die realpolitischen Verhältnisse anders aus. Die mit absoluter Mehrheit ausgestattete ÖVP regiert im Land, spricht, die arbeitet. Die mit den Regierungsmännern bedachte SPÖ und FPÖ matcht sich mit den Grünen um den Anspruch, wer die Oppositionspartei Nummer 1 in Niederösterreich ist. Das sagen Journalisten zu einer Situation, die wir in diesem Haus erleben. Für Regierungsvertreter müsste es eigentlich beschämend sein, so eine Analyse zu lesen, allen voran, für einen Landeshauptmannstellvertreter Leitner, in meinen Augen, ja? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Weil Sie machen seit Beginn dieser Landtagsperiode – und ich bin sehr unbedarft, weil das meine erste ist – haben Sie nur ein politisches Ziel: Das Land oder politische Vertreter dieses Landes anzuputzen. Kassieren, aber nicht regieren, das ist Ihr Slogan! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben in zwei Jahren Regierungstätigkeit meiner Meinung nach es noch nicht geschafft, ins Amt zu finden. Sie sind immer noch der Landesgeschäftsführer der SPÖ. Ich frag' mich, was der Steindl für Arbeit macht wenn Sie ihm die Arbeit weg nehmen. Und auch die letzte Landtagssitzung hat gezeigt, dass Ihnen scheinbar die Landesverfassung egal ist. Das war für mich wirklich erschütternd, sehr verehrter Herr Landeshauptmannstellvertreter Leitner: Sie geben vertrauliche Unterlagen aus einer Regierungssitzung an einen Parteifreund weiter. Sie haben da zugegebenermaßen die Landesverfassung gebrochen. Das ist einzigartig in der Zweiten Republik und das ist wirklich ein Skandal! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber das ist kein Wunder, weil die ganze Rolle der SPÖ in Sachen niederösterreichischer Veranlagungen grenzt bei mir an eine pathologische Verdrängung. Aber übrigens auch, und jetzt komm ich endlich zu dir, Kollege Waldhäusl, auch die FPÖ hat ihren notorischen Gedächtnisverlust. Ihr erinnert euch nicht mehr, obwohl es euch immer wieder gesagt wird, dass 2001 die FPÖ immer wieder mitgestimmt hat. (*Abg. Waldhäusl: Ein Mall!*)

Ich weiß, Kollege Waldhäusl, das schmerzt dich. Ich weiß! Dein Kollege und ihr alle sitzt mit im Boot. Du machst hier einen Trapezakt ohne Netz. Du musst aufpassen, dass du nicht 'runterfällst. (*Abg. Waldhäusl: Warst du zu lange in der Hitze? Setz dir einen Hut auf! Wasser trinken! Du sagst einen Blödsinn nach dem anderen!*)

Kollege Waldhäusl! Hör mir für einen Satz noch zu: Wissen versuch' ich dir ... Seit 15 Minuten und 13 Sekunden versuche ich, dir Wissen zu vermitteln. Die Weisheit, dieses Wissen anzunehmen, das ist dein Problem, ja? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Aber sei nicht eifersüchtig wenn ich einmal mehr von anderen rede, ja? Das musst du auch aushalten. Ohne unsere Veranlagungen hätten wir nicht dem Weinviertel Unternehmern im Rahmen des Konjunkturpaketes helfen können, meine sehr geehrten Damen und Herren, würde die 20-jährige Studentin im Bezirk Horn nicht 70 Euro Förderung für ihr Semesterticket bekommen und die alleinerziehende Mutter in Wolkersdorf könnte keinen Halbtagsjob annehmen, da es keinen Gratiskinder Garten für Zweieinhalbjährige geben würde. Das sind nur ein paar Beispiele wie sich unsere Verhandlungen positiv ausgewirkt haben. Ohne unsere Veranlagungen wäre Niederösterreich gerade im Sozialbereich ein Stück ärmer. Und es ist schade, dass das die Sozialdemokraten immer wieder vergessen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der vereinigten Opposition! Auch die heutige Debatte bei diesem Rechnungshofbericht hat gezeigt, dass Sie jeden Strohalm nutzen um von Ihrem eigenen politischen Konkurs abzulenken. Sie müssen schon die eigenen Leute hinausschmeißen. Zuerst sind sie Ihnen weggerannt, Kollege Leitner, und jetzt haben Sie schon 40 Leute ausgeschlossen, weil sie diesen Kurs nicht mehr mittragen wollen, ja? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich verstehe das auch, zunächst wenn ich wie ihr Landesgeschäftsführer denke. Das ist parteipolitisch nachvollziehbar. Aber das ist kein Ansatz wie man hier eine seriöse Finanzpolitik für unser Heimatland gestalten sollte. Und Gott sei Dank haben wir Landeshauptmannstellvertreter Sobotka, der für unsere Finanzen zuständig ist. Der ist der Mann, der blau-gelb denkt und auch so handelt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Präsident Ing. Penz: Zu Wort gelangt Herr Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Werter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag!

Mein Vorredner hat eingemahnt eine sachliche Diskussion. Und was er dann von sich gegeben hat, haben wir jetzt miterlebt. Es hat eigentlich nichts mit Sachlichkeit zu tun gehabt, auch nicht mit dem Rechnungshofbericht, den kennt er noch immer nicht. Es war eigentlich Arroganz, Selbstherrlichkeit, wieder Arroganz, Überheblichkeit, ein bisschen eine Beratungsresistenz war dabei. Aber in erster Linie war es eine typische ÖVP-politisch dominierte Rede.

Sachlichkeit einfordern, auf alle aufs Tiefste hinhalten, alle beschimpfen, Regierungsmitglieder beschimpfen und dann behaupten, dass die ÖVP staatstragend wäre. Ich glaube, da braucht man nicht mehr dazu sagen. Alles andere wäre Verschwendung. Und ich möchte nur mehr den Ort erleben wo es so heiß war, wo du dir das zugezogen hast was du heute von dir gegeben hast. Das wäre das Einzige was ich noch wissen möchte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Präsident Ing. Penz: Herr Abgeordneter Waldhäusl!

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Ich war nämlich jener, Herr Kollege Hackl ... Na Moment!

Präsident Ing. Penz: Herr Abgeordneter Waldhäusl! Ich habe Sie unterbrochen und daher bitte ich, auch die Geschäftsordnung einzuhalten. Ich darf Sie bitten, in der Wortwahl so zu reden, dass das der Würde des Hauses entspricht.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Das hätten Sie beim Vorredner machen müssen. Und wenn Sie, Herr Präsident, glauben, auch als Präsident parteipolitisch agieren zu können, dann tun sie es. Hätten Sie es vorher getan, würde ich es auch nicht machen. (*Beifall bei der FPÖ und den Grünen.*)

Dieser Rechnungshofbericht bestätigt den Verlust von einer Milliarde. Er bestätigt letztendlich eine dilettantische Arbeit und er bestätigt das Zocken des Landeshauptmannstellvertreters. Und wenn dieser Rechnungshofbericht so schlecht wäre, warum hat dann jeder ÖVP-Redner jetzt immer daraus zitiert und sich darauf berufen? Und gesagt, das bestätigt er und das bestätigt er und der Präsident hat uns gesagt und das und das.

Wenn er eh so gut ist, warum kritisiert man dann trotzdem? Warum lehnt man dann diesen Bericht erstmalig durch die ÖVP, durch eine so genannte staatstragende Partei, diesen Bericht ab? Na nicht nur aus Wehleidigkeit! Und warum kritisiert man dann auch von höchster Stelle aus vom Landeshauptmann abwärts hier den Rechnungshof und den Präsidenten? Warum beschimpft man hier das oberste Kontrollorgan dieser Republik?

Das ist ja nicht so, wie wenn irgendein Sportverein jetzt gesagt hat, ich habe festgestellt, da ist was nicht in Ordnung. Das oberste Kontrollorgan hat hier in einem Endbericht bestätigt, dass eine Milliarde fehlt. Nicht Verlust – Gewinn: Eine Milliarde fehlt! Dies ist für die ÖVP das Problem. Sie sagen, es ist kein Verlust, weil es gibt keinen Verlust. Aber dann gibt's auch keinen Gewinn! Und vom Gewinn sprechen Sie sehr wohl.

Der Rechnungshof bestätigt: Eine Milliarde fehlt! Es gab eine Ausschüttung aus der Substanz. Die Landtagsbeschlüsse wurden nicht eingehalten. Die Informationen an den Landtag sind nicht so gewesen wie sie sein hätten sollen. Ja, was ist da schlimm dabei wenn der Rechnungshof das jetzt endgültig festsetzt und bestätigt? Wenn bereits 13 Punkte der ehemaligen und anhaltenden Kritik umgesetzt wurden, na dann hat man ja eh teilweise alles ernst genommen. Warum gibt man dann nicht zu, dass halt etwas doch nicht in Ordnung ist? Dass was schief gegangen ist? Warum setzt man sich dann nicht zusammen an einen Tisch und sagt: Okay, die Probleme haben wir, schuld daran ist die Finanzkrise aus Übersee, schauen wir, wie wir jetzt aus dem 'raus kommen.

Nein! Da wird die Opposition beschimpft. Da wird der Rechnungshofpräsident und werden die Mitarbeiter des Rechnungshofes beschimpft. Außer dieser Bericht würde eine andere politische Partei vielleicht hier kritisieren. Ja dann würde die ÖVP da stehen und würde sagen: Das oberste Kontrollorgan. Und: Dort sitzen die Gauner. Und jetzt dreht die ÖVP den Spieß um und tut ja so, wie wenn die Gauner im Rechnungshof sitzen würden. Dort sitzen anständige Leute, die ihre Arbeit machen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Nur ihr könnt mit einer Kritik nicht umgehen. Ihr könnt mit überhaupt keiner Kritik mehr umgehen. Jetzt kann man sagen, woran liegt das eigentlich? Liegt das daran, dass ihr schon zu lange eine absolute Mehrheit habt? Sind das Auswirkungen daraus? Man könnte auch aus Kritik, wenn es eine unabhängige ist wie in diesem Fall, durchaus lernen. Nein! Man fährt drüber! Man beschimpft die Prüfer! Man sagt, dass parteipolitisch motivierte

Prüfer am Werk waren. Ja woher nimmt die ÖVP hier diese Arroganz, das zu behaupten? Woher nimmt der Herr Landeshauptmann diese Arroganz, hier einen Präsidenten des Rechnungshofes zu beschimpfen? Woher nimmt die ÖVP diese Arroganz? Sind das wirklich die Auswirkungen einer absoluten Mehrheit?

Liebe ÖVP! 54 Prozent sind nicht 100 Prozent. Weil ihr überall so rechnet, darum auch die Verluste bei der Veranlagung. Weil es euch im Rechner fehlt: 54 Prozent sind ein bisschen mehr als die Mehrheit. Und das, was wir hier erleben – und nicht nur heute – das sind wirklich politische Ausflüsse einer absoluten Mehrheit, die bei weitem an Demokratie und am Regierung für das Volk vorbei gehen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Mich erinnert ja vieles an vergangene Dinge. Da hat es gegeben ein Gerichtsurteil des Landesgerichtes Krems im Bereich Leonardo, ehemaliger Landeshauptmannstellvertreter Gabmann. Dieses Gerichtsurteil hat besagt, auf Grund der ganzen Dinge, die da passiert, sind, ist dem Land Niederösterreich ein finanzieller Schaden von ein paar Millionen entstanden. Jeder, außer der ÖVP, hat dieses Gerichtsurteil zur Kenntnis genommen. Die ÖVP hat ein privates Gutachten erstellen lassen auf Landeskosten und hat ein Gerichtsurteil der Republik Österreich damit widerlegt. Das heißt, für die ÖVP, wenn es gegen ihre Leute geht oder gegen die Partei oder gegen die Arbeit ihrer Mandatare, dann sind die Gerichtsurteile nichts wert.

Oder: Wie absolute Mehrheiten sich auswirken können, wie man 54 Prozent mit 100 Prozent verwechseln kann. Da geht's um die Bestellung eines Landesrechnungshofdirektors. Und da hat man halt versucht seitens der ÖVP, weil man die Mehrheit hat, den Ziegenbock zum Gärtner zu machen. Da hätte man jenen nehmen wollen, der hätte dann die Leichen finden sollen, die er vorher im Keller vergraben hat.

Und mit dieser absoluten Mehrheit ausgestattet im Kopf, wir fahren drüber, wir entscheiden in diesem Land alles, hat man natürlich nicht daran gedacht, dass eigentlich zwei Drittel für diese Gesetzgebung erforderlich sind. Und jetzt haben wir das, Gott sei Dank, dass wir eine Rechnungshofdirektorin haben, die der Freiheitliche vorgeschlagen hat im Ausschuss und nicht die ÖVP. Da sieht man, wie Arroganz ..., wenn Arroganz in den Kopf steigt und noch ein bisschen höher, zu was das dann führen kann. Das kann dazu führen, dass sich dann die Richtigen durchsetzen. Diejenigen, denen es darum geht, dass die besten Leute am besten Job sitzen. Und daher haben wir Gott sei Dank jetzt

diese Rechnungshofdirektorin. Ihr ward dagegen! Ihr hättet diese Frau verhindern wollen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Weil da hat man schon eines gemerkt. Vielleicht schon in weiser Vorahnung. Weil die Frau kommt vom Rechnungshof. Und ihr habt ein Problem mit dem Rechnungshof. Denn alles, was vom Rechnungshof kommt, wird beschimpft und wird kritisiert. Und da nimmt man auch dieses Mal ein Ergebnis absolut nicht zur Kenntnis.

Aber nicht nur dass man es nicht zur Kenntnis nimmt, dass man schimpft. So wie man vorher ein Urteil eines Landesgerichts nicht akzeptiert und ein privates Gutachten auf Landeskosten macht, ähnelt sich ja diese Situation jetzt. Jetzt gibt's plötzlich eine Expertise von Universitätsprofessoren, die widerlegen, so von heute auf morgen, übers Wochenende, im Schnellauftrag, haben es sich natürlich bezahlen lassen, wahrscheinlich wieder von unseren Steuergeldern – es wird eine Anfrage an den Landeshauptmannstellvertreter dazu geben – wieviel das gekostet hat. Man, als ÖVP, akzeptiert überhaupt die Gesetzgebung nicht mehr.

Da die Gerichte nicht, da den Rechnungshof nicht. Da macht man ein privates Gutachten und sagt, der Rechnungshof irrt sich. Ja, wo nimmt man wirklich diese Präpotenz her, wenn nicht wirklich aus dem Bereich, dass man mit 54 Prozent glaubt, hier alles entscheiden zu können. Aber ich habe es eh erwähnt. Das ist es ja. Du wirst dich geärgert haben, lieber Kollege Schneeberger, wie das mit der Rechnungshofbesetzung im Landesrechnungshof schief gegangen ist. Da merkt man, es kommt dann eine schleichende Degeneration mit dieser Absoluten mit sich. Und das sind dann die Auswirkungen davon.

(Zweiter Präsident Nowohradsky übernimmt den Vorsitz.)

Also 54 Prozent sind nicht 100 Prozent! Der Bericht, den ihr heute eigentlich gar nicht so kritisiert habt, sondern sehr oft dazu benützt habt, um zu sagen, wir hatten Recht, der wird trotzdem heute nicht zur Kenntnis genommen inhaltlich. Es wird dann einen Antrag dazu geben. Denn es gibt hier Mandatare in diesem Haus, die diesen Antrag auch inhaltlich zur Kenntnis nehmen.

Aber vorher wollen wir noch die Diskussion nützen um einiges aufzuklären. Denn uns ist schon eines wichtig, und ich habe das noch im Ohr, wie der Kollege Riedl in der letzten Diskussion hier gesagt hat, weil ich ja einen Untersuchungsaus-

schuss so wie viele andere hier eingefordert habe, er gesagt hat: Warten wir einmal ab was im Endbericht steht und dann können wir darüber reden ob man untersuchen muss oder nicht. Aber wenn heute die ÖVP diesen Endbericht ablehnt, dann ist es eine Bestätigung, dass wir einen Untersuchungsausschuss brauchen, unbedingt. Weil sonst würde die ÖVP ja nicht mauern.

Wir wollen diesen Untersuchungsausschuss nicht, um dort hochzurechnen, wie viel tatsächlich jetzt auf einer Gewinnseite, auf einer Verlustseite, ob es jetzt 10 Jahre waren, wir wissen es, 2002 im Dezember hat er es gesagt der Herr Landeshauptmannstellvertreter, auf 10 Jahre ausgeben. Ist ja egal. Über das kann man alles diskutieren. Wir wollen nur unter Anführungszeichen eine politische Aufklärung.

Und unter politischer Aufklärung, da will ich nichts Böses. Ich möchte nur das wissen, was ich und auch viele andere Abgeordnete in diesem Haus als Legislative, als Kontrollorgan auch wissen möchten: Wann hat wer wo gewisse Entscheidungen getroffen? War das zuständige Regierungsmitglied in alle Entscheidungen eingebunden oder nicht? Heute im Ausschuss habe ich gehört, gewisse Dinge haben die Manager gemacht und getan. Haben die Manager das von sich aus getan? Hat der Landeshauptmannstellvertreter vielleicht gesagt, ich würde vorschlagen, machen wir das? Haben das Experten gemacht? Hat es der ÖVP Landtagsklub gemacht? Ich weiß nicht wer es war.

Aber eines ist auf alle Fälle aufklärungsbedürftig: Der Rechnungshof hat auch festgestellt, dass entgegen der Beschlüsse des Landtages der Weg verlassen wurde. Und ich sage es jetzt da, dass es auch der Kollege Hackl versteht, also ganz einfach: Man hat dann begonnen, höhere Einsätze zu nehmen. Man hat höher gespielt um das zu gewinnen wieder, was man vorher bei dem Verlust, weil man aus der Substanz genommen, verloren hat. Der Spieleinsatz wurde erhöht. Das war in keinem Landtagsbeschluss gegeben. Dieser Weg wurde verlassen.

Und da möchte ich wissen als Legislative, hat die FIBEG, haben die Manager, wer hat diesen Weg verlassen? Hat es einen Auftrag gegeben oder hat der Landesrat Sobotka in seiner Spielsucht einfach nur gesagt, tut einfach ein bisschen höher spielen. So wie wir es gewohnt sind. Ein bisschen höher gambeln und es geht schon. Was kann sein? Weg kann es sein. Ist ja nicht das Meine. Ist ja eh das Geld von den Niederösterreichern. Vielleicht war es auch so.

Könnte aber auch anders gewesen sein: Dass er gar nichts gewusst hat von dem. Dass es eine Eigendynamik bekommen hat. Da muss ich aber sagen, da muss man klären, was hat er in der Zeit gemacht, der Landeshauptmannstellvertreter, wenn das selbständig hier gespielt hat? Wo war er da? Was hat er getan? War er im Garten Unkraut jäten auf Steuerkosten? Oder was hat er tatsächlich gemacht? Irgendwas muss er ja getan haben um seiner Arbeit nachzukommen. Und das wollen wir geklärt haben.

Eines ist jedenfalls klar: Wenn man Sobotka hört und wenn man Sobotka aufmacht, merkt man, dass er immer mit Steuergeldern spielt. Ob er im Garten in Tulln spielt, ob er hier mit Geld der Wohnbauveranlagung spielt, er spielt prinzipiell mit dem Geld anderer Leute. Und das sind die Zocker in erster Linie. Die nehmen nicht ihr eigenes, die nehmen immer das Geld von den anderen. Weil dann tut es nicht so weh wenn man etwas verliert.

Und das wollen wir klären. Nicht mehr und nicht weniger. Und dazu wäre ein Untersuchungsausschuss natürlich eine oder die einzige Möglichkeit. Und außerdem sollte man dann aus diesen Erfahrungen, die man hier dann auch tatsächlich erhält, die Linie festlegen, wie wir in Zukunft weiter machen. Und da denke ich, da hat ja der Rechnungshof auch einiges vorgegeben. Wir sollen politisch entscheiden als Landtag, wollen wir in Zukunft oder soll uns in Zukunft das Wichtigste sein, dass wir jährlich für unser Budget, für die Bürger des Landes, Geld frei bekommen und die Ausschüttungen sollen auch weiterhin so fließen, egal ob sie erwirtschaftet werden oder nicht. Oder auf der anderen Seite: Wir wollen werterhaltend weiter machen, und dann gibt's halt in schlechten Jahren keine Ausschüttung und weniger Geld fürs Budget.

Oder so wie zum Beispiel wir von den Freiheitlichen es immer gesagt haben, wir wollen hier einen anderen Weg einschlagen. Und darum hat es nur ein einziges Mal beim Grundsatzbeschluss 2001 ein Ja gegeben zu diesem damaligen Antrag. Weil wir damals schon gesagt haben, wenn sich das alles so abspielt und wenn man sich an die Beschlüsse hält, schauen wir uns das an. Nur, es hat nicht lange gedauert, und das habe ich dann feststellen müssen als einzelner Mandatar, dass diese Beschlüsse nicht eingehalten werden, dass die Informationen an den Landtag nicht fließen.

Denn das haben wir auch heute diskutiert. Und ich kann es noch einmal sagen anhand des Bei-

spieles von mir: Die Abgeordneten wurden nicht informiert! Es gab eine Pflicht der Information an die Klubs. In dieser Zeit, in den wichtigsten Jahren waren wir eine Fraktion. Da haben wir einmal betreten müssen dass wir überhaupt dort ein Anhörungsrecht hatten. Und dann wurde uns gesagt, jeder Mandatar kann ja im Ausschuss beim Budget Fragen zu dieser Veranlagung stellen. Jeder weiß auch, der die Geschäftsordnung kennt, dass eine Fraktion, die in keinem Ausschuss sitzt, auch keine Fragen stellen kann. Daher ist diese Bemerkung oder Feststellung des Rechnungshof-Ausschusses, dass nicht alle Abgeordneten tatsächlich informiert wurden, natürlich richtig. Wir hatten diese Information nicht.

Und das war auch ein Grund, warum dann wir und ich keiner einzigen weiteren Veranlagung zugestimmt haben. Weil wir gesagt haben, wir wollen auch wissen, was passiert da mit dem Geld. Und leider Gottes hat sich herausgestellt, was wir jetzt wissen, es fehlt Geld. Man kann hoffen, dass sich hier die Aktienmärkte in allen Bereichen erholen. Aber eines muss heute unbedingt – und das würde ich mir wünschen, dass das alle so sehen – klar und deutlich hier festgestellt werden: So wie bisher können wir nicht mehr weiter machen! Es ist ja schon schlimm, dass eine Milliarde fehlt. Dass die Substanz hier schon herunter gewirtschaftet wurde. Jetzt muss der Landtag dann zur Entscheidung kommen und sagen, jetzt stellen wir das endgültig ein. Der Rechnungshof hat uns hier den Wink mit dem Zaunpfahl gegeben. Machen wir nicht um Steuergelder Gutachten wo wir das widerlegen und sagen es ist in Ordnung. Denn ich wünsche es mir nicht, auf keinen Fall, aber wir wissen ja nicht, ob nicht in drei Jahren oder in vier Jahren schon wieder die nächste Wirtschaftskrise und Finanzkrise da ist. Und was machen wir dann? Irgendwann müssen wir als Landtag, auch die, die dagegen gestimmt haben, müssen wir den Kindern einmal erklären, wieso damals soviel Geld vernichtet wurde.

Und da ist es zu wenig dass ich zu meinen Kindern dann sage, ja, das war halt, weil der Landeshauptmannstellvertreter so gern mit dem Geld der anderen Leute gespielt hat. Das ist zu wenig. Daher mein Appell: Untersuchen wir es, dann legen wir eine neue Strategie fest. Aber miteinander und zum Wohl und im Interesse der Steuerzahler. Weil das Geld ist nicht unseres. Das ist das Geld der Bürger! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Mag. Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Damen und Herren der Landesregierung! Werte Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich muss am Beginn meiner Ausführungen nochmals ganz kurz auf den Kollegen Hackl zu sprechen kommen. Und zwar deswegen, weil ich den Kollegen Hackl wirklich als einen profunden und auch verlässlichen Partner, wenn es darum geht etwas auszumachen, schätze. Er hat aber am Beginn seiner Rede heute eine sachliche Auseinandersetzung gefordert. Er hat gesagt, dieser Rechnungshofbericht gäbe die Möglichkeit, sich sachlich damit auseinanderzusetzen. Ich gestehe ihm zu, dass dieses Thema – ich habe das auch beim letzten Mal gesagt – ein sehr emotionales Thema ist. Und dass es wahrscheinlich nicht immer gelingen wird, sich ganz sachlich damit auseinanderzusetzen, weil natürlich der Standort immer auch Standpunkte bestimmt.

Aber, Kollege Hackl, was du heute gemacht hast, war natürlich so, dass du dich hergestellt hast und alle anderen Parteien belehrt hast, was richtig und was falsch ist. Und nicht nur belehrt hast, sondern du hast auch zu einem Mittel gegriffen, das sicherlich von uns abgelehnt wird, nämlich du hast zu persönlichen Beschimpfungen gegriffen. (*Abg. Erber: Und eure Schaukastenplakate?*) Ich red jetzt von da herinnen, Toni, ja?

Persönlichen Beschimpfungen in Richtung des Landeshauptmannstellvertreters. Ich würde dir wirklich empfehlen, wiederum zu deiner Sachlichkeit, für die du bekannt bist, auch tatsächlich zurückzukommen. (*Beifall bei der SPÖ. – Abg. Erber: Das gibt's ja nicht! Wie Russen seid ihr!*)

Meine Damen und Herren! Es war so schön ruhig bis jetzt. Ich sage zwei Sätze und ihr schreit schon. Ist super! (*Abg. Mag. Karner: Das ist scheinheilig!*) Was ist scheinheilig? (*Abg. Mag. Karner: Der Sobotka wird von euch im ganzen Land plakatiert!*) Zu dem komm' ich jetzt dann.

Jetzt ist er da, meine Damen und Herren, der Rechnungshofbericht, der endgültige Rechnungshofbericht. Von vielen erwartet, von manchen vielleicht nicht. Aber er liegt uns jetzt vor. Er wurde, das ist schon gesagt worden, heute Vormittag, sehr, sehr ausführlich im Ausschuss diskutiert. Jetzt wird er im Landtag diskutiert. Für uns, meine Damen und Herren, ist der Inhalt des Rechnungshofberichtes nicht überraschend. Weil viele dieser Kritikpunkte, die bereits im Rohbericht aufgezeigt worden sind, fast alle, wiederum bestätigt worden

sind. Auch nachdem die Landesregierung eine Stellungnahme dazu abgegeben hat.

Das Bemerkenswerte ist aber jetzt: Ein Rechnungshofbericht mit 72 Seiten, mit einer Vielzahl an Kritikpunkten, wird plötzlich so dargestellt, oder es werden ein, zwei, drei Punkte herausgenommen, dass dieser Rechnungshofbericht im Sinne der Veranlagung ein positiver wäre. Meine Damen und Herren, ich frage mich, und diese Frage ist schon gestellt worden: Wenn Sie diesen Bericht so positiv sehen, wieso wollen Sie diesen Bericht nicht auch zur Kenntnis nehmen?

Ich darf daher, obwohl es auch schon vielfach gemacht wurde, zunächst einmal einige Punkte, Kritikpunkte, nochmals in Erinnerung rufen, weil diese sehr gerne, speziell von der ÖVP-Fraktion vergessen werden. Es ist gerade von meinem Vorgänger gesagt worden, und das steht wortwörtlich so drinnen: Die Performance der veranlagten Wohnbauförderungsgelder – ich erinnere, 4,38 Milliarden Euro – haben bis Ende 2008 das langfristige Ergebnisziel des Landes um knapp eine Milliarde Euro unterschritten.

Das heißt, wenn ich einen Soll-Kapitalstand nehme und diesen mit dem Ist-Kapitalstand vergleiche inklusive der Auszahlungen, dann ergibt sich ein Fehlbetrag von 996,79 Millionen Euro, also knapp eine Milliarde. Deine Rechnung, Kollege Hackl, dass man 3,8 - nämlich der Stand von 2008, Ende 2008 - und 1,2 zusammenzählt und sagt, jetzt habe ich 5 Millionen, ist zwar rechnerisch, ich habe das das letzte Mal schon gesagt - rechnerisch richtig. Aber was falsch daran ist, und das ist ja das, was auch der Rechnungshof kritisiert, falsch ist, es wurde ein Veranlagungsziel vorgegeben und ein Veranlagungsziel beschlossen. (*Unruhe bei der ÖVP.*)

Daher wurde, und das ist ganz klar, dieses Veranlagungsziel nicht erreicht. Nämlich um eine Milliarde Euro. Dieses Veranlagungsziel wurde nicht erreicht. Und das ist einmal Tatsache. Das steht außer Diskussion.

Kollege Karner, da brauchst dich nicht aufregen. Du kennst dich nicht aus. Lies es dir einmal durch. Lies dir den Rechnungshofbericht ... (*Abg. Mag. Karner: Anonyme Schreiben werden von euch verschickt: „Eine Milliarde verzockt!“*) Ich berichte das, was jetzt im Rechnungshofbericht steht.

Noch eine Tatsache: Im Jahr 2004 wurde im Landtag ein Beschluss gefasst. Nämlich der Beschluss gefasst, mittelfristig, und zwar auf fünf Jahre, einen Kapitalerhalt anzustreben. Wie schaut

es aus, bitte, meine Damen und Herren des Hohen Hauses mit dem Kapitalerhalt? 4,38 Milliarden 3,8 ... (LHStv. Mag. Sobotka: *Unter Hinzurechnung der Ausschüttung! Zitier' es wenigstens vollständig!*) Jetzt haben wir die 3,8. Das ist Kapital. Kapitalerhalt ist nicht gegeben! Das heißt bitte, wir leben von der Substanz. Kollege Sobotka, der Wert der Wohnbauförderungsgelder, der Veranlagung - weißt du auch - war ein ursprünglich anderer. Es waren nicht die 4,3, es waren 8 Milliarden wert.

Und es war auch unser Ziel im Landtag ... (Abg. Mag. Schneeberger: *Wer war 8 Milliarden wert?*)

Nominal! (Abg. Mag. Schneeberger: *Das ist der Beweis, dass du es wirklich nicht verstehst! Wenn das ein Darlehen auf 20 Jahre ist, dann ist es heute nicht 8 Milliarden wert! Das weiß doch ein kleiner Bub! Das ist doch fachlich so was von daneben!*) Das ist fachlich nicht daneben, das ist richtig! Aus, gut. Ihr habt eine andere Meinung! (Beifall bei der SPÖ. – Abg. Mag. Schneeberger: *Bitte, ich habe dich für sehr ernsthaft als Klubobmann angesehen!*) Ja. Das ehrt dich! (Abg. Mag. Schneeberger: *Aber dass du jetzt schon diese banalen Fehler machst!*) Diese banalen Fehler stehen aber woanders drinnen! (Weiterhin Unruhe bei der ÖVP.) Herr Präsident! Kann ich wieder weiter reden?

Gut. Was wurde weiter gemacht? Die Ausschüttungen. Woher kommen sie? 44 Prozent aus der Substanz. Wie schaut es mit dem Asset-Mix aus bitte? Ich habe es das letzte Mal schon gesagt, Volatilität von 8,1 Prozent bedeutet ein hohes Risikopotenzial. Das ist weder durch Beschlüsse der Landesregierung noch durch den Landtag gedeckt gewesen. Und vieles mehr, bitte. Es ist ein Notfallplan angesprochen worden. Den, hat der Kollege Schneeberger sogar schon gesagt, den nehmen wir zur Kenntnis und werden wir in Zukunft verändern. (Abg. Dr. Krismer-Huber: *Da haben aber alle zugestimmt! Alle habt ihr zugestimmt! Da war sich die ganze Regierung einig dass das so gut ist!*)

Ich möchte auch die neuen Veranlagungsbestimmungen hernehmen, die im Jahr 2009 beschlossen worden sind. Auch hier hat der Rechnungshof kritisiert, dass weiter zu wenig auf Substanzerhalt ausgerichtet ist. Dass zu großzügige Limits sind und keine, vor allem keine ethischen Kriterien, hier definiert werden.

Meine Damen und Herren! Ich denke, wir sollten uns ein bisschen anschauen, wie reagiert darauf die ÖVP? Wir haben es jetzt auch gerade wiederum gesehen. Wie reagiert die ÖVP? Heute, der Bericht wird nicht zur Kenntnis genommen. Sie

nimmt Kenntnis davon. Ich denke mir, eine Vorgangsweise - erstmalig. (Abg. Mag. Schneeberger: *Weißt du, dass deine Mannschaft im Rechnungshof-Ausschuss mitgestimmt hat? Mitbeschlossen hat, was du gerade kritisierst! Das ist die Peinlichkeit par excellence!*)

Lieber Klaus! Das stimmt nicht so! (Abg. Mag. Schneeberger: *Doch!*)

Wir haben gegen den Abänderungsantrag, nämlich nicht zur Kenntnis genommen, dagegen gestimmt. Haben aber natürlich dann der Kenntnisnahme zugestimmt. Das werden wir auch hier im Hohen Haus machen. Weil wenn wir der Kenntnisnahme ... (Abg. Mag. Karner: *Das kritisierst du ja bei uns!*)

Wart einmal ein bisschen! Wenn wir der Kenntnisnahme nicht zustimmen würden, würde das bedeuten, dass wir den Bericht vollkommen ablehnen. Das lehnen wir nicht ab, sondern wir sind inhaltlich mit dem Bericht einverstanden. So ist es und so werden wir es auch jetzt halten. Nämlich, wir werden jetzt einen Antrag einbringen, damit das ganz klar ist: Einen Antrag der drei hier im Haus vertretenen Parteien, nämlich Abgeordneter Leichtfried, Waldhäusl, Krismer-Huber ... (Abg. Mag. Schneeberger: *Ach, doch jetzt mit den Grünen?*)

Nein, das ist was anderes. Das ist ganz was anderes! Passt einmal auf! Wir drei bringen jetzt einen gemeinsamen Antrag ein. (Liest:)

„Antrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl, Dr. Krismer-Huber, Antoni, Dworak, Findeis, Gartner, Ing. Gratzner, Jahrmann, Kernstock, Kraft, Onodi, Razborcan, Mag. Renner, Rosenmaier, Thumpser und Vladyka gemäß § 60 LGO 2001 zum Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen (Reihe Niederösterreich), Ltg. 599.

Der dem Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen beiliegende Antrag des Rechnungshof-Ausschusses wird wie folgt geändert:

Der Antrag des Rechnungshof-Ausschusses lautet:

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen (Reihe Niederösterreich 2010/5) wird inhaltlich zur Kenntnis genommen.“

(Abg. Mag. Schneeberger: Das ist die Flucht nach vorne!)

Das ist nicht die Flucht nach vorne. Das ist ganz korrekt! Das ist eine ganz korrekte Vorgangsweise, um das klar zu sagen. Habt ihr es vielleicht nicht kapiert? Macht nichts!

Was sagt die ÖVP weiters zum Rechnungshofbericht? Sie sagen, wie es ihre Haltung ist, alles paletti. Alles paletti, denn die ÖVP Niederösterreich macht keine Fehler. Und jetzt hat die ÖVP neben einigen Feindbildern plötzlich noch ein neues Feindbild entdeckt, nämlich den Bundesrechnungshof und seinen Präsidenten. Denn eines ist klar für die ÖVP Niederösterreich: Die ÖVP Niederösterreich kann nicht irren. Jedoch der Bundesrechnungshof kann selbstverständlich irren.

Meine Damen und Herren! Das Fatale an dieser Geschichte und auch das Gefährliche ist, dass die Damen und Herren der ÖVP daran auch glauben, dass nur ihr Weg der einzig richtige ist und alle anderen, die hier herinnen sitzen, eingeschlossen den Bundesrechnungshof, irren und sich nicht auskennen. *(LHStv. Mag. Sobotka: Von 16 Empfehlungen 13 Umsetzungen gemacht!)*

Ja okay. Das passt. Ist in Ordnung. *(LHStv. Mag. Sobotka: Was heißt das? Dass man die Kritik akzeptiert! Man nimmt die Kritik zur Kenntnis!)*

Das ist ja auch positiv im Rechnungshofbericht anerkannt worden. *(Abg. Mag. Karner: Herr Klubobmann! Warum plakatiert ihr aber dann, „eine Milliarde verzockt“?)*

Das stimmt ja auch so.

So. Rechnungshofberichte nur dann bitte, meine Damen und Herren, Rechnungshofberichte nur dann genüsslich zu zitieren und dann zur Kenntnis zu nehmen wenn sie in das Weltbild der ÖVP Niederösterreich passen, das kann und darf nicht der Weisheit letzter Schluss sein! Ich frage Sie, welche Beweggründe hätte der Rechnungshof, mit aller Gewalt, so wie es der Landeshauptmannstellvertreter Sobotka in einer Zeitung gesagt hat, mit aller Gewalt einen negativen Bericht herbeizuschreiben? Er hat gemeint, damit wird Populismus Tür und Tor geöffnet. Ich glaube, meine Damen und Herren, hier geht es nicht um Populismus. Hier geht es um Transparenz und Aufklärung. Hier geht es auch darum, endlich ... *(Abg. Mag. Karner: Darum macht ihr Plakate! Das ist letztklassig!)* Lieber Kollege Gerhard Karner! Hier geht es auch darum, endlich Fehler einzugestehen. Fehler einzugestehen und Größe zu beweisen. Diese Größe würde euch gut anstehen. Leider ist davon derzeit nichts zu bemerken. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Übrigens, ich möchte noch etwas heute hier einbringen. Da immer wieder behauptet wird, der Rechnungshof operiert parteipolitisch. Rechnungshofpräsident Moser bitte, ich darf das in Erinnerung rufen, wurde in der Periode der ÖVP/FPÖ im Bund mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ gewählt. Das heißt, er hat sicherlich kein Naheverhältnis zur SPÖ. Aber ich nehme den Hut ab vor dem Rechnungshofpräsidenten. Ich gratuliere ihm zu diesem Bericht. Denn er erfüllt seine Rolle als unparteiischer Schiedsrichter sicherlich um vieles besser als andere Schiedsrichter das bei der letzten WM bewiesen haben. Meine Damen und Herren! Es gibt das Bibelzitat „An den Früchten sollt ihr sie erkennen“. *(LR Mag. Mikl-Leitner: Seit wann kennt ihr die Bibel?)*

Na ich schon länger als du, weil ich älter bin. *(Anhaltende Unruhe im Hohen Hause.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Der Herr Klubobmann ist am Wort und ich ersuche um etwas Ruhe.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Der Herr Kollege Hackl hat einige dieser Früchte aufgezählt. Ich sage das, weil er sagt, das nehmen wir nicht zur Kenntnis. Das stimmt ja nicht! Diese Früchte, die er aufgezählt hat, die nehmen wir sehr wohl zur Kenntnis. Es ist ja nicht so, dass wir alles und jedes immer kritisieren. Es wird viel Gutes gemacht in diesem Land, auch mit unserer Unterstützung und unserer Zustimmung. Aber die Früchte, die uns auf Grund dieser Veranlagung erwarten, bitte, diese Früchte sind fehlende Millionen. Fehlende Millionen, die uns in der Wirtschaftskrise helfen würden ... *(LHStv. Mag. Sobotka: Das halte ich fast nicht aus! Du kannst das doch nicht glauben!)*

Doch, das glaube ich.

... fehlende Millionen, die uns in der Wirtschaftskrise helfen würden, vieles noch zu erreichen. *(LHStv. Mag. Sobotka: Wirklich?)*

Wolfgang! Bitte, bleiben wir auf einem Niveau.

Es sind fehlende Millionen, die uns fehlen bei der Verwirklichung der sozialen Modellregion. Es sind die Millionen, die uns fehlen bei einer echten Bildungs- und Schulreform. *(LHStv. Mag. Sobotka: Wo sind denn die?)*

Es sind die Millionen die uns fehlen werden um letztendlich unsere Klimaschutzziele zu erreichen.

Weil die Sache mit den Veranlagungen noch lange nicht vorbei ist. Und zwar deswegen nicht vorbei ist, meine Damen und Herren, weil hier von der ÖVP immer mit der Langfristigkeit operiert wird. Diese Langfristigkeit ist okay, ist überhaupt keine

Frage. Nur muss ich jetzt folgendes zu der Langfristigkeit sagen. Als wir diese Fonds diskutierten, hat es keine Veranlagungshorizonte gegeben, mit Ausnahme beim Fonds 2 mit 10 Jahren. Ich zitiere weiter: Im Jahr 2002, am 29. Mai 2002, hat der Geschäftsführer der FIBEG, der Herr Höck damals gemeint, 4,7 Prozent Rendite auf 10 Jahre. Landeshauptmannstellvertreter Sobotka hat gemeint, am 27. Juni 2002, wenn man das Ganze betrachtet, dann wird man einen Horizont von 3 bis 5 Jahre haben müssen ... (*LHStv. Mag. Sobotka: Ganz zitieren! ... um eine Erstbeurteilung ...*)

Um eine Erstbeurteilung vorzunehmen. Richtig! Ist in Ordnung.

Jetzt hat der Rechnungshof eine 7-Jahresbewertung durchgeführt und jetzt ist das sozusagen nicht langfristig genug für die ÖVP. Wenn wir jetzt die 10 Jahre hernehmen würden, ich kann natürlich ... jetzt wird 20 Jahre ins Spiel gebracht, vielleicht bringen wir in fünf Jahren 30 Jahre ins Spiel usw. ... Wenn wir 10 Jahre hernehmen, dann bedeutet das, dass im Jahr 2010 und 2011 eine Rendite von 15 Prozent erreicht werden müsste. (*LHStv. Mag. Sobotka: Und das ist die Polemik des Rechnungshofes! Das ist die Polemik! Weil er genau weiß was 10 Jahre Veranlagung grundsätzlich heißt!*)

Ich habe jetzt das gesagt, was im Rechnungshofbericht drinnen steht. Das steht drinnen. Oder steht's nicht drinnen, Wolfgang? Steht so drinnen und ich zitiere das: Dann wäre nur mit 15 Prozent ein Ertragsziel zu erreichen, das man sich vorgenommen hat.

Zusammenfassend, meine Damen und Herren: Es geht uns um Transparenz und Aufklärung. Es geht uns um die Aufklärung der politischen Verantwortung. Und darum, meine Damen und Herren, fordern wir ein weiteres Mal, zusammen mit der FPÖ, die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Wieso die Grünen jetzt nicht dabei sind und überrascht gewesen sind dass sie nicht dabei gewesen sind, hat nichts mit der Rücktrittsforderung an den Herrn Landeshauptmannstellvertreter zu tun, lieber Emmerich, sondern hat damit zu tun, dass wir euch einen Antrag geschickt haben und keine Rückmeldung gekommen ist. Wenn keine Rückmeldungen kommen ob ihr mit dem Text übereinstimmt, oder nicht, dann können wir euch nicht auf den Antrag schreiben. Das ist der einzige Grund. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich darf daher dem Antrag der Abgeordneten Leichtfried, Waldhäusl u.a. ... (*Unruhe im Hohen Hause.*)

Nein, nein!

... dem Antrag Folgendes hinzufügen betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Klärung der politischen Verantwortung und Entwicklung der Veranlagung der Gelder des Landes Niederösterreich. Wieso bringen wir ihn ein? Weil in diesem Bericht, im Rechnungshofbereich, werden die bisher noch gerüchtweise kolportierten schweren Vorwürfe hinsichtlich der Vorgangsweise und der Entwicklung um die Veranlagung von Geldern des Landes Niederösterreich aus den Erlösen der Verwertung, Forderungen des Landes aus den Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligungen des Landes bestätigt. Daher, meine Damen und Herren, bleibt nun neben der Beurteilung der fachlichen und sachlichen Richtigkeit der getroffenen Maßnahmen im Sinne des Antrages des NÖ Landtages durch den Rechnungshof, die Frage der politischen Verantwortung offen, die durch einen Untersuchungsausschuss des NÖ Landtages geklärt werden soll.

Daher haben wir den Antrag gestellt: Zur lückenlosen Aufklärung des oben genannten Sachverhaltes und der politischen Verantwortlichkeit wird ein Untersuchungsausschuss eingesetzt, in dem alle im Landtag vertretenen Fraktionen mit Sitz und Stimme vertreten sein sollen.

Meine Damen und Herren, vor allem der ÖVP! Es ist schon gesagt worden, ihr wäret gut beraten, diesem Antrag zuzustimmen. Denn wer alles richtig gemacht hat, auch das ist schon gesagt worden, der braucht ja nichts zu befürchten. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber gemeldet.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Vielleicht hört der Kollege Leichtfried zu. Tatsächliche Berichtigung: Sie haben gesagt, es hätte keine Rückmeldung des grünen Klubs an den SPÖ-Klub gegeben. Das ist nicht richtig! Der grüne Klubdirektor hat am Montag mit dem Klubdirektor der SPÖ vereinbart, dass die Grünen auf den Antrag „draufgehen“. Richtig ist, als ich bei einer OTS-Meldung gesagt habe, der Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka möge auch gleich seinen Regierungssitz verlassen, haben Sie die Usancen des Landtages gebrochen und mich heute von diesem Antrag gestrichen. (*Beifall bei den Grünen. – Zwischenrufe: Leitner!*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Wir kommen noch einmal zu einer tatsächlichen Berichtigung, Herr Klubobmann Leichtfried.

Abg. Mag. Leichtfried (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident!

Ich darf ebenfalls nochmals tatsächlich berichtigen: Tatsächlich richtig ist gewesen, dass es am Montag ein Telefongespräch zwischen den Klubdirektoren gegeben hat. Dass wir unseren ... (*Abg. Mag. Wilfing: Ist bei dir überhaupt ein Wort wahr?*) Jetzt lass mich, jetzt ... Dass es aber zu diesem Zeitpunkt ... (*Abg. Mag. Wilfing: Gerade vorher hast du gesagt, es hat keine Rückmeldung gegeben! Das ist ja schlimm!*)

Moment einmal! Das ist nicht schlimm! Du musst einmal zuhören lernen.

... dass es zu diesem Zeitpunkt noch keinen Antragstext gegeben hat. Dass wir einen Antrag erst formuliert haben. Einen Antragstext an die Grünen im Parlamentsklub übermittelt haben und keine Rückmeldung bekommen haben. Das ist richtig! (*Weiterhin Unruhe im Hohen Hause.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Riedl. Wir kommen wieder zur Sache und nicht zu tatsächlichen Berichtigungen alleine.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung!

Ich habe mir jetzt reiflich überlegt, ob ich diese Wortwahl auch wählen kann und wählen darf. Und ich frage daher vorweg den Herrn Kollegen Waldhäusl, ob er heute Vormittag im Rechnungshof-Ausschuss nach der Unterbrechung anwesend war. (*Abg. Waldhäusl: Ich schon! – Abg. Dr. Krismer-Huber: Ja!*)

Gut. Nur dass ich unter Anführungszeichen das auch als „Grundlage“ dafür habe, weil ich ganz einfach sagen muss, dann stellt er sich hier vorne her und lügt. Lügt ganz bewusst! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Herr Abgeordneter! Das Wort Lüge ist sehr schwerwiegend und man muss es begründen und das könnte durchaus dem Hause nicht geziemen. Bitte aufpassen!

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Bin dabei! Ich bin dabei. Deswegen vorweg die Eingangsfrage ...

Zweiter Präsident Nowohradsky: Ich würde eine andere Wortwahl nehmen.

Abg. Mag. Riedl (ÖVP): Herr Präsident, das kann ich nicht! Und zwar deswegen, weil ich den Herrn Kollegen Waldhäusl gefragt habe, ob er heute anwesend war und die Debatte mitverfolgt hat. Und wir können ja im Protokoll nachlesen, sein erstes Statement hat gelautet: Der Rechnungshof bestätigt den Verlust von einer Milliarde. Wortwörtlich! Wir haben mindestens dreimal in der Debatte den Herrn Rechnungshofpräsidenten gefragt, ob diese Wortwahl richtig ist oder nicht und er hat immer geantwortet, es ist unter Anführungszeichen „kein Verlust entstanden“. Kein Verlust entstanden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Tatsache! Wir haben noch anständig geblödel, weil da plötzlich für alle Fraktionen die Milliarde verschwunden ist. Die ganze Milliarde. Und auch das „Zocken“ sozusagen auf den Plakaten ist unwahr und unrichtig. Diese Debatte unter Anführungszeichen ist daher auf diesen Punkt zu bringen. Und aus dem heraus war die Frage klar und deutlich, war er dabei. Und er hat ja gesagt. Und er stellt sich da her und sagt genau das Gegenteil dessen was der Rechnungshofpräsident tatsächlich wortwörtlich gesagt hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Punkt 1.

Punkt 2. Ich habe hier die APA-Meldung der Aussagen des Rechnungshofpräsidenten nach dem Rechnungshof-Ausschuss. Und er sagt da auch hier, wieder wörtliches Zitat: Er habe die vorangegangene – lange – Sitzung des Rechnungshof-Ausschusses des Landes sehr positiv erlebt. Auch wir haben das in der Form sehr, sehr positiv erlebt. Daher zur zweiten Feststellung jetzt, weil auch das in diesem Punkt eingangs von mir aus meiner Sicht notwendigerweise zur Kenntnis zu bringen ist: Der Kollege Leichtfried stellt sich hier her und sagt, warum er einen Untersuchungsausschuss sozusagen auch braucht. Und er hat hier zweimal erwähnt, wortwörtlich zweimal erwähnt, allein schon die Beispiele zeigen, was er da vorher anführt, dass es wesentliche Diskrepanzen zwischen der Beschlusslage und der tatsächlichen Vorgangsweise rund um die Veranlagung der Gelder des Landes Niederösterreich gegeben hat. Er hat auch gesagt, dass die handelnden Personen und Organisationen nicht den Beschlüssen entsprechend handeln. Von hier, zweimal!

Tatsache ist, er hat auch behauptet, er hat den Bericht genau gelesen. Ich würde ihn jetzt nur bitten, dass er die Seite 58 zur Hand nimmt: Außerdem hielt der Rechnungshof zur Klärung des Sachverhaltes fest, dass sich die FIBEG mit der eingeschlagenen Strategie - laut Feststellung des Rechnungshofes - nicht von den Beschlüssen der Landesregierung und des Landtages entfernte. Das steht wortwörtlich in dem Bericht.

Und da herzustellen und genau das Gegenteil zu sagen und genau die Leute einfach draußen zu informieren mit Halbwahrheiten und Unwahrheiten und - jetzt sage ich es noch einmal -, mit Lügen, das ist unerträglich! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Eigentlich könnte ich ... *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Wieso nimmst den Bericht nicht zur Kenntnis? Sag' uns das einmal, das andere wissen wir eh!)*

Bleiben wir gleich bei dem Punkt, warum wir vom Bericht sozusagen Kenntnis haben und ihn nicht zur Kenntnis nehmen. Es ist einmalig in der Zweiten Republik, einmalig, dass ein Rechnungshofpräsident zur „Erläuterung“ unter Anführungszeichen eines Berichtes, der debattiert wird, der zugestellt wurde, einen zugegebenermaßen, weiß ich jetzt nicht genau, aber 17 Seiten langen Zusatzbericht legt. Erklärungen oder Erläuterungen, das hat es überhaupt noch nie gegeben! *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Daher, liebe Freunde, daher haben wir gesagt, das sollte geprüft werden.

Und ich sag euch auch jetzt warum wir dann trotzdem dieses Papier im Ausschuss weiter gegeben haben und jedem zur Kenntnis gebracht haben. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Gönnerhaft gebt ihr Papiere weiter! Das ist dein parlamentarisches Verständnis!)*

Und zwar nur deswegen, damit diese unmöglichen und unnötigen Vorwürfe nicht kommen, die ihr sonst erhoben hättet, wir halten Informationen zurück. Nur deswegen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Wir haben diese „Information“ unter Anführungszeichen, jetzt ohne sie zu prüfen, ohne sie den zuständigen Stellen zu geben, de facto allen zur Kenntnis gebracht. Und deswegen nehmen wir vom Bericht Kenntnis. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Ja, der Regierung habt ihr es gegeben! Das ist kein parlamentarisches Gefühl!)*

Und nur in der Sache ... Und ich sage es noch einmal, ob ihr es jetzt glaubt oder nicht glaubt, ich darf euch diese APA-Meldung noch einmal vorlesen. Das hat nach der Sitzung der Herr Rechnungshofpräsident gesagt: Er ist für diese Sitzung - relativ lange - aber sehr, sehr dankbar, dass sie in dieser positiven Atmosphäre und so positiv verlaufen ist. Das ist die Wortwahl des Rechnungshofpräsidenten. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Weil die Opposition so war!)*

Frau Kollegin! Sie wissen das ganz genau! Wer hat denn die drei Stunden gefragt? Diese drei Stunden waren dazu da um zu begreifen, wie sachlich und inhaltlich die Debatte war. Nur, wenn wir

drei Stunden brauchen um die wirklichen Konsequenzen darstellen zu können, die ihr völlig verdreht immer darstellt, wo ihr immer ganz was anderes sagt damit, das ist ja die Sauerei! *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Du bist der Zahlenjongleur!)*

Entschuldigung! Darf ich feststellen, die Botschaft, die aus diesem Bericht kommt, sind drei Punkte. Der eine Punkt heißt, es wurde nichts verzockt. *(Abg. Waldhäusl: Du hast Sauerei gesagt, Entschuldige!)*

Herr Kollege Waldhäusl! Das passt euch nicht! Es wurde nichts verzockt! Das hat der Herr Rechnungshofpräsident dreimal höchstpersönlich bestätigt. Und zwar sagt er, wir haben 66 Millionen Ergebnis. Auch das steht drinnen. Die Wortwahl unter Anführungszeichen, „verzockt“ war das Thema. Es gibt keinen Verlust, war die Debatte. Es gibt keinen Verlust! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer-Huber: Das Wort „zocken“ hat er nicht in den Mund genommen! – Anhaltende Unruhe bei Abg. Waldhäusl und Abg. Dr. Krismer-Huber.)*

Die zweite Debatte, die für mich wesentlich erscheint, und auch da bitte ich euch, wenigstens jetzt in der Debatte ehrlich zu bleiben. Die zweite Frage: Hat der Landtag rechtzeitig, richtig und ordnungsgemäß gehandelt? Und was war die Antwort? Mit dem Beschluss im Juli 2009 haben wir alle Voraussetzungen geschaffen um vollständig, ausreichend informiert zu sein. Und gleichzeitig haben wir deswegen unterbrochen, um festzustellen, ob jetzt in der Vergangenheit, in den Rahmenbedingungen, die 2001 und 2004 oder 2005 beschlossen wurden, in diesen Rahmenbedingungen gehandelt wurde. Und plötzlich ist hervorgekommen, dass das, was der Landtag verlangt hat, immer eingehalten wurde. Immer informiert worden ist. Immer alles gewusst hat. Immer alle! *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Dr. Krismer-Huber: Bleib' bei der Wahrheit! Du bist nicht bei der Wahrheit!)*

Frau Kollegin! Das passt euch nicht! *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Du wolltest eine Sitzungsunterbrechung! Was hast denn gefragt? Sag es ihnen!)* Weil genau dass das Problem ist.

Das dritte, was heute so deutlich hervorgekommen ist: An den Rechenbeispielen, und zwar an den Rechenbeispielen Seite 42 und ähnliches, ist abzuleiten, wie wir denn unter Anführungszeichen zu dem Ergebnis 66 Millionen zum 31. Dezember 2008 kommen. Und daher die Fragen an den Herrn Präsidenten: Kann man diese Rechnung auch machen für die Zukunft, für 31. Dezember 2009 oder für heute? Und da war die Frage: Wenn wir sie für heute auch machen, was wäre das Ergebnis? Da war die korrekte Antwort: Ich kenne den Wert zwar nicht, den wird Herr Dr. Meißl bestätigen

können, aber wenn der Wert die 3,8 Millionen sind – und das wurde ja bestätigt – dann stimmt die Rechnung! 3,8 Millionen ist heute Wert. (*Abg. Präs. Ing. Penz: Milliarden!*)

1,2 Milliarden, Entschuldigung! 1,2 Milliarden oder 1,197, um genau zu sein, sind bis dato für soziale Investitionen in dem Land Jahr für Jahr ins Budget geflossen und in Summe halt 1,2 Milliarden. Und wenn ich den als Ziel vorgegebenen Werterhalt, jetzt 4,4 abziehe, so haben wir in diesem Zeitraum zugegebenermaßen 600 Millionen Ertrag. Auch das hat er bestätigt. 600 Millionen Ertrag sind aber immer noch um fast 200 Millionen mehr wie das Leitner-Sparbüchl. Das muss man den Leuten sagen! Weil es immer heißt, ihr habt verzockt, ihr wart im Risiko. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wenn ich heute feststellen darf, wir haben einen bestimmten Wert und wir haben einen Ertrag und wir haben ein Ergebnis, dann möchte ich auch zumindest die Fairness haben von all jenen, die dazu beizutragen haben, dass das akzeptiert ist. Und genau um das ist es eigentlich gegangen. Und deswegen ist der Bericht entsprechend wichtig und entsprechend richtig. Wir haben ihn ja einstimmig verlangt. Wir haben nur heute unter Anführungszeichen auch debattiert über die Frage der Darstellung. Und wir haben gefragt, warum der Bericht mit Ende 2008 aufhört. Ihr ward ja auch alle dabei. (*Abg. Dr. Krismer-Huber: Was hat er da gesagt?*)

Dem Grunde nach haben wir alle Grundlagen, alle Zahlen, alle Inhalte, alle Verträge für 2009 und die Zeit nach 2008 zur Verfügung gestellt. Wurde bestätigt. Das heißt, 2008, er hat sich darauf „zurückgezogen“, dass wir, unter Anführungszeichen, im Oktober 2008 einen einstimmigen Beschluss gefasst haben. Und daher ist mit 2008 gerechnet worden. Und er hat auch richtig bestätigt, hätten wir vor dem Beschluss, wo die Zahlen Ende 2007 waren, abgerechnet, dann hätten wir eine ganz beachtliche Performance. (*Abg. Dr. Krismer-Huber: Das hat er auch nicht gesagt!*)

Und hätten den Werterhalt, darstellbar in dem Bericht, nachlesbar, da sind die Zahlen ganz genau drinnen, den Werterhalt auch bestätigen können.

Keiner konnte wissen was 2008 passiert! Und die Debatte, die 2003 aufgeholt wurde in den Folgejahren, hat sich daher auch in der Folgezeit jetzt 2008 zu verlängern.

Jetzt war natürlich die Frage der veröffentlichten Debatte. Weil genau das passiert was wir hier kritisieren. Jeder nimmt sozusagen die Inhalte aus diesem Bericht in einer Form, auch wenn sie nicht drinnen stehen. Und deswegen diese langen Erläuterungen. Dass man weiß, was denn wirklich

dahinter drinnen steckt. Und das ist sehr sachlich gewesen und es war eine ausschließlich sachliche Debatte und eine sehr konstruktive Debatte. Damit unter Anführungszeichen das nicht „passiert“ wie es passiert, wäre es halt schön gewesen, 2009 zu nehmen. Und wär schön gewesen vielleicht darüber hinaus zu gehen. Weil da schaut die Performance anders aus. Da schaut die Zielvorgabe ganz anders aus.

Und das ist eben sozusagen das Polemische, das verwendet wird. Und die Frage jetzt, zu sagen, dürfen wir das dem Rechnungshof vorhalten, dass man wider besseren Wissens - weil das weiß er ja ganz genau, wie solche Berichte verwendet werden, das sieht man ja, mit welchem Wahrheitsgehalt da diskutiert wird. Aber wider besseren Wissens, unter Anführungszeichen, dass die Debatte so kommt wie sie kommt, heute zu sagen, wir hätten auch 2009 nehmen können, dann wären halt die Ziffern ein bisschen besser gewesen und die Emotion vielleicht nicht so intensiv. Das sind die Sachen, wofür wir Vorwürfe ernten.

Und ich sage noch einmal: Es stellt niemand die Institution des Rechnungshofes und es stellt niemand die Integrität der Beamten in Frage! Auch das soll gleich klipp und klar festgestellt werden. Das, was ihr uns unterstellt ist, dass wir eigentlich, wenn wir die Inhalte genauer lesen und dann diese Bestätigungen hier da und dort ganz anders sehen müssen, plötzlich zu einer Majestätsbeleidigung kommen. Das spielen sie ja nicht, Freunde! Das spielen sie ja nicht!

Und ich sage euch auch warum. Man darf diese Integrität aus meiner Sicht durchaus hinterfragen. Ich habe da das Leitbild, das Leitbild des Rechnungshofes (*zeigt Konvolut*). Worin er feststellt, unser Ziel ist der bestmögliche Einsatz der öffentlichen Mittel. Wir überprüfen, ob rechtmäßig, sparsam, wirtschaftlich, zweckmäßig ... Wir wollen Verbesserungspotenziale aufzeigen, wir wollen den Mehrwert für die Gesellschaft. Das heißt, wenn ich nicht ganz klar die Feststellungen so formuliere, dass sie unmissverständlich sein können und nicht für Plakate erhalten, wo es nicht wahr ist was da drauf steht, und nicht für Aussagen erhalten, was eigentlich nicht wahr ist, was er dementiert, dann muss ich auch zur Kenntnis nehmen, dass man das sagt. Und dass man dem entgegnet.

Und dann muss ich auch bitte die Frage stellen, und ich sage das ganz bewusst zu einem anderen Bericht. Gestattet mir diesen Hinweis auf die Integrität und auf die Vertrauenswürdigkeit deswegen, weil ich ganz einfach auch Gemeindevertreter bin. Wir haben, gar nicht lange her, einen Wahr-

nehmungsbericht für Niederösterreich gehabt, wo die Gemeindeabteilung geprüft wurde. Und wenn ich das Leitbild im Kopf habe, ich sage euch was Sache ist. Ich helfe euch, die richtigen Wege zu finden. Ich bin euer Kontrollorgan. So haben wir uns ja verständigt. Unser Organ als Organ für die Legislative, um zu finden, ist sparsam, rechtmäßig, zweckmäßig usw. investiert. Dann erwarte ich, wenn diese Arbeit gemacht ist, dass auch die nötigen Konsequenzen gezogen werden.

Der Rechnungshof, das sage ich als Gemeindebundpräsident, der Rechnungshof hat die Zuständigkeit in Gemeinden über 20.000 Einwohner. Und er prüft dort auch. Das heißt, wenn er dort Feststellungen macht, dann müssten eigentlich sozusagen, wenn er die Zielerreichung auch im Kopf hat, die Umsetzungsschritte dort kommen, dass das eine Hilfestellung für die Städte über 20.000 Einwohner ist. Ich verstehe dann, ganz bewusst gesagt in dieser Runde, nicht den Hinweis, womit er in der Prüfung der Gemeindeaufsicht den Niederösterreichern auferlegt, der Rechnungshof empfahl, ungeachtet seiner gegebenen Prüfungszuständigkeit, diese Gemeinden wegen ihrer Bedeutung für die Erreichung der maßgeblichen Zielsetzungen im Rahmen des Stabilitätspaktes in den Prüfplan der Gemeindeaufsicht aufzunehmen.

Freunde, das heißt, wenn ich mein Ziel erreichen will und wenn ich meine Aufgaben habe und wenn ich meine genau Arbeit mache, dann muss das erledigt sein. Weil wir können uns nicht pausenlos sozusagen Verwaltungsaufwendungen ersparen. Und da gibt's Debattenbeiträge des Herrn Präsidenten zur Verwaltungsreform usw. Und genau da sagt er, wo die Ziele detailliert genau vorgegeben sind im Leitbild, da soll ein Zweiter hingehen. Da soll noch einmal einer prüfen. Das halte ich schon für hinterfragenswert. Und deswegen behaupte ich einmal, ich stelle nicht die Organisation in Frage, aber ich darf wohl oder übel an diese Organisation auch die Frage stellen: Was ist Aufgabe und wer prüft denn eigentlich die Prüfer? Das kann doch nicht sein, dass damit rein die Botschaft gebracht wird, ich sag euch wo es lang geht und wir machen die Politik. Die Politik wird da herinnen gemacht, von den Abgeordneten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich hätte es nicht gebracht, wenn nicht so polemische Beiträge gekommen wären. Aber jetzt muss ich das, und deswegen habe ich auch diese polemische Frage vorhin sozusagen gestellt: Wo sind denn sozusagen die Zieldefinitionen? Wozu braucht ein unabhängiger, ein völlig objektiver Prüfer ein Werbegeschenk? Und zwar gar nicht so wenig. Das wurde mir heute zugespielt. *(Zeigt Arm-*

banduhr) Das ist Bundesrechnungshof, Jacques Lemans-Uhr-? Mit einem schönen „Koffer!“. Das ist Werbegeschenk des Bundesrechnungshofes. *(Abg. Mag. Wilfing: Ist nicht wahr!)*

Das ist wahr! Bitte, da steht ganz eindeutig „Bundesrechnungshof“ drauf. Ich frage euch jetzt: Wenn das das Ziel ist, dann stell' ich nicht die Institution in Frage. Da muss man die handelnden Personen halt hinterfragen. Aber dem Grunde nach darf man doch die Frage stellen, ist das Aufgabe des Rechnungshofes? Ist das unter Anführungszeichen das Ziel? Ich darf es gern zur Kenntnis bringen, Herr Präsident, dass da wirklich Rechnungshof drauf steht. *(Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Riedl reicht Zweiten Präsident Nowohradsky eine geöffnete Schatulle.)*

Wisst, was ich ursprünglich vor gehabt habe? Jetzt habe ich sozusagen meine Emotionen ein bisschen draußen. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Die Uhr geben wir aber dem Rechnungshof zurück!)* Ja, selbstverständlich!

Ursprünglich hatte ich ja vor gehabt, dort anzusetzen, wo ich das letzte Mal aufgehört habe. Das letzte Mal habe ich festgestellt, Regierungsparteien werden zu Pseudo-Oppositionsparteien. Freunde! Das können die Oppositionsparteien weit besser, was ihr glaubt also da zu tun. *(Beifall bei Abg. Dr. Krismer-Huber.)*

Und Tatsache ist, ihr lasst euch unter Anführungszeichen gleichzeitig in einem Atemzug, obwohl ihr das nicht notwendig hättet, weil die Tatsache ist, nachvollziehbar, ihr ward bei den Beschlüssen am Anfang dabei! Ihr habt im Beirat alles mitgetragen! Trotzdem sind die Debatten sozusagen jetzt völlig fremd, alles ist also nicht wahr, wir kennen uns nicht aus. Und dann lässt ihr euch von der Kollegin Krismer am Bandl vorführen. Na seid mir nicht harb! *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Dr. Krismer-Huber.)*

Ihr wundert euch, warum die Chefredakteure in den Tageszeitungen dann hinterfragen? Eigentlich müsste man medizinisch vorgehen um diese Wahrnehmungsstörungen sozusagen behandeln. *(Unruhe im Hohen Hause.)*

Also diese Botschaft ist angekommen, das kann ich euch sagen. Weil sich da herzustellen und zu sagen, wir haben oder irgendwer hat was entschieden und fernab aller Beschlüsse gehandelt, und der Rechnungshof sagt genau das Gegenteil, das ist nicht korrekt. Das ist nicht korrekt!

Zweitens: Ich habe es heute schon dreimal gehört, aber es ist offensichtlich nicht angekommen.

In der Frage der Ergebniserwartung und in der Frage der Ergebniserzielung sind deutliche Zahlen am Tisch. Und die sagen, wir haben 600 Millionen gewonnen für die Niederösterreicherinnen! *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Razborcan: Gespielt und gewonnen?)*

Genau das ist die Frage gewesen. Genau das ist heute die Frage! Das ist ein Thema, das unter Anführungszeichen „unerträglich“ wird. Das, was wirtschaften und bewirtschaften heißt. Heute ist die Debatte gewesen unter anderem, wenn wir Werterhalt als Auftrag haben, wenn wir eine Zielrendite als Auftrag haben, so ist die Frage, über die wir uns unterhalten müssen, ist es der Rahmen, den wir gegeben haben. Und das ist eindeutig beantwortet: Die haben sich an das gehalten was wir beschlossen haben. So. Das ist eindeutig.

Dann heißt es, um das zu erreichen, sind natürlich auch Strategien verändert worden. Strategien in die eine Richtung wie in die andere Richtung. Das ist Tagesgeschäft. Aber immer in diesem Rahmen. Und immer in den Vorgaben. Und darüber ist auch immer informiert worden. Auch das ist heute herausgekommen.

Was mich eigentlich wundert, ist, Herr Kollege Razborcan, es sitzen ja wirklich die Fachleute offensichtlich von euch im Ausschuss. Weil die drei Stunden waren ja nicht unnötig, die Arbeit. Da ist ja hinterfragt worden, da ist diskutiert worden, da sind Erklärungen gegeben worden. Ihr behauptet Sachen ..., frag' den Kollegen Kernstock, der ist ja dabei gesessen, was er wirklich gesagt hat, oder der Kollege Rosenmaier.

Was mich aber wundert, dass man drei Stunden im Ausschuss sitzen kann als eine Partei, die sich als staatstragend fühlt, als eine, die auch immer mitgetragen oder in den Beiräten mitbeschlossen hat, und bei den Interpretationen, Informationen eine einzige Frage gestellt hat. Oder habe ich mich geirrt, Frau Kollegin Krismer? Eine einzige Frage von den Sozialdemokraten gekommen die drei Stunden. Und das war die Frage, ob das auch toxisch ... *(Abg. Mag. Wilfing: Wie lange dauert's noch? – Heiterkeit bei der ÖVP.)*
... ob das auch toxisch bezeichnet werden kann, eine bestimmte Art von Papieren. So.

Was will ich damit sagen? Ich will damit sagen, dass es wichtig ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass wir die Formulierungen, die da getroffen werden, auch hinterfragen. Dass es wichtig ist, dass wir diese innere Reinigung auch finden in unserer gemeinsamen Debatte. Dass wir vom

selben reden! Und ich bin sehr, sehr dankbar, dass der Herr Rechnungshofpräsident heute sich die Zeit genommen hat. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ich bin auch sehr, sehr dankbar. Weil das ist unterstellt worden zum Beispiel vom Kollegen Königsberger, die Gutachten. Wissen Sie, wie oft der Herr Präsident heute die Gutachten der Universitätsprofessoren in den Mund genommen hat? Ich glaube, drei- viermal. Und sie nicht, unter Anführungszeichen, „in Frage gestellt“ hat. Er hat vielfach die Botschaften, die da drinnen stehen, sozusagen auch bestätigt. Er hat die unterschiedlichen Zugänge in der Darstellung sozusagen als Thema gehabt. Und deswegen hat er sowohl zum Prof. Dockner und wie sie alle heißen, gesagt, dass die auch die Wahrheit gesagt haben. Und da geht's um die Performance von 1,18 usw.

Das sind die Sachen. Nur muss man halt im Ausschuss dabei sein. Und im Ausschuss dabei sein heißt, im Rechnungshof-Ausschuss auch Verantwortung tragen und auch dort fragen und nicht nur drinnen sitzen und nichts tun. Zum Einen.

Und zum Zweiten, auch das in aller Offenheit: Sich da herzustellen und den Herrn Landeshauptmannstellvertreter vor die Öffentlichkeit zu zitieren und zu sagen, der war nicht da, das ist wirklich auch die nächste Frechheit, die da gekommen ist. Warum? Jeder weiß von euch, dass er gar nicht hinein darf! Er kann nicht hinein. Er darf nicht hinein. Und keiner hat einen Antrag gestellt von euch. Keine Blauen, keine Grünen und keine Roten. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Ich darf keinen stellen, vergesst das nicht!)*

In diesem Punkt sage ich auch in aller Offenheit: All das, was hier festgestellt wird, ist ausreichende Information. Wir sind dankbar, dass das jetzt gekommen ist! Wir sind dankbar, dass das auch ausdiskutiert worden ist und dass der Präsident zur Verfügung war. Und ich sage noch einmal: Wir nehmen deswegen vom Bericht Kenntnis, weil da noch ein Haufen Zusatzinformation ist. Und zum Letzten: Wenn das alles hier sozusagen so wahrgenommen wird, wie es der Herr Präsident persönlich sagt, gibt es keinen Bedarf eines Untersuchungsausschusses. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Bevor sich die Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber zu Wort meldet, darf ich feststellen, dass die Uhr nicht besonders gut geht. Die Stoppfunktion, glaube ich, dürfte nicht funktionieren. Wir geben sie dankenswerterweise dann zurück. Frau Dr. Krismer-Huber am Wort.

Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne): Sehr geehrter Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Die Schuldneruhr läuft bei uns auch, die geht besser. Ich hätte jetzt nur zum Schluss noch gerne als eine, die keinen Antrag stellen kann, versucht, vielleicht findet man einen Konsens über die von Kollegen Riedl, von Landeshauptmannstellvertreter Sobotka in der letzten Sitzung veröffentlichten Zahlen rund um die 600 Millionen. Das heißt, Sie vergleichen hier den Aufbau einer spezifischen Rechnung im Rechnungshofbericht und gehen jetzt her und verwenden den Ist-Stand, Vermögenswert Juli 2010 und die ausgeschütteten Mittel, das sind die rund 1,2 Milliarden, und kommen dann auf diese plus 600 Millionen.

Ich möchte aber gern bei der Kritik des Rechnungshofes anknüpfen. Ich hab jetzt den Wortlaut nicht genau, aber wir haben das ja heute im Rechnungshof-Ausschuss besprochen, dass die Information an die Abgeordneten dürftig ist und auf jeden Fall zu verbessern ist. Die einzige Basis, die der Landtag sich selber dafür gegeben hat, ist ein Resolutionsantrag, der besagt, dass die Landtagsklubs zu informieren sind. Und Sie wissen, dass wir das bedauern, dass das nicht im Rahmen eines wirklich ordentlichen Finanz-Ausschusses passiert, außertourlich zu den Budgetausschüssen, die jährlich stattfinden und die diesen Rahmen nicht bieten.

Ich würde daher ersuchen, dass Sie, Herr Landeshauptmannstellvertreter Sobotka ..., vielleicht darf ich kurz Sie und den Herrn Klubobmann Schneeberger doch stören, weil das an Ihre Adresse geht, das können nur Sie selber gestalten. Dass wir, um auch hier objektiv das nachvollziehen zu können und damit diese Zahl jetzt nicht wieder im Raum steht, die die ÖVP in die Öffentlichkeit trägt, wir im September zu einer Information von der FIBEG an die Landtagsklubs, im September uns einfinden um das auch darzustellen wo wir dann auch über die Entwicklungen der Fonds, der Spezialfonds, diskutieren können. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Klubobmann Waldhäusl.

Abg. Waldhäusl (FPÖ): Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kollegen!

Ein paar kurze Ausführungen noch zu diesem so genannten Zahlen- und Faktenpapier. Weil du, Kollege Riedl, ja erwähnt hast, und wir haben es euch, oder der Präsident, ermöglicht, dass ihr die-

ses Papier bekommt. Das sind genau schon wieder diese Ausflüsse einer absoluten Mehrheit. Was heißt, ihr habt? Wir hätten es sowieso bekommen, weil er hat es heute bei der Pressekonferenz dort aufgelegt. Und wenn wir es nicht von euch bekommen hätten im Ausschuss, wenn er das öffentlich dort auflegt, hätten wir es bekommen. Also tut nicht so wie wenn ohne euch gar nichts geht. Alfred, bitte nimm einmal zur Kenntnis, dass ihr nicht der Gott-oberste seid, sondern wir bekommen es sowieso. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Darum geht's doch gar nicht! Nein!)*

Doch, Herr Präsident, um das gehts! Hätten Sie zugehört was er gesagt hat, dann hätten Sie sich zu Wort gemeldet mit einem Zwischenruf und hätten gesagt, das haben wir gemacht, weil wir demokratisch sind und das jedem zusteht. Und nicht, weil der Herr Riedl so groß und mächtig ist und sagt, jetzt bekommen wir das. *(Abg. Präs. Ing. Penz: Die Vorgangsweise von Präsident Moser ist ungewöhnlich!)*

Über das kann man diskutieren, Herr Präsident. Zu dem hätte ich jetzt auch etwas sagen wollen. Diese Vorgangsweise mag erstmalig gewesen sein und auch unüblich. Aber es war wahrscheinlich auch unüblich, dass ein Präsident, bevor überhaupt im zuständigen Gremium, im Ausschuss, dieser Endbericht diskutiert wird, dass eben über die Medien ausgerichtet wird, dass er parteipolitisch agiert und dass das und das nicht stimmt. Jetzt hat er zwei Möglichkeiten der Präsident. Ich bin nicht der Verteidiger vom Präsidenten. Nur, ich wäre auch nicht in den Ausschuss gegangen ohne dass ich mich da vorbereitet hätte. Weil wenn ich über die Medien bereits offiziell mitgeteilt bekomme, was an meinem Bericht alles nicht stimmt, dann bereite ich mich vor mit Zahlen und Fakten. Und das war ja dann genauso. Da seid ihr dann dort gesessen und habt nicht gewusst, was ihr sagen sollt, weil er euch nämlich genau alles widerlegt hat. Und das ist wichtig. Und da, Kollege Riedl, da ist es nicht wichtig, dass man anwesend ist drei Stunden. Geistig anwesend ist wichtig. Weil dann hättest du auch mehr mitbekommen. *(Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei Abg. Mag. Riedl.)*

Und jetzt noch zu ein paar Sachen. Denn du hast es eh nicht schlecht gemacht. Du hast dich herausgestellt und obwohl du einen Bericht ablehnst, immer wieder davon gesprochen, wo wir nicht die Wahrheit sagen würden. Du hast das Wort „Lüge“ dann in den Mund genommen, weil das ganz anders ist. Und jetzt sage ich dir aus deiner kurzen, aber doch inhaltlichen Rede Nummer 1. Du hast gesagt, 600 Millionen gewonnen. Das hat der Präsident heute nicht bestätigt. Bestätigt hat er, dass eine Milliarde fehlt. Lüge Nummer 1.

Lüge Nummer 2: Der Landtag wurde nicht ausreichend informiert. Das haben wir heute im Ausschuss festgestellt und ich habe es dir erklärt. Und du hast es dann mit der Geschäftsordnung abgetan. (*Abg. Präs. Ing. Penz: Das stimmt nicht! Herr Klubobmann, das stimmt nicht!*)
Fakt ist der Lüge 2, der Landtag wurde nicht ausreichend informiert.

Lüge Nummer 3: 40 Prozent alternatives Investment. Wurde heute im Ausschuss genau erörtert: Der Landtag hatte keine Kenntnis davon, dass hier 40 Prozent drinnen waren. Lüge Nummer 3. (*Abg. Mag. Wilfing: Vom Waldhäus!*)

Und Lüge Nummer 4 ... Kollege Wilfing, du musst wo mitreden wo du dich auskennst. Das überschreitet deinen Horizont aber so viel! Das ist wo angesiedelt, wo du nie hinkommst. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Lüge Nummer 4: Das Gutachten des Prof. Dockner. Kollege Riedl, so hat der Präsident des Rechnungshofes es nicht gesagt. Und jetzt werde ich dir da ein bisschen auf die Sprünge helfen was er genau gesagt hat und auch gemeint hat. Prof. Dockner hat bereits für 2002 bis 2009 für die FIBEG ein Gutachten gemacht. Und er hat erwähnt, dass sich der Prof. Dockner jetzt widerspricht wenn er jetzt von einer Momentaufnahme spricht und in Wirklichkeit gibt's ein altes Gutachten für die FIBEG, wo er genau das Gegenteil sagt. Aber da hast vielleicht nicht aufgepasst. Aber dir wird schon bewusst sein, dass Prof. Dockner bereits ein Gutachten gemacht hat?

Und jetzt plötzlich wäre es so, dass plötzlich das kein Widerspruch wäre. Das war Lüge Nummer 4. Aber du hast es probiert. Aber wenn du mir auch eine Lüge unterstellst hast, habe ich dich bei 4 Lügen überführt.

Und daher ist letztendlich, glaube ich, eines wichtig: Dass wir nicht bei einer so einer wichtigen Debatte dann versuchen, Aussagen des Präsidenten oder Nicht-Aussagen oder In-Etwa-Aussagen zu kommentieren, die nur er selber tätigen kann. Denn das ist in der Politik leicht, etwas zu sagen was ein Dritter gesagt hat. Wir waren alle in dem Ausschuss. Also die, die jetzt momentan darüber geredet haben. Andere reden mit, wie der Kollege Wilfing, der null Ahnung hat und redet auch mit. Ist ja wurscht. Mitreden tun eh andere auch.

Aber Fakt ist, dass in diesem Ausschuss sehr viel abgehandelt wurde und wir uns in vielen Punkten einig waren. Und das, glaube ich, soll unbestritten sein. Und daher glaube ich, ... (*Abg.*

Mag. Riedl: Bleib' bei der Wahrheit! Du brauchst nur bei der Wahrheit zu bleiben!)

Alfred, aber daher glaube ich, sollte man auch, wenn man das ernst gemeint hat, was wir heute alles dort gesagt haben, sollte man diesen Bericht auch inhaltlich zur Kenntnis nehmen. Weil nur das Argument, dass er polemisch ist, ein Bericht, da dürfte man so viele Berichte nicht zur Kenntnis nehmen. Und außerdem, das Argument ..., ab wann ist ein Bericht polemisch? Also die Argumentation von dir und auch von deinen anderen Rednern eurer Partei, warum ihr den Bericht nicht zur Kenntnis nehmt, das kann nur sein, weil es Majestätsbeleidigung ist, weil die ÖVP jetzt und in dem Fall der Landeshauptmannstellvertreter kritisiert wurde. Aber grundsätzlich hast du heraußen 80 bis 90 Prozent des Berichtes dazu verwendet zu argumentieren warum diese Veranlagung so gut ist. Also da musst dir etwas anderes überlegen.

Aber ich würde mir wünschen, dass wir ihn inhaltlich alle zur Kenntnis nehmen, weil er ja inhaltlich auch stimmt. Über Polemik kann man diskutieren, ist in Ordnung. Aber grundsätzlich ist alles, was da drinnen steht, hast du selber gesagt, richtig und in Ordnung. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Herr Klubobmann Schneeberger.

Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP): Hoher Landtag! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Damen und Herren!

Grundsätzlich wollte ich mich nicht zu Wort melden, weil sowohl von meiner Fraktion der Kollege Michalitsch, der Kollege Hackl und auch als Insider der Kollege Riedl in Wahrheit die Aufbereitung all dessen hier hervorragend gebracht haben, was der Sache dienlich ist.

Ich möchte ein paar politische Punkte einbringen, weil ich meine, die gehören bei einer derartigen Debatte jedenfalls auf den Tisch. Das eine ist, einen Untersuchungsausschuss gemeinsam oder nicht gemeinsam zu fordern ist in Ordnung. Das ist das legitime Recht von Parlamentariern. Nur, man muss sich schon etwas fragen: Warum wollen Sie einen Untersuchungsausschuss, bei dem Sie den Antrag so stellen, wer übernimmt die Verantwortung für diese Veranlagung? Hohes Haus! Dafür brauchen wir keinen Untersuchungsausschuss. Für diese Veranlagung übernehmen seit 2002 wir die Hauptverantwortung! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir übernehmen diese Verantwortung im Wissen, dass kein Euro verspekuliert oder verzockt

wurde! Sondern wie es auch der Herr Rechnungshofpräsident – und ich formuliere aus seiner Pressekonzferenz – gesagt hat auf die Frage - und jetzt bitte ich vor allem die Freiheitlichen, die Sozialdemokraten, aber auch die Grünen, gut zuzuhören, das ist nicht aus dem Munde des Herrn Klaus Schneeberger, sondern aus dem Munde des Herrn Rechnungshofpräsidenten -, auf die Frage, wurde eine Milliarde verspekuliert, wurde geantwortet: Man kann erst von Verlust sprechen, wenn er realisiert ist. Es ist aber so, dass zum Zeitpunkt 2008 die Rendite von 5 Prozent nicht erreicht wurde, sondern eine Rendite von 1,18 Prozent.

Und jetzt, was ist eine Rendite? Ist eine Rendite ein Verlust? Bei euch schon, weil bei euch ist alles ein Verlust. Eine Rendite ist ein Gewinn! Und jetzt können wir eines sagen, und das hat niemand in Abrede gestellt: Wir hätten uns eine höhere Rendite erwartet, überhaupt keine Frage. Auch der Landtag hat diese Vorgabe gemacht. Jetzt könnten wir sogar sagen, hat der Landtag nicht eine zu hohe Vorgabe gemacht? Überhaupt keine Frage. Wir haben gesagt, wir wollen eine Rendite in der Größenordnung von 5 Prozent. Der Herr Rechnungshofpräsident hat gesagt: Die 5 Prozent habt ihr nicht erreicht, aber 1,18 Prozent. *(Abg. Sulzberger: Ein gewaltiger Erfolg!)*

Um das geht's gar nicht. Es geht gar nicht, ob das ein gewaltiger Erfolg ist. Über das haben wir gar nicht geredet. Sondern es geht darum, dass ihr euch hinstellt und ihr sagt, hier wurde eine Milliarde verzockt, verspekuliert. Das ist in Wahrheit wirklich eine Lüge, eine infame Lüge und davon nehme ich kein Wort zurück! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und jetzt auch eine Richtigstellung: Es ist gesagt worden vom Kollegen Leichtfried für mich unverständlicherweise, von Kollegen Waldhäusl erwartungsgemäß, dass hier schon zu Beginn ein entsprechender Verlust, ihr habt von 5 Milliarden geredet, eingefahren wurde. In Wahrheit gibt es im wirtschaftlichen Begriff ein Nominale. Ein Nominale und einen Barwert. Und es ist halt einmal so, dass das Nominale nicht mit dem Barwert ident ist wenn nicht der Zeitpunkt ident ist. Daher gibt es eben die Barwertmethode.

Und dann kann man das jetzt 1:1 nachvollziehen, wie es der Kollege Riedl ganz klar gemacht hat. Und ich möchte das jetzt noch einmal wiederholen, damit nicht da auch wieder ... Ihr schreibt 5 Milliarden, sagt 5 Milliarden, der Herr Königshofer 5 Milliarden Euro. Ich mein, da muss ich mich schämen wenn ich solche ... *(Abg. Waldhäusl: Königsberger! Soviel Zeit muss sein! Hofer ist der Supermarkt!)*

Hab ich ja gesagt, Königsberger. Ihr holt euch ja auch eure Informationen vom „Hofer“. Weil so schauen sie auch aus.

Das heißt, hier ist einmal klar, dass von den 4,4 Milliarden ausgegangen werden muss. Und bis zu diesen 4,4 Milliarden kein Euro irgendwie weggekommen ist. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und ich muss jetzt schon was sagen auch in Richtung SPÖ. Es ist schon eine Frage, wie ernsthaft man Politik macht und wie ernst man Anträge darstellt. Ich habe mir vorgestellt, wenn es Parteien gibt, die einen Untersuchungsausschuss beantragen, wenn wir auf Grund dieser Tatsache und der Tatsache, dass wir den Rechnungshofbericht sehr wohl hinterfragen wollten in einem überschaubaren Zeitraum, dass diese Partei nicht einen Redner, sondern mehrere Redner hier heraus schickt, die sich inhaltlich mit dieser Materie auseinandersetzen. Was soll ich von einem Antrag auf Untersuchungsausschuss halten, worüber man sich in Wahrheit im Parlament verschweigt? Da ist der Tisch wo geredet und gegessen wird politisch!

Warum ein Untersuchungsausschuss für uns nicht in Frage kommt, wird klar mit der Begründung. Weil wir die Verantwortung übernehmen! Aber mir ist auch bewusst, warum ihr einen Untersuchungsausschuss wollt. Weil ihr hier die Auseinandersetzung, wo sie hingehört, scheut und ein Vehikel wollt, das jetzt monatelang all das wiederkaut was man halt gern transportieren will. Ein Plakat hinausgebt. Ich habe es schon einmal gesagt, ich halte das wirklich für beschämend. Ich halte das für „Wildwest-Methode“, so, „vogelfrei machen“. Einen Landeshauptmannstellvertreter groß zu plakieren und zu behaupten, er hätte eine Milliarde Euro verspekuliert. Meine Damen und Herren! Das ist so tief! Und dann nicht den Mut zu haben, inhaltlich mit der Materie sich auseinanderzusetzen, sondern einen herauszuschicken und gleichzeitig einen Antrag zu stellen auf einen Untersuchungsausschuss. Das ist beschämend! Das ist das Sittenbild der SPÖ Niederösterreich, das ist das Sittenbild der Leitner-SPÖ.

Ich habe den Eindruck, und der verstärkt sich auch jetzt wieder, dass so manche, die hier sitzen, mit denen wir ein Super-Verhältnis in den letzten Jahren gehabt haben, die uns auch kritisiert haben, die aber immer gewusst haben, blau-gelb ist eigentlich das, was uns verbindet, dass die mit der Leitner/SPÖ-Politik aber schon gar nichts am Hut haben wollen.

Ich möchte noch eines feststellen und das möchte ich jetzt ganz bewusst und pointiert sagen.

Herr Klubobmann Waldhäus! Sie haben der neuen Rechnungshofdirektorin Niederösterreichs einen Bärendienst erwiesen. Ich halte das für infam, wen zu vereinnahmen, der von uns allen bestellt wurde, diese Persönlichkeit, und jetzt in ein Licht zu bringen, das in Wahrheit nicht stimmt. *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

Herr Kollege Waldhäus! Einen Menschen zu vereinnahmen, der nicht zu vereinnahmen ist, disqualifiziert sich von selbst. *(Beifall bei der ÖVP. - Abg. Waldhäus: Ihr habt sie nicht wollen!)*

Und zuletzt, oder nicht ganz zuletzt der Vorwurf, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter nicht im Rechnungshof-Ausschuss war. Der Herr Präsident hat klar gestellt, was die Geschäftsordnung aussagt. Und es ist ja wieder bezeichnend: Hätten die Mitglieder des Rechnungshof-Ausschusses der SPÖ und der FPÖ gewollt, dass der Herr Landeshauptmannstellvertreter dort als Sachkundiger auftreten soll, hätten sie den Antrag stellen können. Aber im Nachhinein zu sagen, er war nicht da, ohne es zu beantragen, das ist wieder die Art und Weise der Politik, mit der ich wirklich nichts am Hut haben will! *(Abg. Waldhäus: Ich habe ihn nicht wollen! Unterstell' es mir nicht!)*

Wir können euch sagen, dass diese Vorgangsweise der Veranlagung eine kritische war, eine riskante war. Eine war, wozu wir uns alle bekannt haben im Wissen, dass es etwas Neues ist. Dass wir ein Risiko eingehen. Wir sind bei dem Risiko in ein Tal gekommen, das niemand vorhersehen konnte und trotzdem – und jetzt zitiere ich wieder den Herrn Rechnungshofpräsidenten – haben wir eine Rendite und keinen Verlust.

Es gibt im Parlamentarismus drei Möglichkeiten, wie man einen Bericht zur Kenntnis nimmt. Zum Ersten, einfach den Bericht zur Kenntnis zu nehmen. Zum Zweiten, einen Bericht nicht zur Kenntnis zu nehmen. Und drittens, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. Und warum, und das hat der Kollege Riedl schon klar dargestellt, sind wir der Meinung und werden diesen Beschluss auch hier fassen, vom Bericht Kenntnis zu nehmen, das ist eigentlich eine ganz klare Geschichte. Erstens auf Grund der neuen Mitteilungen des Herrn Rechnungshofpräsidenten am heutigen Tag. *(Abg. Waldhäus: Weil ihr die Mehrheit habt!)*

Nicht weil wir die Mehrheit haben. Wir hätten, wenn wir die Mehrheit nicht hätten, euch überzeugt, dass ihr denselben Beschluss mit uns getragen hättet. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Präs. Rosenmaier.)*

Und in Wahrheit ist es uns ja gelungen, wenn ich das Abstimmungsverhältnis im Rechnungshof-Ausschuss entsprechend ansehe. Wir werden des-

wegen vom Bericht Kenntnis nehmen, weil wir wirklich fachlich und sachlich Punkte im Rechnungshofbericht anders sehen als es der Rechnungshof dargestellt hat. Und das ist legitim! Wir können nicht sagen, das ist skrosankt.

Die Punkte, und ich habe da auch schon hingewiesen - Notfallsituation. Überhaupt keine Frage. Das sind Anregungen, die wir annehmen. Das haben wir in der Vergangenheit schon bewiesen, dass wir nicht ignorant sind, sondern einen Rechnungshofbericht nehmen, aber nicht sakrosankt abwinken und durchwinken. Das ist nicht unsere Art in Niederösterreich.

Wir haben auch den Mumm, Kritik auszuüben. Kritik, sachliche Kritik. Wir haben gesagt, hier hat sich der Rechnungshof geirrt. Ich habe ein Beispiel und dieses Beispiel möchte ich niemandem vorenthalten, wo in Wahrheit ganz klar hervorkommt, da hat sich der Rechnungshof bei diesem Bericht 2010 geirrt. Ich stelle gegenüber Rechnungshofbericht 2006: Dem Land standen alle Informationen über die Veranlagung und Veranlagungs-Renditen zur Verfügung. Im Kontroll- und Berichtswesen bestanden keine Lücken. Rechnungshofbericht 2010: Bis Mitte 2009 war grundsätzlich keine standardisierte institutionale Berichterstattung der FIBEG an die Landesregierung und den Landtag vorgesehen. In sich ein Widerspruch. *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Nein! Ist es nicht! Klaus, du warst auch nicht im Rechnungshof-Ausschuss!)* In sich ein Widerspruch. Wir haben immer informiert, es wurde immer informiert. Es wurde nur die Information immer mehr verbessert. Aber zu sagen, wir hätten nicht informiert, ist falsch! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und es ist wirklich nicht ein falsches Gegenübertreten gegenüber dem Rechnungshof und eine Präpotenz, wie es heute hier gesagt wurde, sondern in Wahrheit ist das legitim. Wer will sich kritisieren lassen? Die Kritik aus seiner Sicht objektiv als nicht ... Teile der Kritik als objektiv nicht richtig zu sehen. Da gibt's ja nur einen dummen Menschen, der sagt, ja, das stimmt alles, was der gesagt hat. Und eines wage ich, nein, nicht wage ich, behaupte ich von uns hier im Landtag: Wir sind nicht dumm! Wir nehmen viele Kritikpunkte des Rechnungshofes ernst, werden sie auch übernehmen und umsetzen. Aber wir haben das legitime Recht, und ich sage auch, die Pflicht: Dort, wo wir meinen, dass unser Standpunkt der richtige ist und die Interpretation des Rechnungshofes aus unserer Sicht nicht richtig ist, ist es eine Frage des Selbstwertgefühles und des Selbstverständnisses, hier aufzustehen und sagen, hier irrt der Rechnungshof! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und weil Sommer ist, darf ich mit einem politischen „Bonmotscherl“ enden. Die Rede beenden, Herr Präsident, weil alles andere stünde mir nicht zu. Ich habe nämlich gerade eine Utl-Meldung, die „Lügen der SPÖ im Landtag haben nun Konsequenzen“. Die Grünen werden keine parlamentarische Zusammenarbeit mit der SPÖ mehr machen. Das ist die Hitzewelle! Es ist ja lustig, welche politischen Blüten trotz der Hitze nicht dürr werden. In diesem Sinne wünsche ich einen schönen Sommer. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Zu Wort gemeldet Frau Klubobfrau Dr. Petrovic.

Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne): Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren! Hohes Haus!

Es gibt einen Bericht des Rechnungshofes, der seit geraumer Zeit in den Medien diskutiert wird, auch heute hier sehr kontroversiell diskutiert wurde und wird. Ich bin gerade nach der heutigen Debatte sicher, dass diese Diskussionen auch fortgesetzt werden. Und, Herr Klubobmann Schneeberger, ich halte es für absolut legitim, dass es verschiedene Auffassungen gibt.

Sie kennen den grünen Standpunkt, dass grundsätzlich und aus Prinzip, wenn Sie so wollen, aus wirklich ganz fundamentalen Überlegungen Spekulationen mit Steuergeld, mit öffentlichen Geldern, nicht statthaft sind. Und zwar deswegen nicht, weil sie riskant sein können, nicht primär weil sie riskant sein können, weil sie ins Auge gehen können. Ob das jetzt im konkreten Fall der Fall ist, das wird ohnehin öffentlich diskutiert. Sondern weil sie – und das ist meine feste Überzeugung – uns die Möglichkeiten, eine antizyklische Budgetpolitik zu betreiben, schmälern. Und genau das ist die Aufgabe der öffentlichen Hände: Nicht in den fetten Jahren noch dazuzubuttern sondern in den mageren Jahren gegenzusteuern.

Und deswegen ist es, Herr Abgeordneter Riedl, nicht dasselbe, in einem Zeithorizont, wann ich positive Rückflüsse habe aus bestimmten Veranlagungen, sondern ob ich sie dann habe wenn ich sie brauche. Wenn es eine Wirtschaftskrise gibt. Wenn dann die öffentliche Hand auch 'runterschiebt, dann bewahrheitet sich diese Warnung der Grünen vor den Spekulationen. Soviel in der Sache. *(Beifall bei den Grünen.)*

Aber was anderes ist mir viel wichtiger und das offenbart die heutige Debatte wie kaum eine an-

dere. Nämlich demokratiepolitische Überlegungen. Wir haben immer wieder die Situation, dass wir hier mit legitimen Argumenten Standpunkte austauschen, dass Meinungen aufeinander prallen, manchmal auch hitzig, manchmal weniger hitzig. Alles legitim, das gehört zu einem lebendigen Parlamentarismus. Aber wir tun es eigentlich immer ohne dass wir alle Beteiligten, die etwas dazu zu sagen haben, die etwas dazu sagen sollten, wirklich in die jeweilige Debatte einbeziehen. Ob das der Herr Landeshauptmannstellvertreter ist im Ausschuss, ob das der Herr Landeshauptmann selbst ist bei allen Debatten. Und das ist mittlerweile Chefsache, das ist wohl unbestritten. Ich habe in all den Jahren, in denen ich jetzt hier im Landtag bin, und auch mein Kollege Martin Fasan, der das schon eine Periode länger kannte, nicht eine einzige Debatte hier in dem Haus erlebt, an der sich der Herr Landeshauptmann beteiligt hätte. Und ich finde das unendlich schade! *(Beifall bei den Grünen.)*

Und ich sag' das jetzt wirklich nicht polemisch. Aber mich hat das zutiefst traurig gemacht, als unlängst hier eine Diskussion in Gang kam, der Herr Landeshauptmann – und ich zweifle nicht, dass er wichtige Termine hat, das ist nicht so – als er hinaus geht und Abgeordneter Weiderbauer hat ihn begrüßt, sagt, ich muss arbeiten gehen. Das ist nicht okay! Denn wir arbeiten hier auch! Und wir sollten hier und heute beispielsweise über Veranlagungsmodelle der Zukunft arbeiten.

Meine Damen und Herren! Es gibt so einen ganz wichtigen Satz, der heißt *audiatur et altera pars*. Beispielsweise wäre es in einer Debatte wie der heutigen, glaube ich, gescheiter gewesen, den Herrn Präsidenten des Bundesrechnungshofes auch hierher einzuladen. Ich weiß es, und das betraf auch schon vergangene Perioden, dieser Landtag hier ist der einzige, der den Präsidenten des Rechnungshofes noch nicht eingeladen hat. Noch nicht mit ihm die Auseinandersetzung geführt hätte. Denn ob die Argumente, die Sie jetzt gesagt haben stimmen, ob das was die Kollegin Dr. Krismer gesagt hat, stimmt ... *(Abg. Präs. Ing. Penz: Das stimmt nicht! Wir haben ihn in den Rechnungshof-Ausschuss eingeladen! Das ist Sache des Ausschusses! Wir haben eine Geschäftsordnung!)*

Es wäre auch vernünftig gewesen, hier und heute beispielsweise die Debatte zu suchen! Ich glaube nur, es sollte so sein. Und wenn wir der Wahrheit die Ehre geben, Herr Präsident, dann sind wir auch ja nur geduldet in den Ausschüssen. Wir nehmen diese Möglichkeit wahr. *(Abg. Mag. Schneeberger: Aber da sieht man, wie tolerant wir sind!)*

Aber in Wahrheit stützt sich unsere Teilnahme in den Ausschüssen auf eine Hilfsbestimmung der Geschäftsordnung, dass Abgeordnete mit besonderer Sachkenntnis beigezogen werden können. Es gibt das in keinem einzigen anderen Landtag in Österreich, dass eine Fraktion mit vergleichbarer Stärke kein einziges ordentliches Ausschussmitglied hat.

Wie gesagt, ich bedaure das jetzt nicht, ich beklage das nicht, ich stelle das fest. Und ich glaube, dass ich damit ..., dass wir immer auf anderen Ebenen ..., es wird der Präsident des Rechnungshof-Ausschusses hier interpretiert. Und es wird gesagt, er irrt in einem Punkt. Bitte, holen wir doch alle diese Debatten hier, und zwar im Landtag, nicht in der Regierung, nicht nur im Ausschuss, sondern da, wo zumindest theoretisch die Möglichkeit oder auch praktisch die Möglichkeit der größten Öffentlichkeit besteht, hier zusammen.

Dann, wenn wir alle diese Meinungen hier auch aufeinanderprallen lassen in einer demokratischen Form, dann, glaube ich, kann sich auch die Bevölkerung wirklich das Bild machen, was Sache ist, wessen Argumente die besseren sind. Und ich glaube, dann stünde es uns auch teilweise gut an einmal zu sagen, mich hat dieses oder jenes Argument überzeugt. Solange wir immer nur sagen, der hat dort das gesagt und das stimmt nicht, solange wir immer nur stille Post spielen, glaube ich, tun wir insgesamt der Demokratie keinen guten Dienst. *(Beifall bei den Grünen.)*

Zweiter Präsident Nowohradsky: Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

Berichterstatterin Abg. Rinke (ÖVP): Ich verzichte!

Zweiter Präsident Nowohradsky: Wir kommen nun zur Abstimmung. Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Mag. Leichtfried, Waldhäusl. Dr. Krismer-Huber u.a. zu Ltg. 599/B-5/7 vor. Dieser Antrag lautet: Der Bericht des Rechnungshofes über Veranlagung der Erlöse aus der Verwertung der Wohnbauförderungsdarlehen und dem Verkauf der Beteiligung (Reihe Niederösterreich 2010/5) wird inhaltlich zur Kenntnis genommen. *(Nach Abstimmung:)* Ich stelle fest, dass dies mit den Stimmen der SPÖ, FPÖ und den Grünen nicht die Mehrheit gefunden hat, daher ist dieser Abänderungsantrag abgelehnt.

Ich komme jetzt zum Antrag des Rechnungshof-Ausschusses, Ltg. 599/B-5/7, wo drinnen steht, vom Bericht Kenntnis zu nehmen. *(Nach Abstimmung:)* Ich stelle fest, dass dies mit den Stimmen von ÖVP und SPÖ angenommen wurde.

Wir kommen nun zur Abstimmung zu Ltg. 605/A-2/23 betreffend Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, Ltg. 605/A-2/23:)* Ich stelle fest, dass das die Stimmen der SPÖ, der FPÖ und den Stimmen der Grünen nicht die Mehrheit gefunden hat, daher ist dieser Antrag abgelehnt.

Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. *(Ende der Sitzung um 16.34 Uhr.)*